



# Politische Berichte

Nummer 8 / 12. Jahrgang

12. April 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Keine „Schutztruppen“ nach Kurdistan!

20.4.: Demonstration gegen die Kurdenmassaker, für Selbstbestimmungsrecht in Bonn

Ausgerechnet das türkische Regime Özal, das die kurdische Bevölkerung seit Jahren mit einem blutigen Kolonialkrieg terrorisiert, propagiert die Schaffung von angeblichen „Schutzzonen für Kurden“ im Norden des Irak. Die Golf-Alliierten sollten dies notfalls mit Gewalt erzwingen. US-Verteidigungsminister Cheney will „Pufferzonen“ im

Nordirak. Das von den Alliierten mit herbeigeführte Leid der Kurden soll Vorwand zu einer imperialistischen Intervention werden. Das Ziel ist, Süd-Kurdistan in ein von den Imperialisten kontrolliertes und ausgeplündertes kolonial-Protoktorat zu verwandeln und so auch den Befreiungskampf der Kurden in der Türkei zu erdrosseln.

Wie weit diese imperialistischen Interventionspläne bereits gediehen sind, schilderte die „Welt“ nach dem Besuch von US-Außenminister Baker in der Türkei: „Washington zeigte sich ... interessiert am Vorschlag des türkischen Präsidenten Özal, im Norden des Irak eine ... Pufferzone einzurichten ... Diese Zone sollte unter Aufsicht der Vereinten Nationen stehen ...“ Auch die Regierungschefs der EG haben eine solche „Schutzzone“ befürwortet. In Wirklichkeit würde so ein riesiges Gefängnis für die irakischen Kurden geschaffen, eine Mischung aus Ghazastreifen und Homeland, direkt unter Kontrolle der NATO und mitten in Kurdistan, um den kurdischen Befreiungskampf zu spalten und zu unterdrücken und die westlichen Konzerne einem ihrer

Kriegsziele, dem Zugriff auf die Ölquellen in den kurdischen Gebieten, näherzubringen.

Einzig und allein solchen kolonialen Zielen des Westens gegen den kurdischen Befreiungskampf dient auch die vom UN-Sicherheitsrat am 7.4. beschlossene „Kurdenresolution“. Das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes wird darin mit keinem Wort erwähnt, kurdische Organisationen kommen in der UNO weiter nicht zu Wort. Blockfreie wie Kuba, Jemen und Zimbabwe stimmten gegen die Resolution.

Unterdessen geht das furchtbare Leid der von den Westmächten zum Aufstand gegen Saddam ermutigten Kurden in den Grenzgebieten weiter. Die PKK hat den Aufstand in Südkurdistan unterstützt, so gut es ihre Kräfte dort vermochten. In

einer Pressekonferenz in Brüssel am 29.3. stellte sie fest: „Der Mittlere Osten erlebt eine Phase der Neustrukturierung. Die einflussreichste Kraft bei dieser Neugestaltung sind die USA ... Europa ist der Anwärter, sowohl in der Welt als auch im Mittleren Osten die einflussreichere Kraft zu werden ...“ Wir, die PKK, haben gemeinsam mit der irakischen Kurdistan-Front und der KDP-Iran ein Komitee zur Verwirklichung eines kurdischen Nationalkongresses gebildet. Dieses Komitee hat seine erste Versammlung durchgeführt, und die Arbeit geht weiter. Der Nationalkongress wird umfassend angegangen, um die Einheit des Volkes Kurdistans herzustellen. Er zielt darauf ab, daß alle Kräfte in ihm einen Platz einnehmen ... Wir sind eine Partei, die sich für die freie Selbstbestimmung unserer Völker auf den Weg gemacht hat und auf dieser Grundlage einen Kampf führt. Wir sind für den Frieden. Ein dauerhafter Frieden für den Mittleren Osten führt aber über die freie Selbstbestimmung des kurdischen Volkes ... Wenn der türkische Staat diesen Krieg (gegen das kurdische Volk, d. Red.) nicht weiterführen will, muß er sich der kurdischen Frage auf ernsthafte und grundlegende Weise nähern ... Die Bedingungen für einen Waffenstillstand sind:

1. Die Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes, damit zusammenhängend die Aufhebung der Verbote der Sprache u.ä.; 2. Herstellung der Meinungs- und Organisationsfreiheit; 3. Freilassung aller Gefangenen; 4. Einstellung des Spezialkriegs, Aufhebung der Ausnahmezustandsgesetze, Abschaffung der Spezialteams, Dorfschützer u.ä. Organe. 5. Wir erklären, daß wir bei Verwirklichung der oben genannten Bedingungen zur Durchführung eines Referendums bereit sind. Andernfalls wird unser in Nordwest-Kurdistan geführter Volkskrieg mit aller Gewalt weitergehen.“

Der Bekräftigung des Rechts des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung und Freiheit und dem Protest gegen die Kurdenmassaker in der Region dient auch eine bundesweite Demonstration, zu der Feyka Kurdistan am 20. April aufruft und die um 10 Uhr in Bonn auf dem Münsterplatz beginnen soll.

Quellen: Kurdistan-Rundbrief 8/91, Frankfurter Rundschau, 8.4., Die Welt, 9.4. — (rül)



Begleitet von in der Presse eifrig verbreiteten neofaschistischen Protesten trat am 8. April die Visa-Freiheit für Polen, die drei Monate in die BRD einreisen, in Kraft. Ende März hatte sich die polnische Regierung gegenüber den Staaten des „Schengener Abkommens“ zur formlosen Rücknahme von „straffälligen“ Polen bereiterklärt. CDU-Sprecher kündigten die Anlage eines „Registers“ über polnische Straftaten an, ähnlich dem „Ausländerzentralregister“. Jeder Pole ein potentieller Straftäter — solche Regierungspolitik bereitet faschistischen Übergriffen den Boden! — (rül)

## SPD zur Verfassungsdiskussion

Antrag des Parteivorstands für den Parteitag in Bremen

Teile der bürgerlichen Presse ermahnen den SPD-Vorsitzenden Vogel bereits, er solle sich doch endlich wieder auf seine Oppositionsrolle besinnen und nicht ständig von einer Regierungsbeteiligung seiner Partei wegen nationalem Notstand sprechen, schließlich sei die amtierende Regierung erst vor kurzem mit üppigen 55 % abgesegnet worden. Auch in dem Leitartikel des SPD-Vorstands für den Parteitag im Mai ist in insgesamt 36 Punkten vor allem davon die Rede, was die Partei alles machen würde, wenn sie dran wäre — gerade 7 Punkte sind dem Thema gewidmet, bei dem die SPD wirklich etwas machen kann: bekanntlich braucht die Regierungskoalition für Verfassungsänderungen die Mitwirkung der Sozialdemokratie. Unter dem Titel: „Das Grundgesetz zur Verfassung des geeinten Deutschland weiter entwickeln“ hebt der Parteivorstand auf die Form der Diskussion ab — „breit und öffentlich“, „besondere Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder sollen Eingang finden“ —, die Inhalte für eine neue Verfassung sind eher vage.

Übereinstimmung mit der Regierung dürfte die SPD wohl erzielen bei der Aufnahme des Verbots von A-, B- und C-Waffen, das mußte die BRD schließlich im 2+4-Vertrag unterschreiben. Was den Einsatz der Bundeswehr betrifft, beschreibt der Antrag keine in die Verfassung aufzunehmenden Bedingungen, unter denen er stattfinden darf oder nicht, sondern verlegt sich auf den formalen Weg: Der Bundestag müsse

immer mit Zweidrittel zustimmen.

Die SPD tritt dafür ein, die „Staatszielbestimmung Umweltschutz ohne Gesetzesvorbehalt“ in die Verfassung aufzunehmen und „die bestehende Sozialstaatsverpflichtung durch ein Recht auf Arbeit und auf menschenwürdiges Wohnen“ zu präzisieren und konkretisieren. Hier wäre vor allem interessant, wie die Konkretisierung aussieht, positive Ansätze enthielt der Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom April 1990: Recht auf Umschulung, Vorrang der Vollbeschäftigung bei der Wirtschaftspolitik; Verpflichtung des Staates zum sozialen Wohnungsbau, Wohnungsräumung nur bei Ersatz.

Die allgemein erhobene Forderung nach Stärkung des Föderalismus — nur bedingt konkretisiert durch den Satz „Überprüfung und Veränderung des verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Finanzbeziehungen sowie über die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern“ — wird konterkariert: „Wir wollen in einem vereinten Europa leben. Dieser Wille muß in der Verfassung des geeinten Deutschland betont werden: durch Verlagerung von Regelungszuständigkeiten, z. B. für Flüchtlings- und Wanderungsprobleme ...“ Damit tritt die SPD dafür ein, Entscheidungen, die für den Lebensbereich von vielen Millionen aus den ärmeren Regionen Europas entscheidend sind, von den dortigen Regierungen weg zu einer europäischen Zentralgewalt zu verlagern — eine echt imperialistische Idee. — (alk)

## Viele Proteste gegen Kurdenmassaker



Protestaktion gegen die Massaker an Kurden in Bonn am 8.4. Bei dieser Aktion drang eine kleine, politisch nicht erkennbare Gruppe auf das Gelände der kubanischen Botschaft vor. Von dort fielen Schüsse. Zwei Botschaftsangehörige wurden inzwischen ausgewiesen. Als am Tag vorher Sympathisanten des kurdischen Befreiungskampfes vor der irakischen Botschaft demonstriert hatten, griff die Polizei diese mit Tränengas und Schlagstöcken an und verhaftete mehrere. — (rül, Bild: af/mz)

### Weltweite Fernmeldenetze exklusiv für große Konzerne

Weltweite Fernmeldenetze exklusiv für große Konzerne wollen die Bundespost (Telekom), British Telecom und Nippon Telegraph und Telephone aufbauen. Geplant ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft, die „Großkunden“ entsprechende Angebote machen soll. Die gemeinsame Firma, sollte sie zustande kommen, wäre auch ein Angriff auf die US-Konzerne AT&T und MCI, die solche Privatnetze bereits aufzubauen versuchen, und würde bei einem Erfolg europäischen und japanischen Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber US-Konzernen verschaffen.

Quelle: Handelsblatt, 8.4.91 — (rül)

### RAF—MfS-Story: Staatsschutz sucht Schlüssel für die Akten

Christian Klar, Gefangener aus der RAF, wies am 30.3.91 die Behauptungen der BAW von einer Ausbildung der RAF durch das MfS zurück: „Die von der Bundesanwaltschaft und einem Ex-MfS-Mann behauptete ... militärische Übung oder Ausbildung in der DDR hat es nicht gegeben ... Abgesehen davon, daß es ein neuer Anlauf für eine Anti-

RAF-Propaganda werden soll ... fällt zum Kalkül der knalligen BAW-Geschichte natürlich sofort ein, wie die Manipulation von (teilweise wirklichen) Fakten das Streben des westdeutschen, heute großdeutschen Staatsschutzes befördert, uneingeschränkt an die bisher noch nicht greifbaren Akten über die Ex-DDR-Bevölkerung ranzukommen — Menschen, denen die Erfahrung der Härte einer imperialistischen Staatsmaschine erst noch bevorsteht.“ — (see)

### Reaktionäre Umtriebe um die Gedenkstätte KZ Buchenwald

Eine reaktionäre Pressekampagne in Thüringen und die Thüringer Landesregierung betreiben die Umwandlung der Gedenkstätte an die Verbrechen des Nationalsozialismus auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald in eine Stätte, an der auch des „Speziallagers“ gedacht werden soll, das die sowjetische Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949 in den früheren Kasernen der SS-Wachmannschaften eingerichtet hatte. In diesen Kasernen waren u.a. Mitglieder von Nazibanden und „Werwolf“-Gruppen, die noch nach Kriegsende faschistische Anschläge organisierten, interniert. Die VVN protestiert in einer

Erklärung dagegen, daß der neue Leiter der Gedenkstätte, Dr. Ulrich Schneider aus Kassel, nach fünf Tagen Amtszeit zum Rücktritt gedrängt worden ist, weil er einmal Mitglied der DKP war. Das gleiche drohe seiner Stellvertreterin. — (uld)

### Skinheads ermorden Afrikaner

Eine Gruppe von neofaschistischen Skinheads hat in Dresden in der Nacht zum Ostersonntag in einer fahrenden Straßenbahn einen Mosambikaner überfallen und aus der fahrenden Bahn gestoßen. Der Mosambikaner starb eine Woche später an seinen schweren Verletzungen. Der Mosambikaner ist der erste Ausländer, der im Gebiet der früheren DDR durch die zunehmenden gewalttätigen Überfälle von Neonazis auf Linke und Ausländer zu Tode kam. Bereits vor einigen Wochen waren 21 Asylbewerber im Asylantenheim im thüringischen Gerstungen überfallen und zum Teil schwer verletzt worden. Einer Person wurde das Gesicht zerschnitten, einer anderen ein Bein gebrochen. Die Asylbewerber flüchteten daraufhin nach Hessen in das Asylantenheim in Schwabach. — (rül)

### Vatikan: Neue Enzyklika in Vorbereitung

Eine Konferenz der 112 katholischen Kardinäle in der Welt hat letzte Woche den Papst ermutigt, eine neue Enzyklika zu veröffentlichen. Darin soll die Kirche ihre Position für Verbot und Strafverfolgung bei Abtreibungen nicht nur für die Katholiken, sondern „als Anwalt der ganzen Menschheitsfamilie“ bekräftigen. Den Mitteilungen der Konferenz zufolge ist an eine Vermengung von Abtreibung, Embryonenschutz, Organtransplantation und Euthanasie in einer Enzyklika geplant, vermutlich noch mit Kritik der Genforschung verbunden, um so die Gegner der Strafverfolgung bei Abtreibungen in Widersprüche gegeneinander zu treiben und der staatlichen Strafverfolgung die Verfolgung zu erleichtern. Kardinal Ratzinger nannte Staaten, in denen Abtreibung nicht verfolgt werde, „Tyrannenstaaten“. Besorgt äußerte sich die Kardinalskonferenz — die vierte überhaupt seit 1979 — auch über die Ausbreitung christlicher „Sekten“. Weltweit seien 40 Millionen Katholiken an solche „Sekten“ verloren gegangen.

Quelle: Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.1991 — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Aktuell in Bonn

## Bundesbank gegen Saarland

Der Zentralbankrat der Bundesbank hat den Vorschlag der saarländischen Landesregierung, den Saarbrücker Oberbürgermeister Koenig zum Präsidenten der Landeszentralbank Saar zu berufen, abgelehnt. Der Zentralbankrat hat nur eine beratende Stimme, die Entscheidung fällt auf Vorschlag des Bundesrats der Bundespräsident. Hintergrund: Die Bundesbank will die Landeszentralbank Saar mit der von Rheinland-Pfalz und evtl. Hessen zusammenlegen, ein Plan, der eng mit den Plänen der großen Konzerne zur „Neuordnung der Länder“ und Einschränkung föderaler Rechte verbunden ist. Das Saarland will die Berufung weiter verfolgen.

## Rüstungsexport-Gesetz

Am 22. März verabschiedete der Bundestag den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Strafprozeßordnung (Drucksache 12/104). Kernpunkte: Erhöhung von Strafen für Verstöße gegen Exportbeschränkungen (Mindeststrafe von 1 auf 2 Jahren), Verordnungsermächtigung zur Durchsetzung von EG-Embargomaßnahmen, Bevollmächtigung des Wirtschaftsministers, den Außenwirtschaftsverkehr per Verwaltungsakt zu beschränken und vor allem Ermächtigung des Zollkriminalamts, ohne konkreten Tatverdacht Post einzusehen und Telefongespräche abzuhören. Die SPD kritisierte vor allem letzteres: Massiver Eingriff in Grundrechte! Zur SPD-Frage, warum kein Herstellungsverbot, sagte die Regierung: die meisten Güter können zivil und militärisch genutzt werden.

## Isolation und Strafverfolgung

Mit einem ganzen Paket von Gesetzeswünschen will die CSU auf das Attentat gegen Treuhand-Chef Rohwedder reagieren. CSU-Chef Waigel forderte: Die Verteidigerbesuche bei verurteilten RAF-Gefangenen müßten eingeschränkt, Rasterfahndung und V-Leute-Einsatz ermöglicht bzw. erweitert und der Zugriff des Verfassungsschutzes auf die Stasi-Akten der DDR ermöglicht werden. Der baden-württembergische Innenminister Schlee, amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz, will die Einrichtung einer bundesweiten Datei, die das „Umfeld“, die „Unterstützerzene“ der RAF ausspähen und erfassen helfe. Viel Planstellen also für V-Leute, Provokateure und sonstige „Staatsschützer“, die zudem durch die Stasi-Dateien Zugriff auf zahlreiche erpreßbare Leute gewinnen.

## Gegen Israel-Boykott

Das Bundeswirtschaftsministerium bereitet (lt. „Frankfurter Rundschau“ vom 8.4.) eine Verordnung zum Verbot von Boykott-Erklärungen gegen Israel im Rahmen von Geschäftsbeziehungen vor. Eine Reihe deutscher Firmen unterschreibt solche Klauseln, um sich Ge-

schäfte im arabischen Raum nicht entgehen zu lassen. Außer von Bangladesh werden sie von 11 der 20 Staaten der Arabischen Liga (darunter Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, Bahrain, Jemen, Katar, Libanon, Syrien) und den Vereinigten Arabischen Emiraten) unter dem Druck des palästinensischen Befreiungskampfes verlangt.

## KWG-Novelle

Das Kreditwesengesetz, das „Grundgesetz“ des kapitalistischen Bankgeschäfts in der BRD, soll erneut novelliert werden. Das teilte das Finanzministerium am 5. April mit. Das neue Gesetz solle die Banken auf „Europa 92“ vorbereiten, heißt es. Erstes Ergebnis scheint die Aufhebung der Spargbücher zu sein. Die Vorschriften über Sparguthaben entfallen ersatzlos. Folge: Die Banken haben angekündigt, die Zinsen für Sparguthaben würden „gegen Null“ gehen. Die Sparer sollen in riskantere Anlagen — Fondspapiere u.ä. — gedrängt werden oder feste Kündigungsfristen vereinbaren. Ziel: Die Banken sollen über die Sparguthaben freier verfügen können, um so ihr Angebot für die riskanten Kreditoperationen der großen Konzerne auf dem Weltmarkt zu erweitern.

## Treuhand: Grundstücksverkauf

Dr. Hans Krämer, Vorstandsmitglied der Treuhand, informierte am 20.3. den Bundestagsausschuß für Bauwesen und Städtebau über die geplanten Maßnahmen im Rahmen der Privatisierungsbeschlüsse des Bundestags. So sollen in den nächsten acht Wochen 1000 Grundstücke verkauft und damit ein „Investitionsvolumen von 25 bis 30 Milliarden Mark“ geschaffen werden. Die Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern sei allerdings dabei völlig zusammenzubrechen.

## Länderwahlen zusammenlegen?

Der Justizminister von Rheinland-Pfalz, Caesar (FDP) forderte am 5. April im Rahmen der Verfassungsdebatte Zusammenlegungen von Landtagswahlen. Bei 16 zeitlich versetzten Landtagswahlen müsse praktisch dauernd Wahlkampf geführt werden, womit „politisches Handeln und Entscheidungsprozesse verhindert“ würden. Ein einziger Termin sei allerdings auch falsch, weil dies einer Testwahl für die Bundestagswahl gleichkäme. Denkbar sei die Festsetzung dreier gemeinsamer Landtagswahltermine im Grundgesetz, so des 3.10.

## Was kommt demnächst?

Frühestens am 13. April will der Vorstand der Treuhand über die Nachfolge von Rohwedder entscheiden. Am 15. April beginnt die nächste Verhandlungswoche des Bundestags. Am 21. April sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, am 26. April ist die nächste Sitzung des Bundesrats. Am 2. Juni sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

## Landwirtschaftsanpassungsgesetz macht Fortführung von Genossenschaften unmöglich

Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz, das von der Bundesregierung gegen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Anschlußgebiet durchgesetzt werden soll, stößt auf heftige Ablehnung unter den Genossenschaftsbauern im Anschlußgebiet. Der Gesetzentwurf ist bereits in erster Lesung im Bundestag behandelt und soll in den nächsten Wochen schnell verabschiedet werden — der Landwirtschaftsausschuß hat die letzte Beratung für Mitte April angekündigt. Die Bundesregierung will mit dem Gesetz ausdrücklich die bisherige Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beibehalten. Der Hauptgeschäftsführer des Bauernverbandes der fünf DDR-Länder erklärte, das Gesetz werde dazu führen, daß höchsten noch 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von vielleicht 15000 Familienbetrieben bearbeitet werden könne.

Der Agrarpolitische Sprecher der Fraktion der Linken Liste/PDS im Landtag von Sachsen erklärte zu diesem Gesetz:

„Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition ... soll den sofortigen Zerfall aller landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vorbereiten, ohne ihnen eine Chance der Umwandlung in eine andere Unternehmensform zu geben. Der bäuerliche Familienbetrieb soll massenhaft wieder entstehen — ohne eine echte marktwirtschaftliche Chance zu besitzen. Damit wird ein erneuter Kahlschlag gegen die Mehrheit der Bauern in den ostdeutschen Bundesländern geführt, die allein in Sachsen zu über 90 Prozent erklärten, in genossenschaftlicher Unternehmensform produzieren zu wollen.“

Was bisher durch Preisverfall und Verfall der Absatzbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, durch nicht ausreichende Fördermittel und Hinauszögern von Einzelfallentscheidungen sowie fehlende Rahmenbedingungen nicht

erreicht wurden, den LPGen und GPGen den Todesstoß zu versetzen, ist jetzt mit diesem Gesetz beabsichtigt.

Die verheerenden Folgen bei Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfes sind u.a.:

Erstens: Dauernde Zahlungsunfähigkeit und Beschleunigung der Gesamtvollstreckungsvoraussetzung infolge der Regelung, daß ausscheidende Mitglieder ihre Abfindungsansprüche in Geld und zu 50 Prozent bereits einen Monat nach Beendigung der Mitgliedschaft erhalten müssen.

Zweitens: Die Anteile der verbleibenden Mitglieder verlieren an Wert, da Grund- und Umlaufmittel umfangreich verkauft werden müssen, um die Ansprüche ausscheidender Mitglieder in Geld vornehmen zu können, was zu einem massenhaften Abfluß von Kapital führt, obwohl gerade für die Umwandlung der LPGen als auch für die Einrichtung von Familienbetrieben ein akuter Kapitalmangel besteht.

Drittens: Keine Festschreibung der Bodenreform, damit nach wie vor ungeklärte Eigentums- und Vermögensverhältnisse. Die wesentliche Voraussetzung jeglicher Umstrukturierung einschließlich der Vermögensbildung für Länder und Kommunen wird damit genommen.

Viertens: Entstehung neuen Nährbodens für Unzufriedenheit und notwendige gerichtliche Auseinandersetzungen, weil keine gegenseitige Abrechnung von Wertverbesserung und Wertminderung zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Mitgliedern bei Rückgaben eingebrachten Bodens und genutzter Gebäude erfolgen soll.

Fünftens: Massenhafte sofortige Rücktritte von Vorsitzenden und Vorständen als Folge der Einführung einer Haftungsregelung der einzelnen Vorstandsmitglieder für einen Schadenersatz als Gesamtschuldner.

Sechstens: Verhinderung des mehrheitlichen Wunsches der Bauern nach

gemeinsamen Wirtschaften, weil in Abweichung vom bürgerlichen Genossenschaftsgesetz das Eigenkapital der Genossenschaftler ausschließlich als Anteilseigentum betrachtet wird und damit Rücklagen verhindert werden.

Statt Hemmnisse bei der strukturellen Anpassung der ostdeutschen Landwirtschaft an die Marktwirtschaft zu beseitigen, wie das von allen Fraktionen des Sächsischen Landtages von der Bundesregierung gefordert wurde, würde dieser Gesetzentwurf der Regierungskoalition die Genossenschaften sofort zernähren, ohne die Bewirtschaftungsmöglichkeit zu sichern.

Das ist vorprogrammiertes wirtschaftliches und soziales Chaos in den ostdeutschen Ländern!

Das führt dazu, daß alle landlosen Bauern erneut in der Geschichte zu Knechten gemacht werden und in massenhafte Arbeitslosigkeit getrieben sind!

Das bedeutet die weitere Verelendung der Kommunen!

Die Schweinfurter Lokalzeitung „Nachrichten & Standpunkte“ hatte bereits Ende März über ein Gespräch mit Albert Seifert, Leiter der LPG Milz und Vizepräsident des Verbandes landwirtschaftlicher Unternehmen Thüringens, und Werner Hinkelmann, Leiter der LPG „Neues Deutschland“ in Bettenhausen und Vizepräsident des Thüringer Bauernverbandes, berichtet: „1990 wurde das LPG-Gesetz novelliert, und der Rückzug aus den LPG's (Reprivatisierung) wieder ermöglicht. Der bis dato gültige Grundsatz „Nutzung geht vor Eigentum“ wurde gebrochen. Im Einheitsvertrag wurde festgelegt, daß die LPG's bis Ende 1991 weiterexistieren. Ab 1.1.1992 werden die LPG's durch den Staat aufgelöst. Bis dahin muß die Umwandlung in einen Betrieb bürgerlicher Rechtsform erfolgen (eG, GmbH). Die LPG-Leiter verweisen darauf, daß in der EG Gruppenlandwirtschaft möglich ist, z.B. in Frankreich. Man wartet auf eine politische Entscheidung, die das Weiterarbeiten der Genossenschaften ermöglicht, bereitet sich jedoch vorsichtshalber auf die rechtliche Umwandlung vor. Schwierigkeiten werden viele bereitet: Die erforderliche DM-Eröffnungsbilanz zwingt auf dem Papier zu Vermögensvernichtung in Millionenhöhe (z.B. für Investitionen in den Boden, Meliorationen). Die geplante Novellierung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes sieht vor, daß ausscheidenden Eigentümern ein Anspruch auf Vermögenszuwachs zugesprochen wird, der zu 50 % sofort in barem Geld erstattet wird. Sie sind mit einer Verzinsung des Pflichtinventar Betrags einverstanden, mehr sei unmöglich zu finanzieren.“

Detlef Wehnert, Agrarpolitischer Sprecher der Fraktion LL/PDS im Sächsischen Landtag, in: Sachsen Die Neue, Nr. 13/14/91: Bundestagsdrucksache 12/161, „Nachrichten & Standpunkte“, 2.4.91 — (uld)



Protest gegen LPG-Vernichtung in Mecklenburg-Vorpommern

## BRD-Kapitalexport so hoch wie nie zuvor

1990 nahmen die Auslandsvermögen von BRD-Unternehmen um 108 Mrd. DM zu

Kapitalexporte imperialistischer Staaten sind immer auch ein Anzeichen für überschüssiges Kapital innerhalb dieser Staaten. 1990 war danach für die BRD-Konzerne ein Jahr

Nie zuvor nahm gleichzeitig auch das Volumen der im Innern der BRD umlaufenden langfristigen Vermögenstitel zu. Dem jetzt vorgelegten Monatsbericht der Bundesbank für März zufolge stieg der Umlauf festverzinslicher Wertpapiere in der BRD (das sind Bankschuldverschreibungen, Wertpapiere, Pfandbriefe, kommunale Schuldscheine, Anleihen von Konzernen und Anleihen der öffentlichen Haushalte) im Jahr 1990 um die Rekordsumme von 248 Mrd. DM (= 17,3 %) auf 1682 Mrd. DM. Auch wenn ein nicht geringer Teil dieser Papiere im Eigentum von besserverdienenden Leuten aus der Mittelklasse sein dürfte und deren Staats- und Konzerntreue nährt — das Gros der umlaufenden Vermögen repräsentiert umlaufendes Kapital der großen Konzerne und ihrer Eigner.

Dieses Kapital ist im vergangenen Jahr — vor allem durch die Extraprofite im Zuge der DDR-Annexion und der Eroberung der Märkte in der DDR, aber auch infolge der anhaltend günstigen Gesamtkonjunktur für BRD-Konzerne bei gleichzeitig minimaler Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter — gewach-

sen wie nie zuvor. Und da die Möglichkeiten der profitablen Anlage dieser enormen Kapitalgewinne im Inland trotz drastischem Anstieg der Staatsverschuldung offenbar zunehmend begrenzt sind — klassisches Anzeichen einer nahenden Überproduktionskrise wegen Überakkumulation von Kapital — war eine Rekordentwicklung im Kapitalexport die Folge.

Knapp ein Drittel, etwa 35 Mrd. DM, wendeten BRD-Konzerne zur Erhöhung des Kapitals bereits bestehender Auslandsfilialen oder zum Erwerb neuer Firmen auf. 25 Mrd. DM wurden zum Kauf festverzinslicher Schuldverschreibungen ausländischer Unternehmen oder Staaten verwendet, etwa 44 Mrd. DM wurden als Kredite (vor allem von BRD-Banken) an ausländische Schuldner vergeben. Regionales Schwerpunktgebiet für solche Kapitalexporte war erneut die EG: „Die deutschen Direktinvestitionen erfolgten fast ausschließlich in den westlichen Industrieländern, unter denen wiederum die EG-Länder das bevorzugte Zielgebiet darstellten. Im Zuge der Vorbereitungen deutscher Un-

terschiedlicher Kapitalakkumulation. Nie zuvor in der Geschichte der BRD legten BRD-Banken und -Konzerne so enorme Vermögen im Ausland an.

ternehmen und Finanzinstitute auf den Gemeinsamen Binnenmarkt ist die Bedeutung der EG-Länder bei den Direktinvestitionen weiter gestiegen, während die USA weiter an Gewicht einbüßten.“ (Bundesbank-Monatsbericht März, S. 32) Die BRD-Konzerne haben die Extraprofite aus der DDR-Annexion also sofort genutzt, um ihre Stellung in der EG weiter auszubauen.

Welche wirtschaftliche Bedeutung die Auslandsvermögen von BRD-Konzernen inzwischen haben, macht auch noch die Statistik der „Kapitalerträge aus dem Ausland“ deutlich. Danach stiegen 1990 die Kapitalerträge aus Auslandsvermögen erneut um über 22 % auf 97 Mrd. DM. Gegenüber 1986 haben sich diese Erträge sogar mehr als verdoppelt. Enormer Kapitalüberfluß im Inland bei gleichzeitiger Ruinierung der Industrie der annektierten DDR und Parasitismus von BRD-Vermögensbesitzern gegenüber dem Ausland gehen so Hand in Hand.

Quellen: Bundesbank Monatsbericht März 1991, Bundesbank Zahlungsbilanzstatistik Februar 1991 — (rül)

## Razzia bei politischen Gefangenen

BAW konstruiert „Illegales Informationssystem“

Vom 18. März ab wurden mehrere Tage die Zellen der politischen Gefangenen in Osendorf, Preungesheim, Schwalmstadt, Bruchsal, Aichach und Celle durchsucht. Der Durchsuchungsbeschuß stützt sich auf einen angeblichen „Kommunikationsaustausch zwischen den inhaftierten Mitgliedern der RAF“. Dabei geht es der BAW darum, die wenigen Möglichkeiten, die die Gefangenen haben, durch zensierte Briefe etwas voneinander mitzukriegen, zu verhindern.

Ein solches Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB leitete die Bundesanwaltschaft bereits im März letzten Jahres ein. Seitdem gab es schon drei bei manchen Gefangenen vier Durchsuchungen. Der jetzt vom BKA benutzte Durchsuchungsbeschuß stammt vom 3.12.90. Das heißt der BGH produziert solche Beschlüsse auf Halde, und sie sind für das BKA jederzeit verfügbar. Es wurden auch Zellen von Gefangenen, von denen das BKA annahm, daß sie Kontakt zu den politischen Gefangenen haben, ohne richterlichen Beschuß durchsucht.

Brigitte Mohnhaupt in der JVA Aichach bekam jetzt mit der neuen Durchsuchung den Beschlagnahmebeschuß des BGH für die vor einem Jahr bei ihr mitgenommenen Sachen. Dabei

geht es auch um einen Ordner Briefe von ihrer Mutter, die sie im Laufe eines Jahres geschrieben hat. Der BGH begründet die Beschlagnahme mit möglichen „weiterführenden Erkenntnissen“ und führt sie deshalb einer „umfassenden kriminaltechnischen Untersuchung“ zu. Das kann nur heißen, daß das BKA umfassend im Leben der Mutter rum-schnüffeln will.

Insgesamt wird im Moment die Schraube bei den Haftbedingungen der politischen Gefangenen angezogen. Christian Klar wurde im März von einem Rollkommando in die Bunkerzelle in der JVA Bruchsal gepörrt, nachdem er gegen die nahezu jede Auseinandersetzung verhindernde Zensur seiner Briefe protestiert hatte und vom zuständigen Zensor der JVA eine Erklärung dafür verlangt hatte. „Knierrücken in die Rippen. Haare reißen. Die Klamotten werden mir vom Leib gessen ... ich bin schon nackt auf dem Betonboden fixiert. läßt sich der fetteste von allen auf mein Kreuz fallen. daß ich glaube, die Lungen auskotzen zu müssen. Einer krallt seine Klauen in meinen Hals und „massiert“ den Nerv unterm Ohr mit der 50-Kilopont-pro-Quadratmeter-Methode.“ schreibt Christian K. Quellenhinweis: Angehörigen-Info 63 — (a.)



## Für ein soziales Sachsen — Positionspapier der PDS

Zweiter Teil der 1. Landesdelegiertenkonferenz der PDS in Sachsen am 6. April 1991 in Leipzig

Den Hauptteil der Diskussion auf der Landesdelegiertenkonferenz nahm die gegenwärtige Lage auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in der ehemaligen DDR und besonders im Land Sachsen ein. Grundlage dafür war ein Po-

sitionspapier, welches den Delegierten vom Landesvorstand schriftlich vorgelegt wurde. Darin sind die Forderungen enthalten, die die PDS in Sachsen in den Parlamenten und in der außerparlamentarischen Arbeit vertreten will.

Die Diskussion machte deutlich, daß die neuesten Zahlen über Arbeitslosigkeit nur die halbe Wahrheit ausmachen. Hinter den wachsenden Zahlen der Kurzarbeiter verbergen sich eine große Zahl von faktisch Arbeitslosen, die mit 0-Stunden nur durch Tarifvertragsregelungen noch als Beschäftigte gelten.

Als weitere 350 000 im Prinzip Arbeitslose sind die in die Altersübergangsregelung gezwungenen Beschäftigten zu rechnen. Dazu kommen die 250 000 auf die Warteschleife gesetzten, mit denen in Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze die Demontage von Institutionen und politische Ausgrenzung betrieben wird.

Nicht unbedeutend ist die Zahl von etwa 200 000 Menschen, die zwar in den neuen Bundesländern wohnen, aber ihren Arbeitsplatz in den alten Bundesländern haben.

Als gravierendes Problem wurde das fehlende Konzept der Bonner Regierung für die Entwicklung in Ostdeutschland und die Arbeit der Treuhandanstalt benannt. Deutlich wurde gesagt, „die Treuhandanstalt ist eine Institution des Kapitals und auch eine Institution der Konzerne, die möglichst schnell und total unser Volkseigentum zuschlagen soll“.

Es wurden Beispiele dargelegt, wo nicht einmal der Aufsichtsrat eines Betriebes über seinen zukünftigen Käufer reden, geschweige denn entscheiden darf. Dieses Recht behält sich die Treuhandanstalt ganz allein vor.

Und solange noch ein Funken Leben im Betrieb ist, wechseln die Namen der potentiellen Käufer ständig, bis dann das Konkursverfahren unumgänglich ist, da der Betrieb nicht mehr zahlen kann.

Über die immer wieder strapazierten alten Seilschaften wurde ebenfalls in einem Beitrag diskutiert. Eine Genossin berichtete über ihren Betrieb, in dessen Aufsichtsrat der ehemalige stellvertretende Chef des Bundes der Industriellen der Alt-BRD den Vorsitz führt. Dieser sitzt in München, hat gute Beziehungen und kann sich es leisten, nicht immer das zu machen, was die Treuhandanstalt will. Er bestimmt aber auch und ganz allein, was die Geschäftsführer, die Einheimischen und ehemals SED-Mitglieder, zu tun haben. Er hat zwar auch zwei Vertreter der Arbeitnehmer mit in den sechsköpfigen Aufsichtsrat genommen,

aber auch den Chef der Deutschen Bank in Chemnitz und weitere Vertreter des Alt-BRD-Kapitals.

In anderen Betrieben ist es ähnlich, Aufsichtsratsvorsitzende sind zum Beispiel auch Otto Graf Lambsdorff und Klaus von Dohnany.

„Wir als PDS stellen zwar die Minderheit dar, und unsere Akzeptanz ist bei der Presse noch gering. Das verlangt jedoch gerade, daß wir stärker unsere Politikfähigkeit demonstrieren, und zwar mit soliden Konzepten“ so Prof. Werner Roß aus Zwickau, der als einer von sechs Vertretern des Landes Sachsen in den Parteirat der PDS gewählt wurde. Er forderte erstens eine strategische Wirtschaftskonzeption, die Rahmenbedingungen für eine „soziale“ Marktwirtschaft absteckt und mit einer Demokratisierung der Wirtschaft, und zwar schon bei der Produktion und nicht erst bei der Verteilung, anfängt, und zweitens die Einsicht, daß wir uns nicht nur auf irgendwelche strategischen Ziele festlegen, sondern eine unter den gegenwärtigen Bedingungen machbare Politik entwickeln müssen.

Das der Delegiertenkonferenz vorgelegte Positionspapier fordert deshalb von den Regierenden bewußte politische Eingriffe in die Wirtschaft, weil die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen sich nur so bewältigen lassen.

Konkret heißt es im Positionspapier:

„... wird gegenwärtig Sachsen aufgrund seiner ausgeprägten, aber zum Teil überalterten Industriekultur und einer inkonsequenten Wirtschaftspolitik überdurchschnittlich von der Vernichtung traditioneller sowie zukunftsweisender ökonomischer Potentiale betroffen. Die Vernichtung von 55 % ehemals vorhandener Beschäftigungsmöglichkeiten droht. Herkömmliche wirtschaftliche und marktkonforme Instrumentarien müssen in Anbetracht einer drohenden sozialökonomischen Krise versagen. Notwendig sind in einer solchen Situation vorübergehende staatliche Lenkungsmechanismen, wie sie besonders in ökonomischen Ausnahmezuständen in der ehemaligen BRD regelmäßig angewandt wurden.“

Mit Hilfe eines in sich geschlossenen Sofortprogramms gilt es, die komplexen Produktionszusammenhänge systematisch zu erhalten, aus- und umzubauen. Die notwendigen Umstrukturierungs-

maßnahmen im Freistaat Sachsen lassen sich nur mit Hilfe bewußter politischer Eingriffe bewältigen.

Das muß in Abstimmung mit der Bundesregierung, den Länderparlamenten und den Interessenvertretungen aller betroffenen Bevölkerungsgruppen erfolgen ...

Sachsen war immer ein bedeutendes Export- und Importland. Die Bedingungen der letzten 10 Jahre führten dazu, daß 66 % seiner Exportleistungen in östliche Länder gerichtet waren. Das ist jedoch nach der Währungsunion zusammengebrochen. Das hat auch für Gesamtdeutschland negative Wirkungen.

Die PDS sieht es daher als notwendig an:

— bei Staatsaufträgen die in den letzten Jahrzehnten mit diesen Ländern entstandenen internationalen Verflechtungen zu erhalten und zu fördern,  
— die Kredite für östliche Länder, in Sonderheit für die Sowjetunion, nicht pauschal an diese Länder, sondern für Lieferbetriebe auszureichen,

— bei Ausschreibungen für Exportgeschäfte in östliche Länder die neuen Bundesländer zu bevorzugen.

5. Es kann nicht so weitergehen, daß Betriebsstillegungen der Regelmechanismus sind. Vielmehr muß die Stützung von Produktionsprozessen in ehemaligen volkseigenen Betrieben und deren Sanierung dominieren.“

Zur Lage der Bauern heißt es:

„Die Bauern erwarten verbindliche Antworten, wie sie als Berufsstand an dem versprochenen Wohlstand, dem Fortschritt und der sozialen Sicherheit in Zukunft beteiligt werden ... Die Ergebnisse der Bodenreform sind festzuschreiben. Privates, genossenschaftliches und staatliches Eigentum ist gleichermaßen zu akzeptieren und Chancengleichheit aller Unternehmensformen zu garantieren.“

Bezüglich der Treuhandanstalt heißt es:

„Die Treuhand muß im Rahmen des Sofortprogramms ihre Tätigkeit grundlegend neu bestimmen. Sie muß von der betriebswirtschaftlichen zur volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise übergehen.“

„Die Arbeitsweise der Treuhand in diesem Sinne erfordert:

— sie muß ein Organ des Umbaus der Wirtschaft und nicht der Stilllegung und vordergründigen Privatisierung sein,  
— ein Prioritätenkatalog muß grundle-

gendes Gestaltungsinstrument der Treuhand sein,

— ihre Tätigkeit muß der Demokratisierung und Öffentlichkeitskontrolle unterliegen,

— die Gewerkschaften, kommunale und regionale Struktureinheiten und gewählte Selbstverwaltungsorgane müssen eine Stimme in der Treuhand haben.

Die Treuhand muß zu einem Organ der Lösung und nicht der Schaffung sozialer Probleme werden.“

Zur umfassenden Verbesserung des absehbaren Zustandes auf dem Arbeitsmarkt wird ein Landesstrukturprogramm mit folgenden Eckpunkten gefordert:

„— Aufrechterhaltung bewährter und zukunftssicherer Traditionslinien Sachsens, mit neuen und konkurrenzfähigen Produktionssortimenten,

— Strukturförderprogramme nach regionalen Schwerpunkten, verbunden mit Beschäftigungsprogrammen zur Abfederung unvermeidlicher Umbrüche, besonders in Infrastruktur- und Naturgestaltungsbereichen, als wesentliche Voraussetzung zur Ansiedlung neuer Industrien, insbesondere in Notstandsgebieten,

— zielgerichtete Qualifizierungsmaßnahmen in Übereinstimmung mit der zu gestaltenden Strukturentwicklung Sachsens, besonders in angestammten Betrieben.“

— (sta)



Bild: af/mz

## Aufblähung des Justizapparates in Vorbereitung

Sicherung des Privateigentums und Verfolgung von SED-Mitgliedern erfordert viel Bürokratie

Der von der Bundesregierung und von den Länderjustizministern geplante Aufbau des Justizwesens im Anschlußgebiet zielt darauf ab, sowohl die frühere Gesetzlichkeit der DDR wie auch die Personen, die sich mit dieser Gesetzlich-

keit auskennen, in der Versenkung verschwinden zu lassen. Stattdessen soll das bundesdeutsche Justizwesen aufgesprengt werden. Nur fehlt bisher das Personal — denn es kommen nur in der BRD ausgebildete Juristen infrage.

Ein Ergebnis der verschiedenen, im letzten Vierteljahr durchgeführten Konferenzen von Justizministern der Länder, Länderinnenministern, Bundesinnenministern, Bundesjustizminister, Verwaltungsverantwortlichen aus den BRD-Ländern wird eine große Aufblähung des Justizapparates in der annektierten DDR und eine deutliche Vergrößerung des Polizeiapparates sein. Am 15. März einigten sich die Länderjustizminister und Bundesjustizminister Kinkel schließlich darauf, daß in spätestens drei Jahren in den fünf DDR-Bundesländern ungefähr die gleiche Anzahl von Justizpersonal beschäftigt sein soll wie derzeit in Nordrhein-Westfalen. Das heißt: Zum Zeitpunkt der Annexion der DDR gab es dort etwa 1 200 Richter und 900 Staatsanwälte. In Nordrhein-Westfalen, dessen Bevölkerungszahl etwa der der fünf DDR-Länder zusammen entspricht, gibt es heute 4 800 Richter, etwa 1 000 Staatsanwälte und ca. 3 000 Rechtspfleger — das sind Juristen, die in den Grundbuchämtern und ähnlichen Abteilungen, die über den Besitz wachen, tätig sind. Bundesjustizminister Kinkel teilt mit, daß nach den Schätzungen der Landesjustizminister nur knapp die Hälfte der Richter und Staatsanwälte aus der DDR nach der fdGO-Inquisition durch die „Richterwahlausschüsse“ im Amt verbleiben werden. Das wäre ein

Gesamtpersonal von etwa 1 100 Juristen, die aus der DDR kämen. Um die 7 700 Juristen sollen also aus den BRD-Ländern kommen. Unmißverständlich erklärte Bundesjustizminister Kinkel bereits am 27. Februar im Bundestag, daß weder die Bundesregierung noch die Landesjustizminister daran denken, Juristen einzustellen, die ihre Ausbildung in der DDR absolvierten. Das wird auch in drei Jahren nicht anders sein, denn die Juristenausbildung dauert länger. Etwa 1 000 Leute sollen kurzfristig durch das sogenannte „Seniorenmodell“ gewonnen werden, nachdem Richter und Staatsanwälte bis zu drei Jahre nach ihrer Pensionierung weiterbeschäftigt werden können, wenn sie in die DDR-Länder gehen. Die Bezahlung besteht aus einem Zuschlag zur Pension, der die Differenz zum Nettoarbeitsgehalt ausgleichen soll, sowie Aufwandsentschädigung, Trennungsgeld, Fahrkosten etc. Langfristig jedoch müssen Neueinstellungen von jungen Juristen erfolgen — Bewerbungen aus den BRD-Ländern liegen reichlich vor, versichert Bundesjustizminister Kinkel, aber zumeist von solchen Leuten, die im Westen aufgrund ihrer Examensnoten nicht eingestellt werden.

Die Annexion der DDR, die damit verbundene Aufhebung der DDR-Gesetze und die faktische Außerkraftsetzung

der Gerichtsbarkeit und nicht zuletzt die Bestrebungen, die Eigentumsverhältnisse vollständig zurückzuführen auf Privateigentum haben dazu geführt, daß mehrere zehntausend Gerichtsverfahren vor Gerichten anliegen, die nicht eröffnet werden können. Darunter fallen zahlreiche Verfahren, in denen Eigentumsrechte geklärt werden sollen, aber Bundesjustizminister Kinkel berichtet bereits Ende Februar von mehr als 45 000 Arbeitsgerichtsverfahren, die überhaupt noch nicht bearbeitet sind.

Ähnlich wie die höheren Beamten der Gerichte werden auch die Justizangestellten nur zum geringsten Teil aus den Ländern des Anschlußgebietes kommen. Auch hier plant die Bundesregierung eine Anwerbeaktion in großem Umfang in den BRD-Ländern.

Der Polizeiapparat soll ebenfalls vergrößert werden — hier liegen bisher nur Zahlen für einzelne Länder vor. So schätzt z. B. die thüringische Landesregierung, daß sie zusätzlich zu den vorhandenen 11 500 Polizisten noch 2 000 weitere benötigt. Die sächsische Landesregierung spricht von einem „Mehrbedarf“ von etwa 1 000 Polizisten.

Die Aufgaben dieses ausgedehnten Polizei- und Justizapparates sind auf Jahre festgeschrieben: Zum einen und in der Hauptsache sollen die Gerichte die diversen Eigentums- und — nach der

Schnellverabschiedung des „Hemmnisbeseitigungsgesetzes“ — Entschädigungsansprüche klären. Bisher liegen 1,2 Millionen Anträge auf Klärung offener Vermögensfragen vor — damit die Antragsteller Unterstützung erhalten, will die Bundesrechtsanwaltskammer und der Anwaltsverein 50 Rechtsanwälte in die Anschlußgebiete entsenden. Bei allen Sprüchen der Bundesregierung von „Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit“ in den nächsten drei Jahren ist doch vornherein klar, daß dies mit dieser Art Justizaufbau nicht gewährleistet werden kann. Kinkel kündigte denn auch Mitte März an, sein Ministerium erwäge die erneute Überprüfung von „Verfahrensmängeln“ und Prozeßordnungen, die Prozesse verlängern können — weitere Einführung von Methoden des „kurzen Prozesses“ also ist geplant, durch Einschränkung der Berufungsmöglichkeiten etc.

Zum anderen will Kinkel in einer beispiellosen Aktion „die Aufarbeitung des gesamten SED-Unrechts“ veranstalten. Dafür wird das Ministerium eine eigene Abteilung einrichten. Diese Abteilung soll dafür Sorge tragen, daß zum einen 40 Jahre Rechtsprechung in der DDR dadurch beseitigt werden, daß heute auf Grundlage von BRD-Recht Leute „rehabilitiert“ werden.

Nach Ankündigung von Kinkel soll diese Abteilung aber nicht nur die Rechtsprechung der DDR überprüfen, sondern auch die „Rehabilitierung für Internierungen durch alliierte Besatzungsmächte“ durchführen, das heißt bezogen auf die Anschlußgebiete die Überprüfung der Urteile und Internierungen, die die sowjetische Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949 vollstreckt und durchgeführt hat. Ähnliches ist gegen-

über den Tätigkeiten der Alliierten Besatzungsmächte in der französisch, britisch oder us-amerikanisch besetzten Zone in der Geschichte der BRD nie durchgeführt worden — und diese Besatzungsmächte haben als Teil der Anti-Hitler-Koalition ebenfalls Nazis interniert und verurteilt.

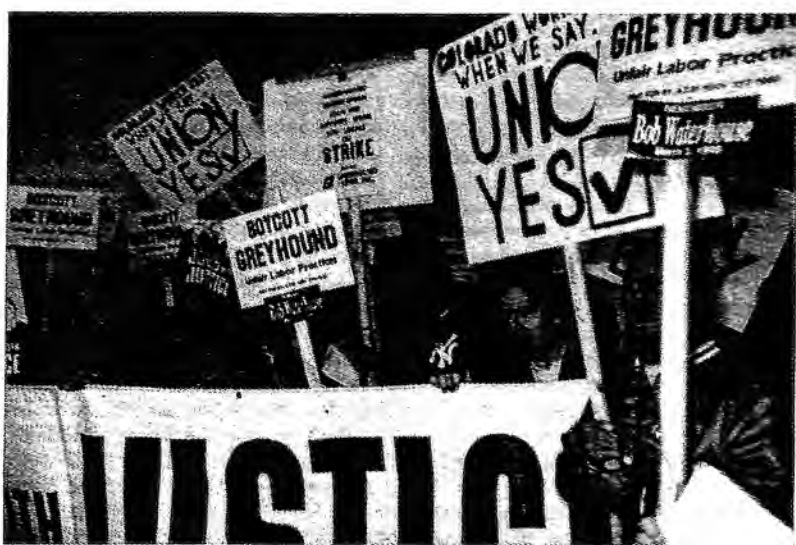
Für die genaue Regelung dieser Umkehrung von früher gültigem Recht bereitet das Justizministerium einen Gesetzentwurf vor. Für Kinkel steht jedenfalls fest, daß das noch von der DDR-Volkssammer beschlossene Rehabilitierungsgesetz nicht tauglich dafür ist.

Ein weiterer Bereich, mit dem sich die Justiz im Anschlußgebiet befassen soll, ist die aus der „Rehabilitierung“ folgende Verfolgung von früheren SED-Mitgliedern und die bereits jetzt begonnene Verfolgung von Angehörigen des DDR-Staatsapparates auf der Grundlage von BRD-Recht. Das Bundeskriminalamt hat im letzten halben Jahr knapp 200 Verfahren wegen „Landesverrat“ und anderer sogenannter Spionagedelikte eröffnet — über dreiviertel davon gegen Bürger der Anschlußgebiete wegen ihrer Zusammenarbeit mit angeblich in der BRD tätigen Spionen. Die Verhaftung ehemals führender Funktionäre des Ministeriums für Staatssicherheit wegen angeblicher Unterstützung der RAF geht rechtlich ähnlich vor: Was gilt, ist BRD-Recht, und früher geltendes DDR-Recht, das ja Grundlage für die Tätigkeit dieser Funktionäre gewesen ist, wird schlicht und einfach mißachtet.

Quellenhinweis: Pressemitteilungen des Justizministeriums vom Februar und März 1991; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1991; Bundestagsprotokoll Nr. 12/11 vom 27. Februar 1991 — (uld)



## Internationale Umschau



Etwa 700 Gewerkschaftsmitglieder protestierten am 2. März in mehreren Städten in den USA vor Niederlassungen des „Greyhound“-Konzerns gegen die anhaltende Aussperrung der 9000 Personen umfassenden, streikenden Belegschaft durch den Konzern. Der Konzern setzt seit Monaten Streikbrecher-Fahrer ein, um die Gewerkschaft im Betrieb zu zerschlagen. Die Gewerkschafter erinnerten zugleich an den Tod des Streikpostens Bob Waterhouse. Ein Streikbrecher-Fahrer hatte ihn beim Durchbrechen der Streikposten überrollt (Bild: Denver). Die Demonstranten forderten ein Gesetz, das den Konzernen die Entlassung streikender Belegschaften verbietet. — (rü)

### Türkei: Spalterische Amnestie gegen die kurdische Befreiung

Das türkische Regime versucht unter dem Eindruck der anhaltenden kurdischen Aufstände eine Bereinigung seiner inneren Front. Etwa 40000 Häftlingen sollen im Rahmen einer „Amnestie“ freigelassen werden. Gleichzeitig werden 238 zum Tode Verurteilte „begnadigt“. Ihre Strafe wird in lebenslange Haft umgewandelt. Schon in der nächsten Woche soll der entsprechende Gesetzesentwurf endgültig im Parlament verabschiedet werden. Perfide Ausnahme: Die Amnestie gilt nicht für Gefangene, die an bewaffneten Anschlägen gegen die herrschende Militärjunta beteiligt waren, und für alle diejenigen, denen „separatistische Taten“ vorgeworfen werden. Der gesamte kurdische Widerstand ist also von der Amnestie ausgeschlossen. — (rü)

### Frankreich: Korsika-Statut im Parlament verabschiedet

Mit dem Stimmen der KPF und der Mehrheit der regierenden Sozialisten hat das französische Parlament am 5. April ein neues Statut für Korsika verabschiedet. In Artikel I ist erstmals die Rede von einem „korsischen Volk“. Gaullisten und andere Rechte kritisierten dies als „verfassungswidrig“, da die Verfassung nur ein französisches Volk kenne. Tatsächlich ist das Statut ein Spaltungsversuch. Das korsische Volk ist nämlich „Bestandteil des französischen Volkes“ und insofern — wie der Teil dem Ganzen — diesem untergeordnet. Quelle: FAZ, 6.4.91 — (rü)

### Grönland: Mehrheit für die Gegner der EG

Die Wahlen zum Parlament Anfang März in Grönland brachten einen Erfolg für die Gegner eines EG-Beitritts. Den größten Stimmenzuwachs erzielte das linke Wahlbündnis „Inuit Ataqatigiit“ (IA). Mit 20 % Stimmenanteil konnte es die Zahl der Sitze von einem auf fünf steigern. Die bisherige sozialdemokratische Regierungspartei „Siumut“ behielt ihre elf Sitze, während die konservative „Assatus“ drei Mandate verlor und acht behielt. Die reaktionäre Zentrumsparterie, die den dänischen Kolonialismus offen unterstützt, blieb bei zwei Sitzen. Im Zentrum des Wahlkampfes stand eine von der „Assatus“ entfachte Kampagne über den EG-Beitritt, bei dem sie eine neue Volksabstimmung darüber forderte. IA trat am entschiedensten gegen die EG auf. Das Wahlergebnis wird auch als Ergebnis einer Volksabstimmung gewertet, bei der eindeutig die Konservativen, die einen Antrag für einen EG-Beitritt stellten wollten, verloren. Ergebnis der Wahl ist jetzt auch ein Regierungsbündnis zwischen der sozialdemokratischen „Siumut“ und dem linken Wahlbündnis IA. In einer auf vier Jahre getroffenen Absprache zwischen den beiden Regierungsparteien wurde als Hauptpunkt festgelegt, daß Grönland keine EG-Mitgliedschaft beantragen wird. Quelle: Klassekampen (Norwegen), 21. März 1991 — (ccs)

### USA diktieren Irak Waffenstillstands-Abkommen

Die USA haben ein weiteres Mal den UN-Sicherheitsrat mißbrauchen und Irak ein Waffenstillstandsabkommen aufzwingen können, das als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln betrachtet werden muß. Danach wird der Irak weitgehend entwaffnet, unter bewaffneter Kontrolle der UNO gestellt und auf lange Sicht all seiner Ressourcen zur Entwicklung der Wirtschaft beraubt.

Der Irak hat die Vernichtung aller biologischen und chemischen Waffen, allen atomwaffenfähigen Materials und aller ballistischen Raketenysteme mit einer Reichweite von über 150 km einschließlich aller entsprechenden Entwicklung-, Produktions- und Reparaturanlagen bedingungslos zu akzeptieren. — Der lange uneinholbar scheinende technologische Vorsprung hatte Israel die militärische Überlegenheit über seine arabischen Nachbarn gesichert. Trotz der Niederlage Iraks im Golfkrieg ist deutlich geworden, daß Israel diese militärische Überlegenheit verloren hatte; das hätte die israelische Gesellschaft zwingen können, ihre aggressive Politik aufzugeben und ein friedliches Auskommen mit den Palästinensern und den arabischen Ländern zu finden. Die weitgehende Entwaffnung Iraks führt zu einem neuen Ungleichgewicht zugunsten Israels, das im Besitz moderner Massenvernichtungswaffen ist, und zerstört die Aussicht auf die friedliche Lösung der von Israel ausgehenden Konflikte.

Die Verpflichtung, für alle durch den Krieg verursachten Schäden — einschließlich aller von den US-Bombardements in Kuwait verursachten — aufzukommen, wird Irak auf unabsehbare Zeit der Einkünfte aus dem Erdöllexport beraubt, die das Land für den Wiederaufbau so dringend benötigt. Darüber hinaus haftet Irak mit seinem Auslandsvermögen für die Schulden bei der modernen Grundherrnkasse in Kuwait und Saudi-Arabien. Das große Problem, daß der imperialistische Weltmarkt den unterdrückten Nationen keine Entwicklungsmöglichkeiten läßt, wird für Irak durch das Waffenstillstands-Diktat noch weiter verschärft.

Der Abzug der US-Truppen verläuft bisher sehr zögerlich. Allem Anschein nach halten sich die USA neben der Entsendung von UNO-Truppen die Option einer längeren Besetzung Iraks offen. — (scc)

### CSFR: Länderkammer lehnt Bodenprivatisierung vorerst ab

Der Regierungsentwurf über die Privatisierung von 70 % der in genossenschaftlichem oder Staatsbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche ist von der Länderkammer vorerst abgelehnt worden. Auseinandersetzungen gab es v.a. um Entschädigungszahlungen und die Erstattung enteigneten Landes an Angehörige der Minderheiten. Gegen Entschädigungen für Bürger ungarischer Nationalität sträubt sich die Slowakei, jene für ehemalige deutsche Eigentümer wird von der Mehrheit abgelehnt. Als Kompromißlinie hatte die Regierung in dem Entwurf bereits vorgesehen, daß die vor 1948 durchgeführten Enteignungen nicht rückgängig gemacht werden und Eigentümer in keinem Fall mehr als 150 ha Anbaufläche oder 250 ha Wald erhalten sollen. — (uga)

### China: Der Kreis Zhaoyuan baut Gesundheitswesen wieder auf

„Ihr müßt dem Amt für Öffentliches Gesundheitswesen sagen, daß es nur der einen Hälfte unserer Bevölkerung dient. Diese Hälfte umfaßt die gebildete Schicht; die breiten Massen der Bauern erhalten keine medizinische Versorgung — für sie gibt es weder Ärzte noch Medikamente.“ Diese Kritik Mao Zedongs am öffentlichen Gesundheitswesen von 1965 trifft auch die Zustände im heutigen China. Vor 25 Jahren hatten die Volkskommunen im Zuge der Kulturrevolution genossenschaftliche Gesundheitsdienste errichtet, die bald die ländlichen Gebiete weitgehend erfaßten. Im Laufe eines Jahrzehnts waren über eine Million Barfußärzte aufs Land gezogen. Heute ist zusammen mit den Volkskommunen auch das genossenschaftliche Gesundheitssystem vernichtet. Folge: Die ländliche Bevölkerung ist medizinisch unterversorgt, 13,8 % aller Dörfer haben keinerlei medizinische Einrichtung. Mehr als die Hälfte aller Krankenhausbetten und Ärzte befinden sich in den Städten, obwohl dort nur ein Fünftel der Bevölkerung lebt. Über 90 % der Absolventen medizinischer Hochschulen bleibt in den Städten. Doch es gibt auch gegenläufige Tendenzen: Der Kreis Zhaoyuan hat das genossenschaftliche Gesundheitswesen wiederaufgebaut. Daran nehmen schon 97 % der bäuerlichen Bevölkerung (510000 Menschen) teil. Den Bestimmungen zufolge müssen Dörfer mit unter 500 Einwohnern einen diplomierten Gemeinde- oder Dorfheilpraktiker, Dörfer mit über 1000 Einwohnern einen examinierten Arzt haben. Die Verwaltung der medizinischen Genossenschaften im Kreis ist dezentralisiert, die Volkskongresse auf Gemeinde- und Kreisstadtebene überwachen die Verwendung der Ausgaben. Die Kosten werden zu einem Drittel privat, zu zwei Dritteln von den Kollektiven aufgebracht. — (scc)

### Entwicklung der Auslandsschulden der Dritten Welt 1980-1990 (in Mrd. \$)

	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
DRS-Länder	562	743	843	937	1028	1152	1137	1147	1221
langfristige Kredite	421	552	675	768	867	980	960	959	1015
offizielle Kredite	157	197	233	294	357	433	437	454	521
private Bankkredite	264	354	442	473	511	547	523	505	494
kurzfristige Kredite	129	167	133	129	118	128	142	156	169
IWF-Kredite	12	24	36	40	43	43	35	32	36
Andere Entwicklungsländer	77	86	81	89	99	116	128	114	120
Alle Entwicklungsländer	639	829	924	1026	1127	1268	1265	1261	1341
Schuldendienststrategie (%)	22	28		28		28	27	22	

Der Eindruck einer leichten Entspannung der Schuldenkrise, den die von der Weltbank zusammengestellten Zahlen vermitteln, täuscht zumindest teilweise. So scheint die Schuldendienststrategie wieder zu sinken. Doch dahinter verbergen sich wachsende Zahlungsrückstände, die inzwischen auf 80 Mrd. \$ oder 6,4 % der Gesamtschulden angewachsen sind. So müßten die stark verschuldeten schwarzafrikanischen Länder mehr als doppelt so viel für den Schuldendienst aufbringen, als sie tatsächlich tun, nämlich ca. 50 % statt 22 % ihrer Exporterlöse. Zweitens signalisiert die Tatsache, daß die privaten Kredite stark abgenommen haben, d.h. der Zugang zahlreicher Länder der Dritten Welt zu Handelskrediten erschwert ist, nicht etwa wachsende wirtschaftliche Unabhängigkeit, sondern im Gegenteil eine tiefe Wirtschaftskrise, die aus der Weltmarktabhängigkeit resultiert und alle Entwicklungsbedingungen erfaßt hat.

Erläuterung: DRS-Länder sind jene Länder, die ihre Auslandsschulden regelmäßig an die Weltbank berichten, kurzfristige Schulden jene mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten. Die Schuldendienststrategie bezeichnet das Verhältnis von Schuldendienst (Tilgung, Zinszahlungen) und Exporterlösen. — (scc)

## Andreotti VII. = Andreotti VI.?

### Absichten mit der Regierungskrise in Italien

Nach zwanzig Tagen Regierungskrise wurde Anfang April der bisherige Ministerpräsident Andreotti (Christdemokratische Partei) vom Staatspräsidenten erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Er verhandelt mit den bisherigen Regierungsparteien über eine Neufassung der Fünferkoalition und über neue Regierungsvorhaben.

Der Ablauf der Regierungskrise — gerade nach dem Ende des Golfkriegs — verdeutlicht einige der Interessen, die dabei verfolgt werden. Zunächst hatte der Vorsitzende der Sozialistischen Partei (PSI), Craxi, die Krise ausgelöst mit der Begründung, „die Regierungsmannschaft ist erschöpft“. Eine andere Regierung müsse die Legislaturperiode bis Mitte nächsten Jahres zu Ende zu bringen und die institutionellen Fragen angehen: Die Sozialistische Partei verlangt eine Präsidialrepublik nach französischem Muster mit Direktwahl eines mit großen Machtmitteln ausgestatteten Staatspräsidenten. Gleichzeitig trat der christdemokratische Staatspräsident Cossiga mit immer neuen Erklärungen und Drohungen gegenüber dem Parlament auf den Plan: Er werde sich das Durcheinander in der italienischen Politik nicht mehr bieten lassen und sei gar entschlossen, erforderlichenfalls erstmals in der italienischen Nachkriegsgeschichte das Parlament — auch gegen dessen Willen — aufzulösen.

Schließlich wurden die Entwicklungen auch noch von außen angeheizt: Der Präsident der Bundesbank der BRD, Pöhl, hatte zwei Tage vor dem Rücktritt der italienischen Regierung in Brüssel über die EG-Währungsunion 1997 referiert: Es dürften nicht auf EG-Ebene die Fehler der deutschen Währungsunion wiederholt werden. Er hatte dabei Italien, Griechenland, Spanien und Portugal aus der geplanten Währungsunion ausgenommen, was in Italien von Regierungskreisen und Zentralbank als ernste Drohung aufgenommen wurde.

Mit den angekündigten Maßnahmen stellt sich die Regierungskrise als ein nachdrücklicher Versuch dar, die Schlagkraft des italienischen Staatsapparats zu erhöhen und die Stellung Italiens in der EG und gegenüber den Mittelmeerstaaten in der Folge des italienischen Golfkriegseinsatzes auszubauen. Andreotti hat „innere Sicherheit“, italienische EG-Politik und Haushaltssanierung als nächste Schwerpunkte genannt. Das enorm angewachsene Haushaltsdefizit, umgerechnet ca. 16,5 Mrd. DM fehlen verglichen mit der Finanzplanung, soll angegangen werden — zunächst mit einer Verweigerung neuer Tarifverträge im öffentlichen Dienst. Die Verfassungsreform über die staatlichen Institutionen soll auf den Weg gebracht werden; antidemokratische Maßregeln sind in der Diskussion. — (rok)

## CSFR: Nationalitätenkonflikte

### Verfassungsdebatte um staatliche Einheit noch nicht erledigt

Die im letzten Jahr stark aufgekeimten Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken scheinen sich etwas zu beruhigen, seit im Dezember ein Kompromiß in der Verfassungsdebatte gefunden worden war, nach dem der Zentralregierung nur noch die Währungs-, Außen- und Verteidigungspolitik unterstehen.

In der Slowakei waren die Autonomiebestrebungen Mitte und Ende 1990 weitgehend von reaktionären Kräften geprägt, die u.a. eine Rehabilitierung des ehem. Führers des 1938 gebildeten klerikal-faschistischen slowakischen Separatstaates, Josef Tiso, durchsetzen wollten. In Auseinandersetzungen um die Amtssprache forderten slowakische Nationalisten, die bisherige Regelung abzulösen, nach der Tschechisch und Slowakisch im ganzen Land gleichberechtigt sind und in Gemeinden mit starkem Anteil anderer Nationalitäten auch andere Sprachen anerkannt werden. Sie forderten, in der Slowakei nur noch Slowakisch anzuerkennen. Diese v.a. gegen die Ungarn im südöstlichen Landesteil gerichtete Forderung wurde allerdings vom slowakischen Parlament abgelehnt.

Hintergrund der Konflikte ist vor allem die zunehmende wirtschaftliche

Abhängigkeit des östlichen vom westlichen Landesteil. Bislang flossen jährlich umgerechnet rund 500 Mio. DM Ausgleichsleistungen in die Slowakei. Dies sollte seit 1995 helfen, die vorwiegend von Leichtindustrie und Halbfertigwarenverarbeitung geprägte Wirtschaft dort zu entwickeln. Im Zuge der marktwirtschaftlichen Umgestaltung sollen diese Zahlungen ebenso wie die Subventionierung von notleidenden Betrieben z.T. wegfallen. Die Umstellungen im RGW verschärfen die Probleme insbesondere für die Slowakei zusätzlich. Hier waren bereits Ende 1990 133000 arbeitslos, in der Tschechei dagegen nur 24000. Aufgrund unterschiedlicher Sozialplanregelungen erhalten im westlichen Landesteil knapp die Hälfte, im östlichen nur rund 12 % der Arbeitslosen staatliche Unterstützungsleistungen.

Appelle Havels zur Einheit werden auf Dauer aber kaum zunehmende Spannungen unterbinden können. Wenn alle Elemente der planwirtschaftlichen Ausgleichspolitik, die auf eine Entwicklung der unterentwickelten Landesteile zielte, jetzt ausgeschaltet werden, wird der Staat einer gefährlichen Zerreißprobe ausgesetzt werden. — (uga)

## Deutsche Farmen in Südafrika

### BRD-Monopole betreiben Siedlerpolitik

Daß BRD-Monopole seit Jahrzehnten azanische Arbeiter zu Niedrigstlöhnen in der Industrie ausbeuten, ist in der hiesigen Öffentlichkeit bekannt durch den erbitterten Kampf der schwarzen Gewerkschafts- und Befreiungsbewegung. Wenige wissen jedoch, daß viele Monopole auch Farmen besitzen — so u.a. VW, BMW, Daimler-Benz, die Kölner Kosmetik-Firma Mühlsens (4711) und die Dresdner Bank. Über die Lebensbedingungen der schwarzen Landarbeiterfamilien auf einer dieser Farmen, der Neethlingshof Farm, berichten die Azania-Nachrichten Nr. 3/91:

„Der Farmbesitz umfaßt eine Fläche, die mehr oder weniger der Gesamtberlins entspricht. Eigentümer ist die Dresdner Bank Südafrika. In Deutschland wirbt man mit dieser Farm als einem Musterbeispiel ...

Von weitem beeindruckt einen die weiß getünchten Häuser, in denen die Arbeiter wohnen, doch tritt man ein, wird man sich der Enge bewußt, in der die Farmarbeiter mit ihren Familien leben müssen; sie drängen sich auf einem Raum von weniger als 30 qm ... Neethlingshof umfaßt drei Farmen in der westlichen Kapregion; dort wohnen die Arbeiter kostenlos, doch ihre Löhne sind mit monatlich Rand 280 für den Mann

und Rand 140 für die Frau erschreckend niedrig bemessen; Sozialleistungen erhalten sie nicht. Im Neethlingshof Restaurant erhalten die Kellner monatlich Rand 350, die Küchengehilfen Rand 300 und keinerlei Sozialleistungen. Die monatlichen Mindestausgaben für den Lebensunterhalt einer fünfköpfigen Familie liegen laut Umfrage der Industrial Relations Informations Survey vom 15. 3.88 bei Rand 810. Die Lebenshaltungskosten haben sich jedoch seit 1988 verdreifacht. Die Verwalter des Neethlingshof-Besitzes zögerten ... jede Entscheidung bezüglich einer Anerkennungsvereinbarung mit den Arbeitern hinaus ... Ohne eine solche Anerkennungsvereinbarung haben die Arbeiter keinen vertraglichen Anspruch auf Mindestlöhne und festgelegte Arbeitszeit; werden sie entlassen, müssen sie binnen einer Woche ihre Wohnung verlassen; das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, bleibt ihnen versagt; sie unterstehen dem Gewohnheitsrecht. Gewerkschaftsfunktionäre können verhaftet und wegen unbefugten Betretens fremden Eigentums angeklagt werden, wenn sie den Farmbesitz betreten.“

Die Azania-Nachrichten sind zu beziehen bei GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/2 20 42 78 — (uld)



Die „Nene Zürcher Zeitung“ (15.4. 1991) beschreibt die Situation als „krisenhaften Wandlungsprozess der indischen Gesellschaft, der von den traditionellen Parteiformationen nicht mehr aufgefangen werden kann.“ Diese Zustandsbeschreibung bezieht sich vor allem auf die heftigen gewalttätigen Konflikte um die Moschee in Ayodhya, die nicht zuletzt ihre Ursache in der Bevorzugung bestimmter Kasten der indischen Gesellschaft durch die offizielle Regierungspolitik hatten. Die Zeitung bezweifelt deshalb einen eindeutigen Ausgang der nächsten Wahlen. In der Tat bedeutet die Programmatik der traditionellen Parteien für die Masse der 400 Millionen Inder keinerlei Änderung für ihren täglichen Kampf ums Überleben. Wirkliche Änderungen erwirken — wenn auch in kleinem Maßstab — nur die zahlreichen Gruppen von Bauernorganisationen, die sich mit Landnahmeaktionen, Bildung und Ausbildung, genossenschaftlichen

## Indien: Entwicklungskrise und Kämpfe der Landbevölkerung

Rücktritt der Regierung / Preiserhöhungen / Neuwahlen Ende Mai

Voraussichtlich Ende Mai werden in Indien Neuwahlen zum Parlament in Neu-Delhi stattfinden. Die Auflösung der Regierung unter Chandra Shekhar ist der Endpunkt der langandauernden Regierungskrise gewesen, die davon gekennzeichnet war, daß offensichtlich die Congress-I-Partei unter Rajiv Gandhi die Minderheitsregierung weitgehend dirigierte und nur einen günstigen Vorwand abwar-

te, die amtierende Regierung zu diskreditieren. Die Regierungsausschüttung fällt just in die Zeit der Verabschiedung des achten Fünfjahresplans, in dem die Eckpunkte der Entwicklung auf dem industriellen und auf dem landwirtschaftlichen Sektor festgelegt werden. Rajiv Gandhi ließ dem Parlament gerade Zeit genug, das Jahresbudget zu verabschieden.



Hunderttausende suchen Arbeit, Ernährung und Wohnung

Organisationsformen und militanter Durchsetzung elementarer Lebensrechte neue Lebensverhältnisse schaffen.

### Zerstörung der Landwirtschaft ...

Anfang Januar beschreibt ein Autor der revolutionären Zeitschrift „Frontier“

die unsäglichsten Lebensbedingungen der meisten Inder. Unbestritten trug die „Grüne Revolution“ Anfang der 60er Jahre zur Stabilisierung der zerbrechlichen indischen Wirtschaft bei. Die landwirtschaftlichen Exporte sollen nach dem neuen Fünfjahresplan um ca. 45 % steigen. Die Industrie- und Handelskam-

mer fordert weitere Ausfuhr- und Produktionsvereinfachungen insbesondere für behandelte Lebensmittel. Außerdem fordert sie weitgehende Zollbefreiung für die Einfuhr von Technologie und Kapital für diesen Produktionsbereich. Die Handelskammer richtete an die Regierung die Anfrage, daß diesen landwirtschaftlichen Exportkapitalisten keine Beschränkungen beim Zusammenschluß mit ausländischen Foodkonzernen auferlegt werden sollen.

Die Zentralregierung hat verkündet, daß 500 000 ha Land für die Palmenplantagen an industrielle Produzenten verpachtet werden. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre. Das Land dafür ist bereits festgelegt.

Großexporteure von Meeresfrüchten in Kerala (Südwestindien) drohen mit der Schließung ihrer Produktionsanlagen, wenn die Anordnung der kommunistischen Landesregierung auf eine Sondersteuer zugunsten eines Sozialfonds für die Fischer in die Tat umgesetzt werden sollte. Mit ihren großen Fangschiffen haben sie bereits vielen traditionellen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Die Begünstigung von Großplantagen bedeutet die Begünstigung von Großproduzenten, die Ergebnisse fließen nicht in die Hände der Bevölkerung. Die Weigerung der Großproduzenten, einen Teil ihres Gewinns für die Sozialversicherung der kleinen Fischer zu leisten, deren Produkte sie verarbeiten, hält der Autor für ein Indiz dafür, daß die Entwicklung sich weiter an den Forderungen des Internationalen Währungsfonds orientiert, notleidende Bereiche nicht mehr zu subventionieren. Die Auffassung von Land für Palmenplantagen bedeutet seiner Meinung nach auch einen Rückschlag für die Bemühungen um eine Landreform. „Wenn die Milch in den Dörfern behandelt wird, kann wenigstens erwartet werden, daß das nahrhafte Nebenprodukt *chaach* die Kinder der ärmeren Bereiche erreicht. Wenn sich die Erwartungen für die Vermarktung von Milch durchsetzen, wird nicht einmal mehr *chaach* die Kinder der armen Familien erreichen“, schreibt der Autor.

Eine Untersuchung in der Zeitschrift

„Economic and Political Weekly“ (Februar 1991) belegt eindrucksvoll die unbeschreiblichen Folgen, die diese Entwicklung zeitigt. Die Untersuchung befaßt sich mit der Entwicklung der ärmsten Teile der indischen Landbevölkerung, den Stammesangehörigen. Da diese durch die oben beschriebenen Entwicklungen oftmals keine Lebensgrundlage mehr auf dem Lande finden, gehen sie als Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter in die Peripherie der großen Städte Kalkutta, Bombay und Madras. Die Lebensbedingungen dort sind unbeschreiblich, eine Unmenge von Menschen leben auf der Straße. Auch wenn die Zahlen bereits älter sind, belegen sie doch einen eindrucksvollen Trend. Die Angehörigen der Halba leben in Maharashtra, dem Bundesstaat, in dem auch Bombay liegt. Von den insgesamt rund 250 000 Angehörigen des Stammes lebten 1981 bereits 58 % im städtischen Wohngebiet. 1971 waren es gerade 266 bzw. 3,7 %. In allen Zeitschriften wird derzeit über massive Preiserhöhungen vor allem für Grundnahrungsmittel berichtet.

„Indiens gegenwärtige Wirtschaftslage ist von großen makroökonomischen Problemen gekennzeichnet. Ein Doppeldefizit im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz zwingt die Regierung zu rigorosen Sparmaßnahmen und Einfuhrbeschränkungen. Zwar hat der kürzlich mit dem IWF vereinbarte Kredit in Höhe von rund 2 Mrd. \$ Indien eine Atempause verschafft, doch nach Ansicht der Fachleute braucht Indien weitere 2 Mrd. bis 4 Mrd. \$, um der Lage Herr zu werden. Diese Summen sind vom IWF aber nur dann zu bekommen, wenn Indien bereit ist, seinen Staatshaushalt nach IWF-Rezept zu sanieren.“ (Handelsblatt, 5.3.91)

### ... und Ausschaltung demokratischer Rechte

Ein anderer Autor im „Frontier“ (9.2. 91) schreibt über die aktuelle Entwicklung der Kämpfe der Landbevölkerung und die Angriffe der Landesregierung gegen ihre Selbstorganisation. Wir berichteten vor einiger Zeit über Entführungsaktionen linker Gruppen in Andhra

Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat in Zentralindien, der zugleich extrem rückständige Verhältnisse aufweist. Betroffene der Entführungsaktionen waren zumeist Staatsbeamte, Ziel war in der Regel die Freilassung verhafteter Bauernvertreterinnen und -vertreter. Offenbar wurde diese „Karte überreizt“, denn die erfolgreichen Aktionen will der neugewählte Ministerpräsident Janardana Reddy nicht mehr dulden. Vor allem die *People's War Group*, eine Organisation der CPI(ML), soll massiv bekämpft werden. Deshalb gab die Landesregierung der Polizei freie Hand, so daß unter dem Vorwand der „wachsenden Bedrohung“ auch die Bauernorganisationen insgesamt ausgeschaltet werden sollen. Außerdem, so der Autor, seien die Forderungen der Entführer oft Folge des rücksichtslosen Vorgehens der Schlägerbanden der Grundbesitzer und der Polizei. Ohne Begründung werden Leute verhaftet und Großveranstaltungen der *Radical Youth League* und anderer populärer Massenorganisationen sogar zu so allgemeinen Themen wie gegen fundamentalistische, kommunalistische Konflikte und gegen die Einmischung der USA in der Golfregion verboten. Dr. Balagopal, Vorsitzender des *Civil Liberties Committee* wurde mit mehreren anderen linken Schriftstellern verhaftet, als sie eine öffentliche Versammlung abhalten wollten.

Die Unterdrückung der öffentlichen Versammlungen auf dem Lande, insbesondere der Bauernorganisationen, soll auch dem Zwecke dienen, den Informationsfluß unter der Landbevölkerung zu stoppen. Die Versammlungen finden zumeist unter freiem Himmel auf Dorfplätzen statt. Dorfbewohner nehmen oft lange Wege auf sich, um dorthin zu gelangen. Der Einsatz der Indo-Tibetischen Grenzpolizei in den letzten Monaten diente dazu, die Landwege zu sperren und die Frauen, Männer und Kinder abzufangen. „Die Verhaftung eines Aktivisten der RYL ... bewirkte, daß mehrere Tausend vor die Polizeistation in Narmetha in Distrikt Warangal zogen um die Freilassung zu fordern. Unter dem Vorwand des Entführungsversuchs eines Polizeioffiziers eröffnete diese das Feuer und tötete mehrere Menschen.“ (Frontier, 9.2.91) Andere Zeitschriften berichten, daß insbesondere Frauen verstärkt durch Grundbesitzerbanden unter dem Schutze der Polizei entführt und ermordet werden. In bestimmten Gebieten haben die Bauernorganisationen ein besonderes Schwergewicht auf die Organisation der weiblichen Stammesangehörigen und Landarbeiterinnen gelegt. Die Landnahmeaktionen haben aber zugleich in anderen Bundesstaaten (z.B. Haryana) wieder zugenommen. Repression gegen die Bauernorganisationen ändert nichts an dem Elend der Städte und der Berechtigung ihrer Forderungen. — (cog)

## Politik für das „abgetrennte Ungartum“

Nachbarländer Ungarns kritisieren Grenzrevisionsbestrebungen

Im August 1990 übte der slowakische Regierungschef Vladimir Meciar scharfe Kritik an der Antrittsrede des ungarischen Premiers Antall; in Ungarn stürzten „mehrere Mißtöne die Koexistenz im europäischen Haus“. Antall hatte erklärt, er fühle sich als Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn. Ungarn hat 10,5 Millionen Einwohner. Der Rest lebt vorwiegend in Rumänien, der CSFR und in Jugoslawien. Gleichzeitig erwähnte Meciar, daß Ungarn seines Erachtens Trianon in Frage stelle.

Antall hatte den Friedensvertrag von Trianon „historisch verurteilt“ und hinzugefügt, Ungarn werde jedoch als Unterzeichner der KSZE-Schlussakte, „auf die gewaltsame Veränderung der Grenzen verzichten. Das bedeutet aber auch, daß unser Verhalten uns, die wir so viel verloren haben, eine solche moralische Kraft gibt, daß wir uns wünschen, was ja der Friedensvertrag von Trianon auch enthält: die Garantierung der Rechte der nationalen Minderheiten.“

Kurz darauf sagte Antall auf einer Außenministerkonferenz, er wolle sich besonders des „abgetrennten Ungartums annehmen“. Als Voraussetzung für gute Beziehungen zu den Nachbarn nannte er deren „korrektes Verhalten hinsichtlich der Menschen- und Minderheitenrechte“.

Der in der ungarischen Presse auffällig oft erwähnte Frieden von Trianon ist Teil des Versailler Abkommens von 1920. Von den rund 283 000 qkm der

ehemals von Ungarn beherrschten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie verblieben ihm nur 92 000 qkm. Ungarn reichte mit Kroatien, Bosnien und Herzegowina bis an die Adria; im Norden gehörte die gesamte Slowakei dazu; im Osten bzw. Südosten Siebenbürgen und das Banat. Die Unterzeichnung des Vertrags von Trianon war in gewissem Sinne die Gegenleistung der ungarischen Reaktion für die Hilfe der Entente bei der Restauration der alten Ausbeuterordnung. 1919 gab es für 113 Tage eine Rätereipublik in Ungarn und in deren Gefolge eine starke Arbeiter- und Bauernbewegung. Das Horthy-Regime setzte allerdings sofort nach der Unterzeichnung auf die Revision des Vertrages und die Wiederherstellung der Grenzen von 1918. Horthy berief sich dabei auf die nationale Unterdrückung der etwa 2,5 Millionen Ungarn jenseits der Staatsgrenzen.

Bei der Einmischung des heutigen Ungarns in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarn unter dem Vorzeichen des Schutzes der dort lebenden ungarischen Minderheit scheint die Politik seines größten westlichen Handelspartners BRD Vorbild zu sein.

Die rumänisch-ungarischen Beziehungen sind stark zerrüttet. Rumänischerseits wurde Ungarn vorgeworfen, Schalthebel der Erhebungen in Timisoara im Dezember 1990 gewesen zu sein. Im August 1990 beschuldigte der Sprecher des rumänischen Außenministe-

riums die ungarische Regierung revanchistischer Zielsetzungen gegenüber Rumänien. In einem Interview mit Radio Freies Europa hatte der ungarische Außenminister Geza Jeszenszky beklagt, daß Rumänien die Bildungsansprüche der Ungarn in Siebenbürgen nicht anerkenne. Ungarn hatte u.a. die Einrichtung einer ausschließlich in ungarischer Sprache lehrenden Universität in Rumänien gefordert.

Im Januar 1991 verbat sich das rumänische Außenministerium erneut in einer Protesterklärung ungarische Anstrengungen, die Demokratisierung des rumänischen Systems voranzubringen. Aus dem Budapester Außenministerium verlautete zuvor: „Wir brauchen in unserer Nachbarschaft ein demokratisches Rumänien. Daran sind wir interessiert. Das unterstützen wir nach Kräften, und dabei haben wir einen sehr wichtigen Verbündeten: Europa. Jenes Europa, das uns in den Europarat aufnahm, weil wir bestimmten Anforderungen genügten ... Man kann also durchaus hoffen, daß diese sanfte Strenge Europas Rumänien nach Europa zurückführt. Dies ist unser größtmöglicher Dienst am Ungarn in Siebenbürgen.“ (Budapester Rundschau, 21.1.91)

Zu schweren Differenzen kam es im Januar 1991 mit der jugoslawischen Regierung nach Enthüllungen im Belgrader Fernsehen. Jugoslawien beschuldigte Ungarn, die separatistischen Bestrebungen Zagrebs durch illegale Waffenliefe-



rungen im Oktober 1990 unterstützt zu haben. Ungarn sei ein Umschlagplatz „antijugoslawischer Aktivitäten“.

Ein ungarisches Regierungskommunique stellte dazu fest, man habe, wie auch in den Jahren zuvor, nach den international üblichen Regeln Waffen teils an die jugoslawische Föderativregierung, teils als Transitlieferung an Drittländer geliefert. Wegen des geringen Lieferumfanges des fraglichen Handels könne diese Transaktion nicht als bedeutend betrachtet werden. Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit in beiden Ländern wurde schließlich zugegeben, daß es sich um 10 000 Kalaschnikows zur Aufrüstung der kroatischen Polizei gehandelt hatte. Bei der Genehmigung sei es zu Verfahrensversäumnissen gekommen, und nachdem die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gelangte, seien bei deren Handhabung Fehler unterlaufen. Nach wie vor spricht die jugoslawische

Regierung von Vertuschungsbemühungen Ungarns.

Zu einem weiteren Vorfall in Jugoslawien kam es vor drei Monaten mit der dortigen ungarischen Minderheit, der „Demokratischen Gemeinschaft der Ungarn der Wojwodina“. Diese wollte eine Großdemonstration zum Gedenken an die 1945 — wie sie sagen von Titos Einheiten in einem Vergeltungsschlag (für das von der Horthy-Gendarmerie angerichtete Massaker an 3 000 Serben und Juden) getöteten — Ungarn durchführen. Sie konnte die Demonstration nicht durchsetzen. Vor allem der jugoslawische Frontkämpferbund ehemaliger Partisanen hatte vehement dagegen protestiert. Dafür stellte die ungarische „Gemeinschaft“ hunderte symbolischer Grabhölzer auf.

Quellen: Budapester Rundschau, diverse Ausgaben ab August 1990; R. Door, Neueste Geschichte Ungarns, VEB Berlin 1981 — (frr)

# „Hamburg — Metropole mit Zukunft“ — Metropole mit Ambiente und Armutszonen

CDU-Hamburg legt Wahlprogramm zu den Bürgerschaftswahlen am 2. Juni 1991 vor

Hamburg. Der auf Förderung des Expansionismus der Kapitalisten ausgerichtete Wahlprogrammentwurf der CDU forciert die soziale Differenzierung in der Metropole Hamburg. Opfer und Nutznießer der Expansion werden dabei immer deutlicher räumlich voneinander getrennt. Gegen

diese „Umstrukturierungspolitik“ in Hamburg, die auch vom Hamburger Senat betrieben wird, gibt es in den Hamburger Stadtteilen Widerstand. So dokumentieren wir untenstehend eine Presseerklärung der Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e. V. zur Hafenstraße.

Der Wahlprogramm-Entwurf der CDU zu den Bürgerschaftswahlen am 2. Juni „Hamburg — Metropole mit Zukunft“ hält unmißverständlich fest, daß die Zukunft der Metropole im Expansionismus und der Ausplünderung vor allem auch der osteuropäischen Staaten liegt:

„... die Deutsche Einheit (hat) unserer Stadt ihr traditionelles östliches Hinterland aus der Randlage ins nördliche Zentrum gerückt. Die Veränderungen in Polen, in den baltischen Ländern und in der Sowjetunion geben dem Ostseeraum neue Perspektiven...“

Zum Erscheinungsbild Hamburgs, das Kapitalisten und Mittelklasse ansprechen soll, heißt es:

„Eine Metropole muß attraktiv sein für Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kunst, aber auch für seine Bürger und Bürgerinnen, die in dieser Stadt arbeiten und leben müssen. Deshalb sind in diesem Zusammenhang Umweltqualität, gutes Wohnen, sichere, zukunftsorientierte Arbeitsplätze, gute Schulen und Hochschulen, Schutz vor Kriminalität und sozialer Frieden und nicht zuletzt auch ein attraktives Freizeitangebot wichtige Voraussetzungen, um die Anziehungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.“

Für diese Absichten sollen die Kapitalisten sämtliche Ressourcen des öffentlichen Lebens zu Füßen gelegt werden. Bei der CDU gilt der Grundsatz: „Unternehmen müssen ... als Kunden und nicht als Bittsteller behandelt werden.“ Und: „Wir wollen ein ressortübergreifendes Handeln aller Fachbehörden, das an dem Zielkonzept ‚Wirtschaftsförderung‘ ausgerichtet ist. Eine umfassende Wirtschaftspolitik berührt nahezu alle Bereiche staatlichen Handelns, von der Schaffung solider Staatsfinanzen bis zur Umweltpolitik. Die Attraktivität einer Stadt, ihre Umwelt, ihr Wohn-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot bestimmen zunehmend die Ansiedlungsentscheidung von Unternehmen.“

Wenn sich die Kapitalisten sämtlicher Ressourcen des öffentlichen Lebens bzw. des öffentlichen Haushalts bemächtigen können, wird dies unweigerlich zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen und Schikanierung der Massen führen. Aber Verschlechterungen in den öffentlichen Reproduktionsleistungen und Schikanierungen durch die öffentliche Hand wirken auf die Lohnabhängigen verschieden. Besserverdienende können Teile der Reproduktion in die Familie hinein privatisieren (z. B. Tagesmütter) bzw. private Dienstleistungen in Anspruch nehmen (z. B. Privatschulen). Begünstigungen für Besserverdienende gleichen dies auch wieder aus.

Für die am meisten gedrückten Schichten gilt dies alles nicht. Somit sind nicht alle gleichermaßen Opfer dieser Politik, und die Opfer verteilen sich auch nicht gleichmäßig über das Hamburger Stadtgebiet, sondern sind in Armutszonen zusammengefaßt, während es andernorts wohlige, schöne Flecken mit Ambiente, hohem Freizeitwert und dem sogenannten sozialen Frieden gibt.

Die CDU kann nämlich bei ihrer Politik darauf zurückgreifen, daß es bezüglich der räumlichen Gliederung Hamburgs gelungen ist, Opfer und Nutznießer der Expansion immer mehr voneinander zu trennen: In den letzten Jahren hat eine weitere soziale Differenzierung der Hamburger Stadtteile durch politisch hervorgerufene Wanderungsbewegungen innerhalb Hamburgs und durch die zunehmende Ruinierung der schwerstarbeitenden Menschen stattgefunden. Die nebenstehenden Zahlen veranschaulichen dies anhand der Entwicklung der durchschnittlichen Haushalts-einkommen in ausgewählten Hamburger Stadtteilen im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt. Der kastenmäßige Aufbau der Gesellschaft, in der die verschiedenen Klassen der Werktätigen völlig voneinander abgeschottet leben, spiegelt sich somit auch immer deutlicher in der sozialräumlichen Gliederung

Hamburgs wider. Die uns zur Verfügung stehenden Zahlen stammen aus dem Jahr 1986. Damit sind solche Vorgänge wie Wohnungsnot und Mietsteigerungen, die obengenannte Entwicklung noch verstärken, hier noch nicht berücksichtigt.

Gerade in den armen Stadtteilen Hamburgs kann von demokratischen Zuständen überhaupt keine Rede mehr sein. Widerstand auf bürgerlich-parlamentarischem Wege wird unterdrückt. Denn durch den Ausschluß der Ausländer vom Wahlrecht und dem Ausländerrecht wird bis zu 44 % der Menschen in den Stadtteilen die Formulierung ihrer sozialen und politischen Interessen gegenüber der Öffentlichkeit verwehrt.

Die Politik der CDU gegenüber solchen Armutszonen basiert auf reiner Unterdrückung. Ob nun in der Bildungspolitik, in der den Kindern Werte aneignet werden sollen, mit denen sie überhaupt nichts mehr anfangen können, gelten sie und ihre Eltern ansonsten als der Bodensatz der Gesellschaft, oder mittels der von der CDU angekündigten Verschärfungen im Sozialhilfereich (Zwangsarbeit) und im Ausländer- und Asylbereich, die Hunderttausende von Menschen in nur bestimmten Stadtteilen massiv treffen werden, die Maßnahmen führen zur Eskalation in sämtliche Lebensbereiche hinein.

Mit einer riesigen Polizeiaufrüstung (Einsatz von V-Leuten, finaler Rettungsschuss, mehr Polizeipräsenz auf den Straßen, Dezentralisierung von Revierwachen, Aufrüstung des Landeskriminalamtes etc.) soll für Ruhe und Ordnung gesorgt werden. Als Vehikel für eine größere Polizeipräsenz in den armen Stadtteilen dient die angebliche Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der Drogenkriminalität. Die CDU beschränkt sich dabei auf die Verfolgung der Profiteure und Opfer des Drogenkonsums. Aufgrund dieser Strategie läßt sich jeder verdächtigen und ständige Präsenz der Polizei rechtfertigen. Tatsächlich aber ist der Drogenkonsum ein Ausdruck der massenhaften Verelendung. Eine Bekämpfung des Drogenkonsums erfordert daher soziale Mindeststandards und Normen, die der sozialen Verelendung bzw. ihren Produzenten einen Riegel vorschieben, und keinen Ausbau des Staatsapparats.

Die antifaschistische Kritik an dem Programm der CDU muß die unterschiedlichen Entwicklungen der Stadtteile berücksichtigen. Für die Bevölkerung auf der Veddel oder in St. Pauli beispielsweise ergeben sich ganz andere Anforderungen an öffentlichen Reproduktionsleistungen als in Blankenese. Wie diese verwirklicht werden können und was wir dazu beitragen können, muß diskutiert werden. — (stg)

Durchschnittliches Jahreshaushaltseinkommen ausgewählter Hamburger Stadtteile

Stadtteil	1980		1986		Anteil der ausländischen Bevölkerung
	DM	in % vom Ø Hamburgs	DM	in % vom Ø Hamburgs	
St. Pauli	27663	69,8	29333	64,4	29,9
Veddel	30283	76,4	33628	73,8	44,0
Altona-Altstadt	32181	81,2	36099	79,2	21,0
Billstedt	34472	87,0	38157	83,0	13,7
Dulsberg	27127	68,5	29768	65,3	15,1
Horn	31632	79,8	33771	74,1	13,0
Harvestehude	56013	141,1	71809	158,0	7,7
Rotherbaum	50406	127,2	65550	143,9	14,6
Blankenese	72895	184,0	100949	221,6	6,4
Groß-Flottbek	62294	157,2	69045	157,2	7,5
Hamburg gesamt	39630	100,0	45548	100,0	9,3

Das Hamburger Stadtgebiet mit seinen ca. 1,7 Mio. Einwohnern umfaßt 99 Stadtteile, wobei die Bevölkerungsgröße der Stadtteile uneinheitlich ist. Die Einkommen für die in der Tabelle angeführten Stadtteile sind der Statistik „Stadtteil-Ergebnisse aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1980, 1983 und 1986“ des Statistischen Landesamtes Hamburg entnommen. In dieser Statistik wurde der Bruttoeinkommen aus der Lohnsteuerstatistik und der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Einkommenssteuerstatistik zusammengeführt. Dabei wurden Ehepartner bzw. Ehegatten mit beiderseitigem Bruttoeinkommen als ein einziger Lohnsteuerpflichtiger behandelt. Somit sind die Einkommen eine starke Näherung an das tatsächliche Familien- oder Haushaltseinkommen in Hamburg. Unberücksichtigt bleiben allerdings die Einkommen mitverdienender Kinder und der Sozialrentenbezieher.

Es kann leider nicht dargestellt werden, wie sich die Durchschnittseinkünfte in den jeweiligen Stadtteilen aus den einzelnen Einkommen der Haushalte in den Stadtteilen zusammensetzen. Aus der Tabelle wird aber deutlich, daß die Differenzierung der Stadtteile erheblich und von 1980 auf 1986 weiter fortgeschritten ist. Das Verhältnis zum Hamburger Durchschnittseinkommen hat sich für die Stadtteile, die 1980 schon deutlich unter dem Hamburger Durchschnittseinkommen lagen, 1986 noch weiter verschlechtert. Umgekehrt umgekehrt.

## Gemeinwesenarbeit St. Pauli e. V. zur Hafenstraße

Wir NachbarInnen und MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen in St. Pauli Süd sind entschieden gegen die Räumung der Hafenstraße.

Die GWA ist ein Stadtteilzentrum direkt um die Ecke. Sie bietet ein breitgefächertes Angebot an Beratung, Bildung, Kulturarbeit, Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem dienen unsere Räume als offener Treffpunkt für den Stadtteil und seine BewohnerInnen.

Die GWA geht in ihrer Entstehungsgeschichte auf das Obdachlosenlager Eggerstedtstraße zurück. Nach mehrjähriger Projektarbeit einer StudentInnengruppe wurde die Auflösung des Lagers 1975 erreicht und eine „Integration“ der LagerbewohnerInnen in sogenannte

normale Viertel von der Behörde beschlossen. Die Obdachlosen wurden vom städtischen Wohnungsamt in das Altbauviertel St. Pauli Süd eingewiesen. Die Projektgruppe zog mit und richtete sich einen kleinen Laden in der Hamburger Hochstraße ein — als GWA St. Pauli Süd im damaligen Sanierungsgebiet. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Stadtteil längst zu einem sozialen Brennpunkt zu einem unterversorgten und von weiterer Zerstörung bedrohten Wohngebiet entwickelt. Viele alteingesessene St. PaulianerInnen hatten auf die Sanierungsmaßnahmen und die damit einhergehenden miserablen Wohnbedingungen sowie die Verschlechterung des Wohnumfeldes mit Auszug reagiert. Die einst gewachsenen Nachbarschaftsstrukturen



Der vom Hamburger Senat Mitte der 80er Jahre beschlossene Wegfall der kommunalen Wohnungsvergabe durch die Bezirksämter führte dazu, daß die Familien mit Niedrigstlöhnen dem unsozialen Wohnungsmarkt vollends ausgeliefert wurden



... und somit in den armen Stadtteilen Elendsquartiere für viel Geld anmieten müssen. (Bilder: Demonstration gegen Wohnungsnot)

waren aufgebrochen.

Nachdem die Sanierung mit dem Bau des Neubaus am Hein-Köllisch-Platz weitgehend abgeschlossen ist, sind im Laufe der Jahre neue Nachbarschaftsstrukturen langsam gewachsen, die jetzt wieder gefährdet sind. Mit dem drohenden Abriss der Hafenstraße wird eine neue Umstrukturierung eingeleitet. Wieder sollen Menschen aus dem Stadtteil vertrieben, Nachbarschaftsstrukturen zerstört werden.

Der immer noch gültige Bebauungsplan sieht nicht nur den Abriss der Häuser in der Hafenstraße vor, sondern den Abriss aller Häuser vom Fischerhaus bis zur Davidstreppe einschließlich der Häuser am Pinnaßberg/Heidritterstraße, die seit elf Jahren leerstehen. Neubauten sollen nicht etwa lebenswerte und für die Menschen im Stadtteil bezahlbare Wohnungen, sondern mehrgeschossige Bürohochhäuser.

Die Existenzgrundlage von weit mehr als nur den BewohnerInnen der Hafenstraße wird damit zerstört werden. Insofern ist der Abriss der Hafenstraße nur der Anfang. Nach einer Räumung wird die Umstrukturierung des gesamten Stadtteils rasend schnell durchgesetzt werden, wie bspw. schon jetzt durch den Umzug von Gruner und Jahr in der Neustadt festzustellen ist oder am Hans-Albers-Platz, wo dem Kleingewerbe gekündigt wird und die BewohnerInnen Mieterhöhungen zahlen sollen. Oder am Beispiel von Harrys Hafenbazar, der 30 % seiner Lagerfläche (nach Kauf) abgeben mußte und dessen Miete sich verdreifachen soll.

Dabei sollten wir uns vergegenwärtigen, daß die 2500 Menschen, die bei Gruner und Jahr arbeiten, insgesamt im Jahr wahrscheinlich mehr Geld verdienen, als die Menschen in St. Pauli-Süd als Einkommen zur Verfügung haben. Ein Vergleich wäre sicherlich eine interessante Recherche wert. Und wenn wir uns noch vor Augen führen, daß ein Getränk in der Havana-Bar so viel kostet, wie ein Sozialhilfeempfänger pro Tag für seine Lebenshaltungskosten zur Verfügung hat, dann wird deutlich, wie eine Verdrängung von unterprivilegierten Gruppen an den Rand dieser Gesellschaft vor sich geht.

Im Zusammenhang mit unserer Arbeit haben wir natürlich auch Kontakt zu BewohnerInnen der Hafenstraße. Sei es über das Drogenplenum, welches von BewohnerInnen der Hafenstraße ins Leben gerufen wurde, da sie, gerade weil sie niemanden ausgrenzen, damit auch zu tun haben. Sei es über das Nachbarschaftstreffen, einen Zusammenschluß verschiedener Gruppen, Einrichtungen und StadtteilbewohnerInnen, wo über

Verbesserungen im Stadtteil beraten und gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen organisiert werden. Und nicht zuletzt organisieren BewohnerInnen der Hafenstraße und andere StadtteilbewohnerInnen einmal die Woche einen Mittagstisch für 2,- DM.

Die Grundlage all dieser Arbeit ist somit gefährdet, bestehende Beziehungen zu Kindern und Nachbarn können nicht mehr aufrechterhalten werden. Natürlich ist in St. Pauli nicht alles rosig — ohne Widersprüche und Probleme. Aber diese sind sicherlich nicht durch Abriss und Vertreibung der Menschen zu lösen. Um die Räumungsabsichten zu legitimieren, haben Politiker, unterstützt von den Medien, nichts unversucht gelassen, um das Schreckensbild von der „Terrorzentrale und dem Räuberstaat“ zu zeichnen, was so nicht der Wirklichkeit entspricht. Da über die politisch-moralischen Beweggründe der HafenstraßenbewohnerInnen nicht mehr nachgedacht wird und auch nicht werden soll, ist es nur noch ein kleiner Schritt dahin, daß diese Menschen kriminalisiert und ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Wir finden es absurd, daß am Beispiel der Hafenstraße das Gewaltmonopol des Staates demonstriert werden soll ...

Politische Öffentlichkeit wird nur theoretisch gefördert; wenn die Menschen wirklich mitbestimmen wollen, scheitern sie oft an bürokratischen und politischen Hürden. Bspw. beantragten wir für unsere Veranstaltungsreihe „St. Pauli und der Hafen“ Planungsunterlagen zu diesem Gebiet, die uns verweigert wurden, da diese angeblich nur an Investoren abgegeben werden können. Daran wird deutlich, wie die Stadt Hamburg über die Köpfe der BewohnerInnen dieses Stadtteils entscheidet und vom grünen Tisch aus bestimmen will, wie jeder einzelne zu leben hat. Ein immer dichteres Netz von Normen und staatlicher Bürokratie durchdringt den Alltag. Stadtteilplanung heißt nicht — auch wenn uns die SPD im Wahlkampf mit der Idee vom runden Tisch etwas anderes verkaufen will — Verbesserungen für die Lebensumstände für die Menschen, die hier leben, sondern bedeutet Vertreibung der Unterprivilegierten durch die Privilegierten und Ausgrenzung derer, die nicht die Möglichkeit haben, sich mit Geld und Beziehungen ein eigenständiges Leben aufzubauen.

Die Gestaltung des Stadtteils wollen wir nicht den Stadtplanern und Politikern überlassen, wir wollen mitentscheiden, wie sich der Stadtteil ändern soll.

Hafenstraße bleibt, und St. Pauli bleibt St. Pauli!!!  
GWA



## Ostermarsch 1991

Proteste gegen Bundeswehreinsatz und Völkermord

85.000 Teilnehmer sollen sich an vier Tagen an den verschiedenen Ostermärschen im Bundesgebiet und den Ländern der früheren DDR beteiligt haben. Im vergangenen Jahr waren es noch 90.000, meldete das zentrale Büro des Ostermarsches in Frankfurt. Kirchen, SPD und die Gewerkschaften hatten sich zurückgehalten. Auf den Kundgebungen wurde der Völkermord gegen die Kurden kritisiert. Auf der Abschlussskundgebung in Dortmund forderte Hussein Celebi vom Kurdistan-Komitee das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische und palästinensische Volk.

In Karlsruhe lehnte der DGB-Vorsitzende Hünneke eine Verfassungsänderung für Kriseneinsätze der Bundeswehr ab. In Stuttgart die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Birgit Erler. In Dortmund wurde ein Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bun-

destages vorgetragen. Dort heißt es: „Auch unter der Einschränkung eines Einsatzes als ‚Blauhelme‘ (friedenshaltende Maßnahme) würde eine Öffnung der Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes ... juristisch und politisch zum Türöffner für den Fronteinsatz der Bundeswehr.“

In München wurden von zwei Rednern die Personalien festgestellt, nachdem sie den Ministerpräsidenten und die Bundesregierung kritisiert hatten. Die Polizei hatten die Reden aufgezeichnet und „verdächtige“ Redepassagen per Funk einem Staatsanwalt zur Kenntnis gebracht. Nur durch den Protest der Teilnehmer konnte die Verhaftung der Redner von DFG/VK und Demokratie Isci Birgli verhindert werden.

Nach Berichten aus den Antifaschistischen Nachrichten und NID 8/91 — (jöd)



Auftaktkundgebung des Stuttgarter Ostermarsches vor der Daimler-Benz-Hauptverwaltung. Als erste Rednerin propagierte eine Kurdin die Unterstützung des Befreiungskampfes ihres Volkes als Aufgabe der Friedensbewegung. Bild: rok



Ostermarsch Ruhr

Bild: M. Sch.

## Städtepartnerschaft Kappeln — Ustka jetzt doch geschlossen

Flensburg. Mit einem Kompromiß endete der Streit um die Partnerschaft zwischen Kappeln in Schleswig-Holstein und Ustka in Polen. Die Polen waren nicht bereit, die Bezeichnung Stolpmünde für ihre Stadt in der deutschen Fassung des Partnerschaftsvertrags zu akzeptieren. Dies hatte die CDU-Mehrheit der Kappeler Stadtvertretung verlangt. Daraufhin wurde eine polnische Delegation kurzfristig eingeladen. Die CDU bekräftigte ihre Position mit dem Hinweis auf die deutsche Minderheit in Polen, der Rechte vorenthalten würden. Jetzt soll in der deutschen Vertragsversion stehen: Ustka (früher: Stolpmünde). Die SPD hatte erklärt, keine Probleme mit dem Namen Ustka zu haben, der Ausladung der Delegation aber zugestimmt. Der Kompromiß geht zurück auf eine „Vermittlung“ der Bonner Regierung. — (ans)

## Unterschriftensammlung gegen weltweiten Bundeswehreinsatz

Essen. Das Essener Friedensforum und die Koordination gegen den Golfkrieg sammeln bis Anfang Mai Unterschriften unter einen Appell an die Essener Bundestagsabgeordneten. Darin heißt es: „Die Bundesregierung hat sich für die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Gebietes ausgesprochen. Hierzu soll das Grundgesetz geändert werden, das solche Einsätze bisher ausschließt. Die Bundeswehr plant schon jetzt den Aufbau einer ‚Mobilen Eingreiftruppe‘, die weltweit operieren soll. Dazu sagen wir NEIN! Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Jede Grundgesetzänderung, die diesem Grundsatz zuwider läuft, wird von uns abgelehnt. Deshalb fordern wir Unterzeichnerinnen und Unterzeichner: Kein weltweiter Einsatz der Bundeswehr! Keine entsprechende Änderung des Grundgesetzes!“ Nach den ersten vorliegenden Berichten ist die Unterschriftensammlung gut angelaufen. — (wof)

## Kurdisches Newroz-Fest in Rendsburg

Rendsburg. Am 22. März feierte der „Kurdische Kulturverein Rendsburg“ mit ca. 100 Kurden und Kurden und einigen deutschen Freunden in der Volkshochschule das Neujahrsfest. Nach der kurdischen Mythologie wurde am 21. März 612 vor unserer Zeitrechnung die Despotenherrschaft des assyrischen Königs Dehak von dem Schmied Kawa zerschlagen und damit das kurdische Volk das erste Mal befreit. Heute wird es als Fest der Nationalen Einheit und des Widerstandes gefeiert. Auf dem Programm standen: Tänze und Lieder, Sketche, Reden. Angeboten wurde Kurdische und deutschsprachige Literatur. — (lus)

## Marine-Kampfftruppen zum Golf

Schleswig. Am 9. April ist die erste Zwölfergruppe der Marinekampftaucher aus Eckenförde (11 Minentaucher und ein Arzt) von insgesamt sechs nach Manama in Bahrain gestartet. Ein ziviles Handelsschiff (die „Ines“) bringt die 14 Tonnen Einsatzmaterial und drei Hubschrauber in den Golf. Der Korvettenkapitän Kleinert hat schon Ende letzten Jahres mit dem Einsatz seiner „Jungs“ gerechnet. Schon einige Wochen bevor der tatsächliche Einsatzbefehl kam, wurden die Soldaten entsprechend „intensiv mit der Problematik dieser Region auseinandergesetzt“. Ungefähr wußten sie auch, welcher Art Minen sie gegenübergestellt seien. Sie hätten Muster und Schnittzeichnungen aus NVA-Beständen bekommen, so Kleinert. Die Marinekampfftruppen sind eine Art GSG 9 unter Wasser. Teile davon sollten dieser auch schon mal unterstellt werden (wegen evtl. RAF-Angriffe auf Bohrplattformen), was jedoch wieder verworfen wurde. Kleinert und der Ausbilder der ersten „Bahrain-Gruppe“ sind sich denn auch einig, daß „körperliche Fitneß die Lebensversicherung der Taucher“ ist. Am 8. April 1991 sind 455 Soldaten, darunter 154 Wehrpflichtige, der Bundesmarine im Golf gelandet. Der Verband besteht aus dem Tender „Donau“, den drei Minenjagdbooten „Göttingen“, „Koblenz“ und „Marburg“ sowie den zwei Hohlstablentbooten vom System „Troika“, die „Schleswig“ und die „Paderborn“. Ursprünglich sollte auch der Munitionstransporter „Westerwald“ mit entsandt werden. Dieser muß allerdings wegen Reparaturarbeiten nach Flensburg zurück. Dafür wird die „Freiburg“ mit eingesetzt. — (ale)

## Rep-Veranstaltung in Raum der Ulmer Stadtwerke?

Ulm. Ein SPD-Stadtrat, Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Ulm (SWU), richtete eine Anfrage an Oberbürgermeister Ludwig, ob Räume der SWU für eine Parteiveranstaltung der Rep zur Verfügung gestellt wurden und ob einzelne Mitarbeiter der SWU während des Dienstes Buttons der Rep tragen. Die Anfrage wurde noch nicht beantwortet. Der Südwestpresse gab der Vorsitzende der SWU folgende Auskunft: Den Mitarbeitern werde die Benutzung des Lehrsaals der Verkehrsbetriebe für private Zusammenkünfte gestattet. So auch dem Busfahrer Paßenheim, Stadtrat der Rep, der Kollegen zu einem Gespräch über Fragen des Nahverkehrs in diesen Lehrsaal eingeladen habe. Er könne sich nicht vorstellen, daß Mitarbeiter irgendwelche Parteiabzeichen an ihrer Dienstkleidung tragen. — (elr)

## Ev. Landeskirche stellt sich der „Verantwortung für Europa“

Rosenheim. Die Evangelische Landsynode Bayerns wird sich vom 14. bis 19. April mit der „Verantwortung der Kirche im europäischen Einigungsprozeß“ beschäftigen. Die Arbeitsgruppen behandeln die Bereiche „Geistig-kulturelle Grundlagen Europas“, Die soziale Dimension Europas, Europa muß solidarisch sein, „Demokratie als Fundament des europäischen Hauses“, „Forschung — Technik — Umwelt“ und „Europa — Einheit in Vielfalt“. Der Direktor des Konfessionskundlichen Institutes des Evang. Bundes in Bensheim (Hessen), der sich für die Einrichtung einer „Europäischen Evangelischen Synode“ stark macht, wird in die Themen einführen. — (ecg)



Hamburg. Ungefähr 1200 Personen beteiligten sich an einer Demonstration am 6. 4. gegen den Völkermord, der gegenwärtig am kurdischen Volk verübt wird. Die Teilnehmer zogen durch die Innenstadt, zu den Konsulaten der Türkei und der USA, vor denen jeweils Kundgebungen durchgeführt wurden, und zur Universität, wo die ERNK mit über 3000 Teilnehmern ihr Newroz-Fest durchführte. — (res)

## Bremische Bürgerschaft expansionistisch

Allparteienkoalition wirft sich zur Wahrerin der baltischen Interessen auf

Von der (bremischen) Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet geblieben ist eine bemerkenswerte Allparteienkoalition in Bremen. Offen mischen sich die Abgeordneten der Bürgerschaft in die inneren Angelegenheiten der UdSSR ein

und schrecken auch vor Drohungen nicht zurück. Besonders erschreckend dabei die Rolle der Grünen und der SPD. Unter dem Banner der Minderheitenrechte und Demokratie auf zur Sezierung der UdSSR.

Im Januar beileiten sich die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft, mittels Anträgen ihre Solidarität mit „Litauen, Lettland und Estland“ zu beteuern.

Damit werfen sich die Parlamentarier mehr oder weniger deutlich zur Schutzmacht für die baltischen Sowjetrepubliken auf. So wenn die CDU in ihrem Antrag in der Bürgerschaft fordert, die Bürgerschaft „erwartet, daß die sowjetische Führung und alle politischen Verantwortlichen in der Sowjetunion auf die Bedeutung hingewiesen werden, die ihr Verhalten für das Ost-West-Verhältnis hat.“

Weiter heißt es in dem Antrag: „... würde die Städtepartnerschaft mit Riga aufs Spiel gesetzt sehen, wenn es dort durch orthodoxe Kommunisten zum Ende des Demokratisierungsprozesses käme.“ (1)

Die SPD versteigt sich in ihrem mit „Solidarität mit Riga“ überschriebenen Antrag zu den nahezu völkischen Ausführungen „1. Die Bürgerschaft (Landtag) betont mit Nachdruck das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung. Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum (sic), ihre Sprache

und Kultur. Das gilt auch für nationale Minderheiten.“ (2)

Da mögen auch die Grünen nicht hintenanstehen und formulieren: „Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt aufs schärfste den Angriff sowjetischer Truppen in Litauen und Lettland ... Im Baltikum droht, einem hoffnungsvollen Prozeß von Selbstbestimmung und Demokratisierung ein Ende gesetzt zu werden.“ (3)

Schließlich kommt es zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Grünen, SPD, FDP, CDU:

„Die jüngste Entwicklung in Riga erfüllt uns mit großer Sorge. Eine Woche nach den Opfern von Wilna sind erneut Tote und Verletzte zu beklagen. Wir erwarten von der sowjetischen Führung, daß die Verantwortlichen für die Gewalt zur Rechenschaft gezogen werden. Deutliche politische Signale und entschlossenes Handeln sollten jetzt sicherstellen, daß Gewaltanwendung aufhört und künftig nicht mehr geduldet wird. Nur durch Dialog kann eine politische Lösung erreicht werden, die den legitimen Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Das Recht der baltischen

Völker auf Selbstbestimmung, freie Meinungsäußerung und die Wiederherstellung der Legalität müssen garantiert werden. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Solidarität mit den Freunden in ihrer Partnerstadt Riga und ihre Bereitschaft, dieser durch eine Delegationsreise von Parlamentariern jederzeit Ausdruck zu verleihen.“ (4)

Dies sind starke Äußerungen von Parlamentariern eines Landes, dessen Kriegsziel im Zweiten Weltkrieg unter anderem die völlige Vernichtung der baltischen Staaten war. Die Bevölkerung der baltischen Staaten hatte darüber hinaus über Jahrhunderte hinweg Gelegenheit, die wenig demokratischen und selbstbestimmten Auffassungen der (deutsch/bremischen) Hanse kennenzulernen.

Mit solchen Erklärungen wird den deutschen Begehrlichkeiten auf die Staaten des Baltikums Vorschub geleistet. Dem Frieden dienlich scheint uns dies nicht.

Quellenhinweis: (1): Bürgerschaftsdrucksache Nr. 12/1128; (2): Bürg.-Ds. Nr. 12/1123; (3): Bürg.-Ds. Nr. 12/1131; (4): Bürg.-Ds. Nr. 12/1133 — (jül)

## Patenschaft bleibt

Großdeutsche Landkarte verschwindet

Rendsburg. Im Dezember 1990 schickte die Antifa-Gruppe Rendsburg einen Vorschlag für einen Antrag an den Kreistag mit der Aufforderung, Gelder für revanchistische Politik zu streichen an verschiedene Organisationen. Er lautete: „Der Kreistag möge beschließen: 1. Die jährliche Förderung der Patenschaftsarbeit mit Gerdauen, Köslin-Bublitz in Höhe von 8000 DM (Haushaltstitel 700.00-3) wird eingestellt. 2. Der Zuschuß an den Hilfsring Schleswig-Holstein (Haushaltstitel 704.00-5) für Paketaktion laut Erl.: ... für Weihnachtspakete insbesondere an deutschstämmige Bewohner in Polen wird gestrichen. 3. Die jährliche Förderung für die sog. Erinnerungsstätte „Albatros“ mit einem Haushaltsansatz von 5000 DM für 1991 wird eingestellt. 4. Die im Versammlungsraum Nr. ... des Kreishauses befindliche Landkarte, die die Grenzen von 1937 darstellt und also Gebietsansprüche östlich der Oder-Neiße suggeriert, soll entfernt werden.“

In der Begründung wurde auf den „deutsch-polnischen Vertrag“ hingewiesen, der die Oder-Neiße-Grenze als endgültig erklärt. Es wurde erinnert an die Wühlarbeit des „Kreisverbandes der Vertriebenen Deutschen“, der eine vom Kreis mitfinanzierte revanchistische Schrift über die „Flucht und Vertrei-

bung“ verbreitet hatte. Die SPD hat sie als unverantwortliche Geschichtsfälschung bezeichnet. Die Aktivitäten der Vertriebenenverbände und „Republikaner“ an der polnischen Grenze und in Polen, um „Volkgruppenrechte“ für Deutsche zu installieren, wurden kritisiert.

Die SPD Kreistagsfraktion und der Schul- und Kulturausschussvorsitzende und die Grüne Kreistagsfraktion erhielten Material über die revanchistischen Tätigkeiten, die im Rahmen der Patenschaftsarbeit von CDU bis hin zu Republikanern und Vertriebenen gelaufen sind.

Am 13. 2. 1991 lud die Antifa-Rendsburg zu einer Infoveranstaltung zum Thema: „Der neue Ostlandtritt“ ein. In Kurzreferaten wurden die Geschichte der Ostkolonisation und die ökonomische und ideologische Durchdringung des „Ostens“ behandelt. Die Kreistagsfraktion der SPD wollte die Gelder für die oben aufgeführten Posten auf Eis legen lassen, bis es neue Richtlinien gibt.

Die Grüne Kreistagsfraktion brachte die oben aufgeführten Posten in die Haushaltsdebatte ein und trat für Streichung ein. Mit der Mehrheit des Kreistages (CDU, FDP) wurden 3 Anträge abgeschmettert. Die großdeutsche Karte im Kreishauses (siehe Antrag) wurde noch in der gleichen Woche entfernt. — (lus)



## „VW-Haustarif knacken“

Belegschaft zu teuer für größte Expansion des Konzerns

**Hannover.** Der VW-Konzern steht in der größten Einkaufswelle seiner Geschichte. Nicht nur im „Mega-Markt“ Osteuropa, in der Ex-DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen, auch in Portugal, in China und in Südafrika wird neu investiert. Doch es gibt „warnende Stimmen“. Wegen operativer Schwächen und wegen jahrzehntelanger Nachgiebigkeit gegenüber den Arbeitnehmern verfüge der Konzern über kein „Sicherheitspolster“ gegen verschärfte Konkurrenz. So warnt jedenfalls das „manager-magazin“ im wohlverstandenen Aktionärsinteresse. Und hat gleich das Rezept für VW-Markenchef Goeuvert parat: „Er muß ... bei der Marke VW die Produktivität erhöhen, eine neue Einkaufs- und Entwicklungspolitik durchsetzen, Pannen in der Produktion abstellen, den kostspieligen VW-Haustarif knacken und endlich ein wirksames Controlling einführen.“ Für die Belegschaftsseite soll das folgendes heißen: Bei den Angestellten und Zeitlöhnern wären nach einer Analyse 9000 bis 15000 Stellen überflüssig, im Vergleich zur Konkurrenz gar 28000 Stellen. Der Haustarif koste VW rund eine Milliarde DM mehr als Opel oder Ford. Das Lohnniveau sei um sechs Prozent zu hoch, es gibt eine bezahlte Erholungszeit von 40 Minuten pro Schicht und eine Erholungszeit von zwei Tagen pro Jahr.

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo hier Einschnitte unvermeidlich würden. Ein Abbauplan der 129000 Beschäftigten um sechs bis 17 Prozent liege bereits auf dem Tisch. Im Transporterwerk Hannover soll zur Stückzahlerrhöhung eine Dauernachtschicht eingeführt werden. Der Betriebsrat akzeptiert dies, da zur Zeit „nicht genügend nachinvestiert werden kann“, um die Produktion auszuweiten. Im gesamten Unternehmen wird zunehmend mit „Gruppenarbeit“ experimentiert. Der hannoversche Personalleiter: „Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir Motivation und Leistung miteinander vereinbaren. Dafür ist Gruppenarbeit eine interessante Form.“ Er kritisiert gleichzeitig, daß bei den Gruppenarbeitsmodellen von SAAB und Volvo „der Leistungsgedanke“ nicht genügend berücksichtigt worden sei. Ein höheres Lohnniveau scheint denn auch für die Gruppenarbeiter noch nicht vereinbart. Und war nicht Konzernchef Hahn bereits vor einiger Zeit gegen den hohen Krankenstand im Unternehmen zu Felde gezogen? Es zeichnet sich ab, daß die größte Expansion der Konzerngeschichte der „Stammbelegschaft“ unterm Strich viel Kummer bereiten wird.

Quellenhinweis: „manager magazin“ 3/91, Hannoversche Allgemeine Zeitung 23.3.91, 4.4.91. — (gka)

## Gemeinderat beschließt Subventionsabbau für Arme

Kleiderpauschale für Sozialhilfeempfänger niedriger als bisher gewährte Zuschüsse

**Stuttgart.** Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderat der Stadt Stuttgart hatte bereits bei den Haushaltsberatungen Ende letzten Jahres angekündigt, daß angesichts weiter ausfallender Gewerbesteuereinnahmen von seiten der

Daimler Benz AG und wachsender Kosten durch Fonds Deutsche Einheit gespart werden müsse. Erste konkrete Beschlüsse richteten sich gegen die Ärmsten: Sozialhilfeempfänger sollen weniger für Kleidung ausgeben.

Bisher hat die Stadt Stuttgart Sozialhilfeempfängern Unterstützung für den Kauf von Kleidung nur auf Antrag gewährt. Das führte dazu, daß viele Sozialhilfeberechtigte mit dem Sozialamt streiten mußten, rund 20 Prozent stellten erst gar keinen Antrag. Dieser Zustand war vielfach von den Selbsthilfegruppen kritisiert worden. Nun hat der Gemeinderat beschlossen, daß ab 1. Mai Sozialhilfeberechtigte eine jährliche Kleiderpauschale in Höhe von durchschnittlich 582 DM erhalten sollen. Aber: Die längst überfällige Regelung soll kostenneutral sein, der Pauschalbetrag ist niedriger als der bisher auf Antrag gezahlte.

Aus der Staffelfung ist zu entnehmen, daß es für arme Familien nahezu unmöglich ist, damit den Bedarf an Kleidung abzudecken: Erwachsene Männer erhalten 541 DM im Jahr, Frauen 663 DM, Kinder zwischen sieben und dreizehn Jahren 449 DM, bis zu sechs Jahren 428 DM und Jugendliche je nach Geschlecht 643 DM bzw. 765 DM.

In einem Brief an die Gemeinderäte hatte die Arbeiterinnen- und Arbeiterselbsthilfe e.V. (ASH) in Übereinstimmung mit der Bundesarbeitsgemein-

schaft der Sozialhilfeinitiativen verlangt, daß die monatliche Pauschale 125 DM für Kleider und Schuhe für einen erwachsenen, alleinstehenden Menschen betragen soll. Zur Begründung heißt es in dem Brief:

„Es ist besonders wichtig, daß Sozialhilfeempfänger(innen) nicht auf den ersten Blick als solche erkennbar sind. Besonders Kinder leiden darunter, wenn sie — unverschuldet — wie Arme sich kleiden müssen. Die Bekleidungs-pauschale in der geplanten Form wird auch begründet mit der Zielsetzung, Bedürftige zu erreichen, die bisher nicht — oder nur unzureichend — Bekleidungshilfe in Anspruch genommen haben. Wir begrüßen es, wenn diese Menschen auch Beihilfen erhalten. Weil aber gleichzeitig Kostenneutralität gefordert wird, werden die bisherigen „Antragsteller“ schlechter gestellt. Dies darf nicht sein, und sie dürfen nicht für die Versäumnisse der Sozialverwaltung zur Kasse gebeten werden.“

Die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat lehnte allerdings einen von den Grünen unterstützten Antrag der SPD, den Pauschalbetrag für Kleidung auf

durchschnittlich 724 Mark zu erhöhen, ab. Auch der dann gestellte Antrag, wenigstens für Jugendliche 724 DM vorzusehen, fand keine Mehrheit.

Für die CDU sprach Frau Professor Dr. Claudia Hübner für eine Pauschalierung wegen Verwaltungsvereinfachung und weil sie vermeide, daß Leute „aus Scham“ ihren Anspruch nicht wahrnehmen. Eine höhere Pauschale lehnte sie aber als „Verstoß gegen jede finanzpolitische Vernunft“ ab und wies die Sozialhilfeberechtigten wieder auf den Gang zum Sozialamt: „Besteht im Einzelfall ein nachgewiesener höherer Bedarf, kann dieser Individualantrag immer noch geltend gemacht werden.“ Auch FDP und Freie Wähler argumentierten mit Haushaltsgründen.

Die Republikaner argumentierten gespalten, ein Teil schloß sich der CDU an, andere stimmten für den SPD-Antrag. Insgesamt aber hetzten die Reps gegen einen Teil der Armen: Im „Sozialtopf“ der Stadt, so Stadtrat Donnerstag (Rep), herrsche ein Chaos. Hier würden Millionen für Menschen ausgegeben, die es zum großen Teil nicht verdient hätten. — (alk)

## ZF: Zwei Drittel fahren besser mit mindestens 280 DM

**Friedrichshafen.** Bei der Zahnradfabrik sind 91 % der Arbeiter/innen bis einschließlich Lohngruppe IX eingruppiert und 15 % der tariflich eingruppierten Angestellten haben ein Grundgehalt von unter 2800 DM. Die Tarifforderung bezieht sich auf diese Grundeingruppierung und nicht auf's Brutto. Bei ZF, dem größten Betrieb im Tarifgebiet Südwürttemberg/Hohenzollern, bedeutet also für zwei Drittel der Belegschaft die Forderung nach mindestens 280 DM eine stärkere Anhebung als 10 %. Ein Tag nach dem 4 %-Angebot in Hessen begaben sich ca. 90 Beschäftigte aus verschiedenen Abteilungen der Fertigung zum Betriebsrat, um zu protestieren und sich über das weitere Vorgehen im Tarifkampf zu informieren. Die Versammlung dauerte ca. eine Stunde Arbeitszeit. — (FN)

## 10% — mindestens 300 DM: Forderung für Verlage

**Stuttgart.** Die baden-württembergische Tarifkommission der Gewerkschaft HBV für den Bereich „Herstellender Buchhandel“ (Verlage) fordert: — Erhöhung der Entgelte um 10 %, mindestens jedoch um DM 300. — Erhöhung der Ausbildungsvergütungen auf 1000 DM im ersten, 1100 DM im zweiten und 1200 DM im dritten Ausbildungsjahr (200 bis 250 DM mehr). — Je ein weiteres Tätigkeitsjahr in den Tarifgruppen III, IV und V. Der Tarifvertrag endet zum 30.4.91. Die Arbeitgeber bieten nach der ersten Verhandlungsrunde 4,5 %, ohne auf die Strukturforderungen einzugehen. Nächste Verhandlung ist am 2.5.91. — (ccs)

## Aufruf an Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

**Hamburg.** Seit dem 24.10.1989 findet der größte „Terroristen-Prozeß“ in der Geschichte der BRD statt. Das offensichtliche Ziel dieses Prozesses ist die Verurteilung der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans. Inzwischen wird dieser Prozeß immer mehr zur Farce. Wie Ihr vielleicht aus der Presse wißt, hat der 5. Senat des OLG Düsseldorf angeboten, das Verfahren gegen acht der verbliebenen 16 (von ursprünglich 21) Angeklagten wegen Geringfügigkeit einzustellen. Man muß sich das vorstellen: „Wegen Geringfügigkeit“ saßen diese Angeklagten z. T. über zwei Jahre in Untersuchungshaft. „Wegen Geringfügigkeit“ sperrte man sie im Gerichtssaal monatelang hinter eine Glaswand in den sogenannten Kurdenkäfig. Die Angeklagten sollen Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) sein, einer Befreiungsbewegung, die von der Bundesanwaltschaft als terroristische Vereinigung verfolgt wird. Die Kriminalisierung ausländischer Befreiungsbewegungen durch eine Anklage beim Staatsschutzsenat darf jedoch nicht Sache der deutschen Strafverfolgung sein.

Deswegen ist im Dezember 1990 eine Delegation Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zum Prozeß gefahren und hat anschließend in einer Presseerklärung die Einstellung des gesamten 129a-Verfahrens gefordert. Den jetzt erfolgten Vorschlag des Gerichts, den Prozeß zum Teil einzustellen, haben die Angeklagten abgelehnt. Denn dies ist nichts als ein Manöver, um doch noch zu einer Verurteilung der verbliebenen Angeklagten nach § 129a StGB zu kommen. Damit wäre für die Zukunft die Voraussetzung gegeben, jeden Sympathisanten der kurdischen Befreiungsbe-

wegung als Terroristen zu verfolgen.

Der unbedingte Verfolgungswille der Bundesanwaltschaft kommt auch in der wütenden Reaktion auf den Besuch der Hamburger Gewerkschafterdelegation zum Ausdruck. Sie ging so weit, sich in denunziatorischer Absicht an die Vorsitzenden der betreffenden Gewerkschaften zu wenden.

**Erneuter Prozeßbesuch am 21. Mai.** Diesmal wollen wir als bundesweite Abordnung von Gewerkschaftsmitgliedern nach Düsseldorf fahren. Der Prozeß ist zwar ins Trudeln geraten, aber noch nicht zu Fall gebracht. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist es unsere Aufgabe, an der Seite ausländischer Kolleginnen und Kollegen und Befreiungsbewegungen zu stehen. Deshalb: Beteiligt Euch an dem Prozeßbesuch, der am Dienstag nach Pfingsten, am 21. Mai, stattfinden wird.

Sofort Ihr die Möglichkeit dazu habt, laßt Euch von Euren gewerkschaftlichen Gremien oder Betriebsräten delegieren. Meldet Eure Teilnahme bitte bis 10. Mai bei: Freunde des kurdischen Volkes, Bergiusstr. 12, 2000 Hamburg 50, ☎040-3902128 oder 396386 an, da wir die Teilnehmer dem Gericht namentlich ankündigen und die Anreise organisieren wollen. Der Prozeßbesuch soll mit einer Pressekonferenz aller Teilnehmer in Düsseldorf beendet werden. Ort: OLG Düsseldorf, Tannenstr. Zeit: Dienstag, den 21.5., 8.30 bis 17.00 Uhr.

Peter Altenburg, Ortsvereinsvorsitzender der IG Medien, BR; Robert Jaroway, Demeter-Verteilerdienst, BR-Vors.; HBV; Eva Kocher, DGB-Bildungszentrum Sasel, Teamerin; Jens Markmann, Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Mitglied des Haupt-PR, HBV; Lutz Petersen, E-BR, HBV; Brigitte Rübke, Deutsche Airbus, BRin, IGM; Reinhard Schwandt, Deutscher Ring Bausparkasse AG, BR-Vors.; HBV; Günther Thode, Hamburger Aluminium Werke, BR-Vors.; IGCh; Matias Töpfer, GEW; Uwe Zabel, Gewerkschaftssekretär.

## Niedersächsische Landesregierung zum Pflegenotstand

**Hannover/Soltau.** Anlässlich seines Schreibens an die ÖTV-Bezirksverwaltung bzgl. der Pläne der Landesregierung zur Einbeziehung der Krankenhäuser im Rahmen des WHNS-Abkommens äußerte sich Ministerpräsident Schröder auch zur gegenwärtigen Situation der Pflegekräfte. Er räumt ein, „daß es gerade im pflegerischen Bereich durch personelle Engpässe immer wieder zu erheblichen Problemen kommt. Aus diesem Grunde wird Niedersachsen auf der kommenden Gesundheitsministerkonferenz einen Antrag einbringen, in dem zwar dringend die Neufestlegung der Personalanhaltszahlen wie auch tarifliche Neustrukturierungen verlangt werden, andererseits aber auch eine grundlegende organisatorische und strukturelle Verbesserung im Krankenhausbereich angemahnt wird, damit endlich die soziale Stellung des Pflegepersonals auf das Niveau angehoben wird, das der aufopferungsvollen und aufwendigen Arbeit entspricht ...“ — (las)

## Wir fordern Ihren Rücktritt!

Turbulente IGM-Betriebsrätekonferenz in Ostberlin

**Berlin.** Den Rücktritt von Herrn Wagner — die gewerkschaftsübliche Anrede „Kollege“ wurde absichtsvoll vermieden — forderten von den 800 Teilnehmern an der IGM-Betriebsrätekonferenz am 27. März in Ostberlin fast alle, die sich zu Wort meldeten. Die Aufforderung, das wurde immer wieder betont, sei ihnen von den Belegschaften der Betriebe aus Ostberlin und Brandenburg mit auf dem Weg gegeben worden. Horst Wagner ist vom Vorstand eingesetzter Bezirksleiter für Berlin-Brandenburg. Vorher war er Senator für Verkehr und Betriebe in Westberlin und davor Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Westberlin.

Eigentlich lautete das Motto der Veranstaltung „Leben und Arbeiten in Berlin-Brandenburg“. Neben Franz Steinkühler nahmen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, und der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe teil. Doch die Betriebsräte diskutierten vornehmlich den Tarifabschluß im sogenannten Tarifgebiet 2, also in Ostberlin und Brandenburg, und die Rolle des IG-Metall-Bezirksleiters. Und dies nicht zu unrecht. Schließlich ist der gerade abgeschlossene Tarifvertrag für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie entscheidende Bedingung für das „Leben und Arbeiten in Berlin-Brandenburg“. Einige Redner verlangten gar die sofortige Absetzung Horst Wagners als Versammlungsleiter. Zeitweise drohte deshalb der Abbruch der Konferenz.

Der Grund der Empörung ist natürlich hauptsächlich dem Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages geschuldet. In sehr nachlässiger Form hatte die bürgerliche Presse über die Tarifabschlüsse in den DDR-Bundesländern berichtet. Immer wieder hieß es, daß die Tarife zunächst auf rund 60 Prozent der Westtarife angehoben und in Stufen bis 1994 auf 100 Prozent angehoben würden. Dies stimmt allerdings nur zum Teil. Auch die Informationspolitik der IG-Metall hat einen falschen Eindruck über das Ergebnis aufkommen lassen. Der Tarifvertrag bringt für die gewerblichen Arbeitnehmer in Berlin-Brandenburg zwar knapp 62 Prozent des Westberliner Tarifs in allen Lohngruppen. Die tarifliche Leistungszulage wurde auf zunächst 5 Prozent festgesetzt und erreicht 1995 die in Westberlin üblichen 13 Prozent. Für die Angestellten wurde 58 Prozent des Westberliner Tarifs erreicht, allerdings nur für die, die im ersten Jahr in dem Beruf tätig sind. Für all jene, und das sind die allermeisten, die drei oder mehr Jahre im Beruf tätig sind, wurde lediglich 51 Prozent der Höhe der Gehaltstarife von Westberlin erreicht. Hinzu kommt, daß zunächst keine tarifliche Leistungszulage gewährt wird. Erst ab 1992 werden lediglich zwei Prozent ge-

währt gegenüber den zehn Prozent, die in Westberlin gezahlt werden müssen. Das bedeutet, daß die Angestellten in Ostberlin und Brandenburg nur auf rund 47 Prozent des Tarifeinkommens der Westberliner Angestellten kommen. Dabei sind die außertariflichen Zulagen noch nicht mit berücksichtigt. 47 Prozent sind allerdings spürbar weniger als 60 Prozent. Der Tarifvertrag schreibt auf Jahre hinaus Brandenburg und Ostberlin als Niedriglohnzone fest. Er ist erst 1994 erstmals kündbar, wichtige Bestimmungen über Urlaub, Urlaubsgeld sowie Arbeitszeit gar erst 1998. Der Tarifvertrag zeigt die Unhaltbarkeit der These, daß in zwei bis drei Jahren in den DDR-Bundesländern die gleichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse wie in der BRD herrschen würden. Dennoch ließ Bezirksleiter Wagner über den Abschluß ein „Jubelflugblatt“ erstellen, daß wichtige Ergebnisse einfach unterschlägt. Dies wurde ihm zu Recht übel genommen, wie der Konferenzverlauf zeigte. Zudem versäumte es der frühere Senator, so die Vorwürfe, zur entscheidenden Tarifkommissionssitzung ordentlich einzuladen. Nur 62 von 100 Mitgliedern waren bei der entscheidenden Abstimmung anwesend, wobei die Entscheidung für Annahme des Verhandlungsergebnisses sehr knapp ausfiel. Die breite Mitgliedschaft der IG Metall in Brandenburg und in Ostberlin sieht sich durch das Verhalten ihres Bezirksleiters offensichtlich überrumpelt. Vom „Kollegen“ Wagner mag deshalb kaum jemand mehr sprechen.

Franz Steinkühler, dem in dieser Angelegenheit eine Vielzahl von Telegrammen erreicht haben muß, weigerte sich auf der Konferenz, Wagner von dem Posten eines IG-Metall-Bezirksleiters zu entbinden. Allerdings gab er Fehler zu, die jedoch einen solchen Schritt nicht rechtfertigten würden. Eine Hauptursache der aufgetretenen Probleme sah Franz Steinkühler darin, daß die veraltete Lohn- und Gehaltsstruktur aus der alten BRD in die DDR-Bundesländer übernommen worden ist. Dies sei gegen seinen ausdrücklichen Willen geschehen. Er wäre für neue Strukturen in Richtung Entgelt-Tarifvertrag gewesen. Allerdings wollten ja die Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten unbedingt die überholten Strukturen aus dem Westen übernehmen.

Horst Wagner sprach in seinem Schlusswort ausdrücklich nicht von Fehlern. Man habe keinerlei Verhandlungsfehler gemacht, meinte er. Die Konferenz bestätigte die Gefahr der Entwertung der Gewerkschaften zum Ordnungsfaktor und Partner für Regierung und Arbeitgeberverbände hinsichtlich der Unterordnung der DDR-Bundesländer. Nur die Gewerkschaftsmitglieder können da dagegen halten. — (br)



**München.** Über 120 Kurden besetzten am 4. April die Büros von SPD, FDP und Grünen, sowie des Bayerischen Roten Kreuzes. Sie forderten vor allem medizinische Hilfe für die Flüchtlinge und den sofortigen Stopp der Abschiebung kurdischer Asylbewerber durch bayerische Behörden. Weiterhin verlangten sie eine internationale Kommission und den Einsatz einer Friedenstruppe zum Schutz ihres Volkes. — (ecg)





Köln. Zwei Sonderzüge der Bundeswehr wurden am 2. April von 40 Antikriegsgegnern für kurze Zeit blockiert und die Beförderung von Hunderten neuer Rekruten verzögert. Das Aktionsbündnis betonte, daß die Aktion eine Blockade auf den Zugriff der Wehrpflicht auf die Menschen sei. — (jöd, Bild: af/mz)

## Aus Ländern und Gemeinden

### Erleichterung über die Verlegung Erich Honeckers

Essen. Mit Erleichterung hat das Ende letzten Jahres gegründete Solidaritätskomitee für Erich Honecker zur Kenntnis genommen, daß der schwerkranke ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR zur Spezialbehandlung in eine Moskauer Klinik überführt wurde. In einer Erklärung des bundesweit von inzwischen 200 Leuten unterstützten Komitees heißt es dazu: „Die erneut von den Justizbehörden erhobene Forderung nach Auslieferung und die damit entfachte Hetze gegen Honecker lassen nur den Schluß zu, daß ein Sündenbock für das täglich wachsende Elend in der ehemaligen DDR gefunden werden soll. Dies veranlaßt das Solidaritätskomitee, noch stärker den Kampf für die Aufhebung des unbegründeten Haftbefehls ... zu führen. Erich Honecker muß, nach gutem Verlauf der erneut notwendigen Operation, als freier Mann nach Deutschland zurückkehren können und mit dem Recht der Freizügigkeit eine Wohnung nach seiner Wahl beziehen dürfen. (Er) hat bei allen Besuchen, die Vertreter unseres Komitees bei ihm machten, betont, daß er weiterhin in Deutschland leben will ...“ — (wof)

### Notstandsgesetze beim Straßenbau

Göttingen. 17 Verkehrswegeprojekte unter dem Titel „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ sollen mit sogenannten Maßnahmegesetzen durchgesetzt werden. Es handelt sich dabei um neun Schienenwege, sieben Fernstraßen und um den Mittellandkanal. Ausgeschaltet werden sollen die Mitwirkungsrechte von Bürgern. Gerechtfertigt wird dieses „schnelle Gesetzesverfahren vom niedersächsischen Staatssekretär im Verkehrsministerium mit einer „Art Notstandssituation“ — ohne vernünftige Verkehrswege kein Aufschwung in den neuen Ländern. Niedersachsens Konzerne haben großes Interesse an diesen Planungen, maßgebliche Leute von der Preussag und Siemens sitzen in den Konsortien und Kommissionen. — (kek)

### Erste konfessionelle Ganztagsgrundschule in Stuttgart

Stuttgart. Seit vielen Jahren betreiben die evangelische und katholische Kirche als einzige Schulform Gymnasien in Stuttgart, die im Gegensatz zu den staatlichen eine Zusatzbetreuung (Mittagessen, Freizeitangebot) anbieten. Nach Beschluß des evangelischen Gesamtkirchengemeinderats wird erstmals in Stuttgart der Betrieb einer eigenen Ganztagesgrundschule zum kommenden Schuljahresbeginn mit zwei ersten Klassen aufgenommen. Nach Zeitungsberichten ist der Ansturm so groß, daß bereits Ende März alle Plätze ausgebucht waren. Die Rahmenbedingungen: Öffnungszeit von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr, warmes Mittagessen, zusätzliche Betreuung neben den Lehrkräften durch Erzieher/innen oder Sozialpädagog/innen. Ein Fahrdienst wird eingerichtet, der die Schüler zur abgelegenen Schule bringt. Dieses Angebot, das dem dringenden Bedarf an Ganztageseinrichtungen nachkommt, soll als Missionsbeitrag im Rahmen der multikulturellen Gesellschaft verstanden werden. Auch könne mit der Grundschule der „Unterbau“ für die evangelischen Gymnasien geschaffen werden. — (ccs)

### Gemeinderat gegen Erhöhung der Gebühren in Kindergärten

Tübingen. Nach fünfmonatiger Diskussion wurde am 21.3.91 die Erhöhung der Elternbeiträge für die städtischen Kindergärten, Tagheime und Schülerhorte mit den Stimmen von SPD, AL und DKP abgelehnt. Die Verwaltung hatte im Oktober 1990 eine Erhöhung um 15 bis 33 % beantragt. Sofort nach Bekanntwerden wurden die betroffenen Eltern und der Gesamtelternbeirat aktiv. Der massive Protest führte dazu, daß die Beschlußfassung immer wieder vertagt wurde und die Befürworter der Erhöhung mit ständig modifizierten Anträgen kamen. Die DKP-Fraktion unterstützte den Protest und lehnte jede Beitragserhöhung ab; im Laufe der Debatte bezogen auch SPD und AL eindeutig gegen die Erhöhung Stellung.

Quelle: Presseerklärung der DKP — (evc)

### Protest gegen Völkermord an Kurden

Stuttgart. Etwa 400 Menschen beteiligten sich am Samstag, den 6.4. an einer Protestaktion des kurdischen Arbeiter- und Kulturvereins und der kurdischen Studentenorganisation Soksa gegen die Verfolgung der Kurden im Irak und in der Türkei. Die Aktion wurde auch von SPD, Grünen und AK-Asyl unterstützt. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen kündigte einen Gemeinderatsantrag an, den auch die SPD und Teile der FDP unterstützen: Die Stadt soll 200.000 DM Soforthilfe sowie Krankenhausplätze und Mittel zum Transport und für die Behandlung von verletzten kurdischen Flüchtlingen bereitstellen. — (rac)

### IGM-BR-Mitglied: Gewerbesteuer zu niedrig!

Heidelberg. „Heidelberg bleibe seinem Ruf treu als arme, aber ehrliche Stadt, die immer an Geldmangel leiden werde“, äußerte der Stadtkämmerer. Ein Leserbrief eines IGM-Betriebsrats zitiert dagegen: „Als Wirtschaftsstandort weit vorn: Unter 50 deutschen Großstädten auf Rang drei“, und zwar bei einer Umfrage des „Bundesverbandes Junger Unternehmer“; „bei den kommunalen Rahmenbedingungen“ sogar Rang eins, vor allem aufgrund der „erträglichen lokalen Steuern.“ „Eine entscheidende Ursache des chronischen Finanzmangels ist damit genannt, die vergleichsweise niedrige Gewerbesteuer.“ Während die Bundesregierung den Arbeitnehmern schamlos die Steuern und Abgaben erhöht, bei gleichzeitigen Steuererhöhungen an die Unternehmer, soll in Heidelberg der Gewerbesteuerbesatz laut Stadtverwaltung weiterhin nur 350 Punkte betragen ... Eine Anhebung des Hebesatzes nur auf den Bundesdurchschnitt brächte wenigstens ca. 10 Mio. DM im Jahr mehr in den Stadtsäckel ... Als gewerkschaftlicher Interessensvertreter fragt man sich, warum z.B. die Fraktionen der GAL oder der SPD hier nicht initiativ werden. An der Zeit wäre es ... Oder waren die Hoffnungen vieler Arbeitnehmer auf die neue Oberbürgermeisterin (Beate Weber, SPD, 1990 erstmals gewählt) doch umsonst? ... Wenn man (die Gewerbesteuer) nicht nutzt, braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn sie von Bonn wirklich ganz abgeschafft wird. Heidelberg — von den Unternehmern die Bronzemedaille, bei den Arbeitnehmern Schlußlicht?“ — (bef)

# DKP gegen Fehlbelegungsabgabe

Statt mehr Gerechtigkeit heißt es nur mehr zahlen

Tübingen. Im letzten Jahr hat die Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen eine sog. „Fehlbelegungsabgabe“ für Sozialwohnungen beschlossen. Die DKP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat hat erklärt, daß sie diese Abgabe grundsätzlich ablehnt und jetzt, nachdem das

Gesetz nicht verhindert werden konnte, beantragt, die Abgabe keinesfalls rückwirkend zu erheben. Außerdem wurden Tips für betroffene Mieter ausgearbeitet. Im folgenden dokumentieren wir aus der Zeitung der DKP Tübingen „Gläsernes Rathaus“. — (evc)

Die Fehlbelegungsabgabe soll angeblich für mehr Gerechtigkeit bei den Wohnungssubventionen des Staates sorgen. Dagegen wäre nichts einzuwenden — aber bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Ganze schlicht als ein weiterer Raubzug der Bundes- und Landesregierung, bei dem die kleinen Leute weiter geschröpft werden sollen. Die DKP lehnt die Fehlbelegungsabgabe aus folgenden Gründen ab:

1. Die Fehlbelegungsabgabe belastet die Mieter zusätzlich, erhöht das allgemeine Mietniveau und soll die völlige Beseitigung der Sozialen Wohnungswirtschaft erleichtern.

2. Mit der Fehlbelegungsabgabe wird ein umfassendes Überwachungssystem gegen Arbeiter, Angestellte und Rentner mit der lückelosen Erfassung ihrer Einkommen aufgebaut, das Verdächtigungen und Spitzeleien erleichtert.

3. Die Abgabe führt zu unterschiedlichen Mietkosten für Wohnungen gleicher Größe und Ausstattung.

4. Die Fehlbelegungsabgabe soll Mieter aus Sozialwohnungen hinaussekeln, damit diese neu belegt werden können. Das erhöht die Nachfrage auf dem „freien“ Wohnungsmarkt und führt dort zu zusätzlichen Mieterhöhungen.

5. Während Sozialmieter nun also auf Heller und Pfennig nachweisen müssen, ob sie noch „subventionswürdig“ sind, erhalten die Bessergestellten ohne jegliche Einkommensgrenze nach den jüngsten Bonner Beschlüssen noch größere Steuergeschenke beim Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen. Und dabei gilt sogar noch das Prinzip „Wer mehr verdient, erhält mehr Steuern zurück“ ...

Die DKP lehnt eine „Gerechtigkeit“ ab, bei der die Bezieher größerer und größter Einkommen ungeschoren bleiben, die die Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen aber ständig finanziell überwacht und bei der sie zu einem Teil um hunderte von Mark jährlich geschröpft werden.

Was ist jetzt zu tun?

— Jeder Mieter einer öffentlich geförderten Mietwohnung sollte den Erfassungsbogen ausfüllen und an die Stadt zurückschicken. Sonst wird automatisch der Höchstbetrag der Fehlbelegungsabgabe (3,50 DM pro qm im Monat) festgesetzt. Die Frist für die Rückmeldung (sechs Wochen) ist zwar bei den meisten bereits überschritten. Aber da die Bauverwaltung trotz Personalaufstockung mit der Bearbeitung nicht mehr nachkommt, hatte eine Fristüberschreitung bislang keine Folgen. Die ersten Bescheide werden voraussichtlich Ende April/Anfang Mai versandt werden.

— Nicht geklärt ist bisher, ab welchem Stichtag die Ausgleichszahlung erhoben wird. Laut Landesgesetz kann die Abgabe bis zu sechs Monaten rückwirkend

verlangt werden — muß aber nicht. Die Stadtverwaltung will die Zahlung rückwirkend auf 1. Januar 1991 oder gar 1. November 1990 festlegen. Das könnte im Einzelfall eine Nachzahlung von mehreren hundert Mark bedeuten — zeitgleich mit den Steuererhöhungen aus Bonn! Die DKP-Gemeinderatsfraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, mit dem die Verwaltung daran gehindert werden soll, rückwirkend Geld zu verlangen. Wir hoffen, daß andere Fraktionen dieses Anliegen unterstützen.

— Fast alle Beteiligten (auch in den Amtsstuben) klagen über die Kompliziertheit und Unverständlichkeit der Formulare. Vor allem der Hinweis auf eine mögliche Begrenzung der Aus-

gleichszahlung ist sehr unverständlich — wahrscheinlich in der Hoffnung, daß dann nur wenige Mieter einen entsprechenden Antrag stellen. Da es in Tübingen keinen Mietspiegel gibt, gelten die vom Land nach Baujahr und Ausstattung festgesetzten Höchstbeträge. Eine Übersicht darüber hat die Stadt Tübingen mit dem Erfassungsbogen nicht verschickt — man muß sich also beim Bauverwaltungsamt erkundigen. Wir raten allerdings, gleich auf Nummer sicher zu gehen und vorsorglich folgenden Antrag zu stellen: „Ich beantrage hiermit, die Fehlbelegungsabgabe höchstens auf die für vergleichbare Wohnungen entsprechend der Höchstbeitragsverordnung des Landes zu begrenzen.“

## Staatlich kalkulierte Mietpreistreiberei

Die konservativ-liberale Begründung für die flächendeckende Einführung der Fehlbelegungsabgabe behauptet, damit ausschließlich eine angeblich ungerechtfertigte Subventionierung besser verdienender Sozialmieter abgebaut zu werden. Die tatsächliche Wirkung der Abgabe zielt jedoch auf eine allgemeine Anhebung des Mietniveaus auch im freien Wohnungsmarkt. Der Mechanismus, den die gesetzliche Regelung dafür geschaffen hat, ist folgender:

Da die Kostenmieten in vielen Städten (vor allem bei Neubauten) kaum noch hinter frei finanzierten Wohnungen zurückbleiben, ergeben sich in der Summe von zu zahlender Miete und Fehlbelegungsabgabe Gesamtbelastungen, die die Mietbelastung im freien Markt weit übersteigen. Deshalb wird (allerdings nur auf ausdrücklichen Antrag!) die Abgabe in diesen Fällen auf bestimmte Obergrenzen reduziert. Mit der Festlegung dieser Obergrenzen wurde das Instrument geschaffen, mit dem die Erhebung der Abgabe miestreibend auf das gesamte Mietgefüge wirken kann. Besteht in der Gemeinde ein Mietspiegel, so wird die Abgabenbegrenzung durch die Obergrenzen der jeweiligen Mietspanne für vergleichbaren Wohnraum definiert. Wo kein Mietspiegel erstellt wurde, sind die Obergrenzen per Rechtsverordnung der Landesregierungen festzulegen, die sich ihrerseits an den Mieten zu orientieren haben, die bei Neuvermietung auf dem Markt zu erzielen sind.

Die Grenze der Mietbelastung wird also keineswegs durch die gesetzliche „Vergleichsmiete“ (Durchschnitt der innerhalb der letzten drei Jahre neu vereinbarten Mieten), geschweige denn durch die tatsächlichen durchschnittlichen Mieten definiert, son-

dern liegt in jedem Fall darüber. Weil eine Begrenzung der Abgabe zudem nur auf Antrag gewährt wird und soweit Betroffene keinen Antrag stellen oder die Sechs-Monats-Frist versäumen werden, werden in vielen Fällen die Höchstbeträge kassiert. Die mögliche Belastung liegt also per gesetzlicher Regelung in jedem Fall über vergleichbaren Miethöhen im freien Wohnungsbau.

Dies führt erstens dazu, daß die Träger des sozialen Wohnungsbaus, deren Wohnungsbestand fast immer auch eine nicht unbedeutende Zahl frei finanzierten Wohnungen enthält, bereits jetzt für diese Wohnungen Mieterhöhungen im Umfang der Fehlbelegungsabgabe vorbereiten (so z.B. die „Siedlungsgesellschaft“ in Freiburg, die die Mieten freier Wohnungen bislang an ihren Sozialmieten orientiert hatte).

Zweitens wird sich diese Tatsache in zunehmendem Umfang auf den freien Markt auswirken, wenn (wie dies in den nächsten Jahren wegen der einheitlichen Bindungsfristen mit Zehntausenden von Wohnungen geschehen wird) die Sozialbindung ausläuft. Die Mietkalkulation für solche Wohnungen wird sich dann naturgemäß nach der möglichen Gesamtbelastung der bisherigen Sozialmieter richten. Zu Zehntausenden werden die neu zu vereinbarenden Mieten dieser Wohnungen in die gesetzliche „Vergleichsmiete“ eingehen und so das Gesamtmietniveau entscheidend mitbestimmen: mit einer Miethöhe die an und über der Obergrenze dessen liegt, was heute gesetzlich verlangt werden darf. Das perpetuum mobile ständiger Mietpreistreiberei wurde mit der Fehlbelegungsabgabe noch einmal kräftig zugunsten der Haus- und Grundbesitzer angeschoben. — (kh)

## Berlin: Vorreiter bei Ausländergesetz

Nach der Massenverfolgung mit der „Araberverfügung“ nun die Polenhatz?

Berlin. Innensenator Heckelmann (CDU-nah) richtet kampagnenmäßig die verschiedenen Abteilungen (Ausländeramt, Polizei, Justiz, etc) auf ausgedehnte Anwendung des Ausländerrechts aus.

Zum Golfkrieg waren hunderte Beamte mit der Überwachung von Berlinern arabischer Staatsangehörigkeit beschäftigt. Mit breitangelegten Hausdurchsuchungen, Vorladungen zum Staatschutz, Verhaftungen aus der Wohnung heraus, wurde eine ganze Bevölkerungsgruppe systematisch eingeschüchtert. Eine Verfügung verbot schließlich 17 arabischen Menschen jegliche politische Betätigung und beschränkte ihre Freizügigkeit auf das Land Berlin. Die ohne konkreten Vorwürfe erteilten Kollektivverbote sollten bewußt Machtfülle demonstrieren und deren Anwendung durch Behörden einüben. Der Personenkreis schien beliebig erweiterbar. Erlaß der Verfügung wie Aufhebung am 20.3. geschahen in Absprache mit dem Bundesinnenministerium. Dieses sprach von „unter 300“ ähnlichen Maßnahmen im Bundesgebiet.

Der Innensenat gab an, sich bei den

Maßnahmen auf Geheimdienstinformationen gestützt zu haben. Bei keinem der Betroffenen waren belastende Gegenstände gefunden worden, gegen keinen wurde strafrechtlich ermittelt. Den Anschuldigungen aus dunklen Kanälen waren die Betroffenen schutzlos ausgeliefert. Bekannt wurde der Fall eines seit 33 Jahren in West-Berlin lebenden Mannes, dessen Einbürgerung im März abgeschlossen wurde. Das Ausländeramt wies am 4. März daraufhin, daß die Verfügung erst mit Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ungültig wird.

Die öffentliche Kritik hat nicht ausgereicht, den Senat zu Entschuldigungen zu bewegen oder die Maßnahmen kritisch zu bewerten. Selbst richterliche Kritik wird als rechtsstaatliches Problem behandelt, das die grundsätzliche Legitimation nicht berührt. Eine sofortige Ausweisung von zwei irakischen Staatsbürgern war vom Verwaltungsgericht zurückgewiesen worden. Eine nachrichtendienstliche Tätigkeit sei nicht bewiesen, da die Innenbehörde angebliche Beweise wegen „Geheimhaltung“ zurückhielt. Das Ausländeramt wurde für

die leichtfertig erteilte Ausweisungsverfügung gerügt, weil keine Abwägung der Interessen vorgenommen wurde. Die Betroffenen hatten sich verstecken müssen, um der illegalen Ausweisung zu entgehen.

Unter dem Motto „Kampf der (Ausländer-) Kriminalität“ betreibt Heckelmann jetzt eine neue Kampagne zur vimsfreien Einreise polnischer Staatsbürger. Hunderte Ordnungshüter sollen gegen Schwarzhandel, Schwarzarbeit, Diebstähle usw. massiv vorgehen. Auf Initiative Heckelmanns richtet das Bonner Innenministerium eine Zentralkartei für ausgewiesene Polen ein, um eine Wiedereinreise zu unterbinden. Bezirksverwaltungen und Ausländeramt sollen an Wochenenden besetzt sein, um Verstöße gegen das Ausländergesetz wirksam zu ahnden. Aus der Geschäftswelt und vom Olympia-Manager kommen warnende Stimmen. Umsatz, Angebot an billiger Arbeitskraft und Welt-offenheit in der „Hauptstadt“ dürften nicht unter „Ausländerfeindlichkeit“ leiden. Heckelmann solle gezielt vorgehen. — (ard)



# Puerto Rico ist die Achillesverse der USA

Interview mit Rafael Cancel Miranda, Vertreter der puertoricanischen Befreiungsbewegung

Im Dezember 1990 fand in New York ein internationales Tribunal gegen Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen/Kriegsgefangenen in den USA statt. Unter ihnen befanden sich 19 Gefangene aus dem antikolonialistischen puertoricanischen Wi-

derstand. Das folgende (gekürzte) Interview wurde von AGIPA-Press Bremen während dieses Tribunals geführt. Rafael Cancel Miranda ist ein Vertreter der puertoricanischen Befreiungsbewegung und verbrachte 15 Jahre im Gefängnis. Rafael Cancel Mi-

randa gehörte zu einer Gruppe der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, die am 4. März 1954 — kurz nachdem die US-Regierung erklärt hatte, es gebe „keine Probleme mehr mit Puerto Rico“ — den US-Kongress bewaffnet angegriffen hatte.

**F:** Rafael, du hast gestern hier auf dem Tribunal als Zeuge ausgesagt. Wir wissen auch, daß du Aufrufe für das Tribunal und von „Freedom Now!“ unterschrieben hast. Kannst du uns erste Eindrücke vom Verlauf des Tribunals schildern?

**A:** Nun, von dem Moment an, als ich das erste Mal etwas vom Tribunal gehört habe, hatte ich den Eindruck, daß es ein wichtiges Ereignis werden würde. Es war eine sehr ernsthafte Veranstaltung durch die Leute, die daran teilgenommen haben, die Jurymitglieder, die AnwälteInnen und durch die Zeugenaussagen. Es war sehr wichtig, weil es ein anderer Weg war, Leuten bewußt zu machen, was sich in anderen Ländern und Situationen abspielt, sei es nun in den Vereinigten Staaten oder in Puerto Rico. Besonders deshalb, weil das, was Leute wissen, das wird früher oder später irgendwelche Kräfte in Aktion versetzen. Wir wissen, daß all die Leute, die wirklich betroffen sind, Kräfte in Bewegung setzen werden, eine Dynamik, die andere Kräfte erzeugt. Das ist das, was wir wichtig finden an diesem Tribunal, daß diese Leute mit anderen Leuten in ihren eigenen Ländern in Berührung kommen werden, so daß etwas dabei entsteht, was auf lange Sicht sehr hilfreich sein wird für unsere Kämpfe. Ich war tief beeindruckt, weil ich wirklich nicht mit so vielen Leuten gerechnet hatte, solchen, die daran beteiligt waren oder einfach nur zuhörten, was ja auch eine Form der Teilnahme ist.

Deshalb denke ich, daß es ein Erfolg war. fue una victoria!

**F:** Wenn wir uns jetzt mal auf dich beziehen als einen langjährigen Gefangenen, einen langjährigen Independentista, hat es jemals eine ähnliche Veranstaltung gegeben wie dieses Tribunal, die sich mit den politischen Gefangenen befaßt, egal ob sie nun Puertorriqueños sind, schwarze Gefangene oder Native Americans?

**A:** Nein, nicht in dieser Sache. Es hat andere Tribunale gegeben. Ich gehöre zum Beispiel zu TANA, das ein Tribunal Antiimperialista de Nuestro América ist, vergleichbar mit der Art Tribunal wie dieses hier. Ich habe an so einem Tribunal in Nicaragua teilgenommen, wo sie die Söldner angeklagt haben, die Bomben aus Flugzeugen abgeworfen haben gegen das Volk von Nicaragua. Sie waren vor ein paar Jahren gefangen genommen und vor Gericht gestellt worden. Daran habe ich teilgenommen als internationales Mitglied. Ein spezielles Tribunal, das sich mit den Gefangenen befaßt, mit den Kriegsgefangenen, politischen Gefangenen und sozialen Gefangenen — nein, ich denke nicht, jedenfalls kann ich mich nicht an etwas vergleichbares erinnern. Es gab ein anderes in Spanien über Puerto Rico, aber keins über die Gefangenen.

**F:** Wenn du mal zurückdenkst in die fünfziger Jahre — hat es da eine breitere Unterstützung gegeben, als du verhaftet worden bist?

**A:** Nein, nein, das waren ganz, ganz andere Zeiten. Fünfzehn Jahre lang sind wir noch nicht einmal erwähnt worden. Wir waren fünfzehn Jahre im Gefängnis, und vielleicht gab es hier und da ein paar, die noch kleine Kinder waren, als wir verhaftet wurden, die sich später noch daran erinnerten, was mit diesen vier Nationalistas war. Aber dann, nach diesen ersten fünfzehn Jahren, begann eine Kampagne, die ständig wuchs und wuchs, bis sie zu einer Bedrohung für die Regierung der Vereinigten Staaten wurde. So sind sie dazu gezwungen worden, uns loszuwerden, uns rauszulassen, und zwar bedingungslos. Wir sind die einzigen Gefangenen im ganzen US-Strafssystem, die je bedingungslos freigelassen worden sind, dank der Leute, die für uns gekämpft haben.

Heute gibt es mehr Solidarität, mehr Kampf, mehr Hilfe und Unterstützung für die politischen Gefangenen als damals in den fünfziger Jahren, also von 1954 bis 1969, bis dann die Kampagne zu einem Problem für die USA wurde, weil sie selber den Mund zu voll nehmen über die Menschenrechte. Das ist ja alles, was sie tun, sie reden nur über Menschenrechte, sie meinen es ja nicht ernst. Wir kamen dann 1979 frei, nachdem in den siebziger Jahren die Solidarität in den USA angewachsen war, nicht nur die unseres Volkes, sondern auch von weißen NordamerikanerInnen überall, und den Punkt erreichte, daß die UNO eine Resolution verabschieden mußte, in der unsere Freilassung aus dem Gefängnis gefordert wurde. Und die Blockfreien Staaten, die in Kuba tagten, schickten auch eine Resolution, die unsere bedingungslose Freilassung forderte. Das passierte in den letzten drei Jahren, bevor wir rauskamen.

**F:** Ich erinnere mich an die sechziger Jahre, als die Linke in der BRD anfing, sich für den Kampf des puertoricanischen Volkes zu interessieren, als es zum Beispiel solche Organisationen wie die Young Lords in New York und anderen Städten der USA gab. Dadurch hörten wir zum ersten Mal vom Unabhängigkeitskampf des puertoricanischen Volkes. Aber es dauerte noch bis zum Ende der siebziger Jahre, daß wir gar nichts wußten über dich und die anderen Independentistas im Knast, also Lolita Lebrón ...

**A:** ... und Andrés Figueroa Cordero, Irvin Flores Rodriguez, ja und Oscar Collazo, der schon vier Jahre vor uns zusammen mit Griselio Torresola verhaftet worden war (der seinen schweren Verletzungen erlag, Anm. d. Übers.), weil sie am Angriff auf das Blair House teilgenommen hatten. Und wir gingen dann vier Jahre später zum Capitol Hill.

**F:** Das erste Mal, daß wir etwas über euch hörten, war am 3. und 4. Juli 1978, als Pablo Mercano und Nydia Cuevas das chilenische Konsulat in San Juan, Puerto Rico, bewaffnet besetzten, um eure Freilassung zu fordern. Für uns war das ein Punkt, uns intensiver mit der Sache zu befassen.

**A:** Ja, die Kampagne für die Nationalistas war eng mit dem ganzen Kampf verknüpft. Klar, wenn der Kampf schwach war, war auch die Kampagne für die Gefangenen schwach — und umgekehrt. Denn als der Kampf auf Puerto Rico sich wieder stärker entwickelte, entwickelte sich auch der Kampf für die Freilassung der Gefangenen wieder stärker.

**F:** Würdest du also sagen, daß es notwendig ist, daß es auf der einen Seite einen Kampf geben muß, der sich an den allgemeinen und jeweils verschiedenen Widersprüchen entwickelt, und auf der anderen Seite die internationale Ebene beschritten werden muß, um die Gefangenen freizubekommen?

**A:** Ja, sicher, wie ich schon sagte, der Kampf für die Freilassung unserer Kriegsgefangenen heute geht eng zusammen mit dem Kampf des Volkes im allgemeinen. Das heißt nicht, wenn der Kampf hier nur schwach entwickelt ist, daß dann nichts für die Gefangenen auf der internationalen Ebene getan werden kann. Denn der Kampf woanders oder das Wissen oder die Möglichkeiten der Völker, die freier leben, sich mehr einzusetzen für eine bestimmte Kampagne, für eine bestimmte Sache, als es die Leute hier tun können zu einem bestimmten Zeitpunkt wo sie nicht so frei oder bewußt sind, ist sehr wichtig. Seht ihr, also mal auf die nationale Ebene bezogen, als sich die Unabhängigkeitsbewegung auf Puerto Rico nach 1969 wieder stärker entwickelt hatte, hatte das direkten Einfluß auf die Kampagne für die Freilassung der fünf Independentistas. In Chicago entwickelte sich damals auch eine starke Bewegung, und ich lernte den Anwalt Michael Deutsch kennen, und er informierte die Leute in Chicago, wo es schon eine gutorganisierte Bewegung innerhalb der sozio-politischen Kämpfe der in den USA lebenden PuertoricanerInnen gab. Es gab dort aber noch keine starke Kampagne für die Gefangenen, nur ein paar Gruppen, die Öffentlichkeitsarbeit machten und sich auch mit anderen Problemen der puertoricanischen Misere in unserer Heimat und hier befaßten. Es passierten halt dieselben Dinge in New York und in Puerto Rico, das ist ja, was ich sagen will, über die Beziehungen von einer Sache zur anderen, sie sind alle Teil von einem Ganzen, aber egal wie auch die Dinge im Innern stehen, kann man eine Sache auch international aufgreifen. Kuba hat das z.B. getan, das zu dieser Zeit eine internationale Kampagne initiiert und uns unter-

stützt hat, weil das kubanische Volk einfach schon bewußter war und mehr Freiheit als wir hatte das zu tun, also national gesprochen. Aber international gesprochen könntet ihr in diesem Sinn eine freiere Kampagne machen.

**F:** Wie sieht das Volk auf Puerto Rico heute den Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen/Kriegsgefangenen?

**A:** Mit Sympathie. Also ich denke, mit eurer Frage bezieht ihr euch nicht nur auf die politisch bewußten Teile des Volkes, sondern auf das puertoricanische Volk als Ganzes. Sie begegnen uns mit Sympathie, und sie reagieren auf unsere Kampagne für die Gefangenen, kooperieren auf die eine oder andere Art mit uns. Zum Beispiel vor ein paar Monaten während einer landesweiten Lotterie, die wir für die Gefangenen und für ein Museum für Juan Antonio Corretjer durchführten, da beteiligten sich die Leute überall bis ins kleinste Dorf, sie reagierten mit Sympathie, egal welcher ideologischen Denkrichtung sie angehören. Für uns ist das einfach eine Frage des Überlebens, daß sie größtenteils mit uns sympathisieren. Möglichweise setzen sie sich nicht alle persönlich ein, aber sie verstehen, worum's geht.

**F:** Wie reagieren die staatlichen Autoritäten, z.B. das FBI, auf den Kampf zur Freilassung der Gefangenen?

**A:** Sie reagieren auf alles, was irgendwie mit dem Unabhängigkeitskampf zu tun hat. Nun, wie reagieren sie im besonderen auf die Kampagne für die Gefangenen ... — man kann natürlich erst mal sagen, daß ihre Haltung dazu eine negative ist. Nicht so sehr nur auf die Gefangenen bezogen, sondern auf den Kampf als Ganzes. Sie werden natürlich auch versuchen, diese Kampagne zu stoppen, so gut sie können. Möglicherweise werden sie neue Verfahren gegen Leute durchführen. Ich könnte im Moment nicht sagen, daß sie dieses oder jenes tun, aber so wie der Kampf auf Puerto Rico jetzt ist — und die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen sind Teil dieses Kampfes — und wie das FBI darauf immer schon reagiert hat, werden sie versuchen, das ihnen Mögliche zu tun, diesen Kampf zu behindern. Seit ich hier bin, habe ich schon davon gehört, daß sie versucht haben, sich einzumischen. Man sieht nicht immer, was sie gerade machen. Sie sind nicht gerade die schlauesten Leute auf der Welt, aber sie sind auch nicht die dummsten. Sie werden bestimmt auschecken, was während des Tribunals passiert ist, wer da war, führende Leute von der Basis, wir von Puerto Rico waren da, da sind mehr als 135 000 Leute auf ihren Überwachungslisten, sie kennen deine Aktivitäten, schreiben alle Autnummern auf, machen heimlich

Fotos von dir. Wir wissen das natürlich. Ich bin mir sicher, daß sie ein, zwei oder drei Undercover-Agenten hier haben. Wenn sie das nicht täten, wären sie blöde! Sie haben sicher alles auf Band aufgenommen, es ist nicht schwierig für sie, das aus einiger Entfernung zu machen, ohne gesehen zu werden. Das macht es uns schwerer. Die haben die elektronischen Mittel, sie können auch uns jetzt gerade hier abhören. Aber ich bin froh, daß euch das nicht kümmert, und mich kümmert es auch nicht.

**F:** Wahrscheinlich wirst du davon gehört haben, daß zwei Ex-Gefangenen aus der BRD die Einreise in die USA verweigert worden ist, weil sie vor dem Tribunal über ihre Erfahrungen in westdeutschen Gefängnissen aussagen wollten. Haben die Behörden hier ähnliches mit ehemaligen Gefangenen gemacht, die aus Puerto Rico zum Tribunal reisen wollten?

**A:** Nein, ihr seht, ich bin hier. Manchmal folgen sie mir als einem Ex-Gefangenen, der nach hier kommt. Sie folgen mir, aber sowas ist mir noch nicht passiert. Aber sie setzen andere Mittel ein. In Puerto Rico z.B., wenn du im Auto fährst, hast du sie hinter dir. Wenn ihr mich jetzt zu Hause anrufen würdet, dann würde das vom Polizeihauptquartier aufgenommen. Ich hab ja schon gesagt, sie sind nicht weise, es ist schon vorgekommen, daß wir am Telefon Bänder gehört haben, die sie vorher aufgenommen hatten. Einmal haben sie auch von meinem Haus und von meinem Arbeitsplatz Fotos aus der Luft von einem Hubschrauber aus aufgenommen. Als Webster da war, ihr wißt, der vom FBI, der gesagt hat, daß Puerto Rico die Achillesverse der Vereinigten Staaten ist, da gab es den ganzen Morgen im Radio ein Kommuniqué mit Drohungen gegen mich, daß ich der erste wäre auf einer Mordliste. Den ganzen Morgen kamen dann Fernsehleute zu mir, um mich deswegen auszufragen. Das ist eine andere Geschichte, aber solche Sachen passieren eben, auch Drohanrufe bei meiner Frau. Aber das hat nichts mit dem Tribunal zu tun, das ist Folge des Kampfes, meiner Teilnahme am Kampf und nicht, weil ich nur ein Ex-Gefangener bin, sondern heute am Kampf teilnehme. Ich möchte das gerne differenzieren. Sie machen das nicht, weil ich ein Ex-Gefangener bin, sondern weil ich immer noch ein Nationalist bin, heute wie damals ist die Verfolgung Teil des Kampfes.

**F:** Du hast gesagt, daß der Kampf für die Freilassung der Gefangenen verknüpft ist mit dem allgemeinen Kampf. Kannst du kurz berichten, was aktuell die Brennpunkte des puertoricanischen Unabhängigkeitskampfes sind?

**A:** Nun, in erster Linie geht es um die

Seit der Invasion und Besetzung Puerto Ricos in der Folge des Spanisch-Amerikanischen Krieges 1898 zerstört die Expansion der ökonomischen und militärischen Interessen der USA — die in verschiedenen Etappen verlief — systematisch die Lebensgrundlagen des puertoricanischen Volkes: Auf Zuckerrohranbau basierende Monokultur, Leicht-, später ab den sechziger Jahren elektronische, pharmazeutische und chemische Schwerindustrie kennzeichnen diese Entwicklung, die Millionen von Puertoricanern in die Arbeitslosigkeit und zur Abwanderung in die USA zwangen. Dort fanden und finden sie — wenn überhaupt — ausschließlich niedrigst bezahlte Arbeit, sind Rassismus und Armut ausgesetzt. 1917 erkannte der US-Kongreß dem Puertoricanischen Volk die US-Staatsbürgerschaft zu, gerade rechtzeitig, um die Männer als US-Soldaten in den Ersten Weltkrieg zu schicken. Dieses Gesetz brachte den USA unter dem Vorwand der „Demokratisierung“ und des „Schutzes“ für Puerto Rico auch formell die militärische, politische und soziale Herrschaft über das Land. Strategisch ist die Insel wegen ihrer Lage zur Kontrolle der Seefahrtswege nach Afrika und in den Mittleren Osten sowie als Ausgangsbasis für militärische Aggressionen gegen andere Karibische Inseln und Zentralamerika (1983 z.B. bei der Invasion von Grenada) von Bedeutung. 13 Prozent des bebaubaren Landes stehen unter mili-

## 92 Jahre US-Kolonialismus in Puerto Rico

tärischer Nutzung der US-Streitkräfte, u.a. für eine der größten Marine-Basen der westlichen Hemisphäre. 1952 „gestattete“ der Kongreß dem Puertoricanischen Volk die Konstituierung einer eigenen Verfassung, allerdings mit „bestimmten Richtlinien“ und Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen beinhalten tatsächlich nichts anderes als die Aufrechterhaltung des Kolonialstatus Puerto Ricos. Der damalige Repräsentant der Regierung: „Die Verfassung der Vereinigten Staaten gibt dem US-Kongress die absolute Kontrolle und nichts in der Puertoricanischen Verfassung kann daran irgend etwas ändern“. Seit 1973 ist Puerto Rico in der UN-Liste der kolonialisierten Länder enthalten und die UN proklamieren alljährlich das Recht des puertoricanischen Volkes auf „Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“.

Heute wollen die USA — unter internationalem Druck und um sich aus der Verantwortung für die soziale und ökonomische Ruinierung zu stehlen — den Status Puerto Ricos unter Aufrechterhaltung ihrer militärischen Präsenz ändern. Ein für Dezember 1991 geplantes Referendum über den zukünftigen Status der Insel wurde allerdings auf 1993 verschoben.

Die Auswirkungen der Kolonisation für das puertoricanische Volk in ihrer Heimat und in den USA sind

- \* ca. 20 % offizielle Arbeitslosigkeit (tatsächlich mehr)
- \* bei ca. 60 % liegt das Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze
- \* hohe Luft- und Wasserverschmutzung
- \* ein Anstieg bei Gewaltverbrechen und bewaffneten Raubüberfällen von 270 % in den letzten fünf Jahren
- \* 83 000 Heroin- und 800 000 Alkoholabhängige in Puerto Rico
- \* 60 % Schulabgänger ohne Abschluß bei öffentlichen Schulen
- \* 41 % der Frauen und 25 % der Männer sind sterilisiert
- \* die höchste Selbstmordrate der Welt
- \* ein Anwachsen der Kriminalitätsrate insgesamt um 75 % in den letzten zehn Jahren
- \* eine höhere Zuwachsrate bei neu Aids-Erkrankten als irgendwo anders in den USA.

**Der Puertoricanische Widerstand und die Unabhängigkeitsbewegung**  
Der Widerstand des Puertoricanischen Volkes

gegen den spanischen und später US-Kolonialismus hat jahrhundertlange Tradition und vielfältige Formen, wie z.B. die „Aguilas Blancas“, eine bewaffnete Organisation, die sowohl gegen die spanischen wie auch amerikanischen Besetzer kämpfte und gegen die das US-Militär einen jahrelangen, martialischen Anti-Guerillakampf führte. In den dreißiger Jahren leitete die Nationalistische Partei eine Massenbewegung für die Unabhängigkeit und gegen die ökonomische Ausbeutung des Landes. 1950 schlugen die Puertoricanische Nationalgarde und die US-Luftwaffe einen Aufstand in Jayuya nieder, viele Menschen wurden getötet. Tausende wanderten ins Gefängnis. Auch heute hat die Befreiungsbewegung viele Gesichter, von Gruppen, die gegen die katastrophalen gesundheitlichen Bedingungen kämpfen bis zu bewaffneten Organisationen. In der Erziehungsarbeit im puertoricanischen Volk spielt sie eine führende Rolle.

Auch in den USA wächst der Widerstand gegen den Genozid in Puerto Rico. Während der sechziger Jahre wurden Hunderte Oppositionelle verhaftet und unter dubiose Anklagen gestellt. Heute befinden sich 19 politische Gefangene/Kriegsgefangene aus dem puertoricanischen Widerstand in Bundesgefängnissen der USA, manche von ihnen unter „Hochverratsanklagen“. — (ms)



Unabhängigkeit, dann geht es um Sachen, die mit der Unabhängigkeit verknüpft sind, wie z. B. der Kampf, die US-Marine aus Vieques zu vertreiben. Dann geht es um den Kampf gegen das sogenannte „Plebiszit“, das die selbsternannten puertoricanischen Führer auf Puerto Rico durchziehen wollen. Dann die Vergiftung der Umwelt, la contaminación del ambiente, die Kontaminationen, die von der Industrie kommen und Seen und Flüsse verschmutzen, la basura, que hechan los compañeros Norteamericanos, die pharmazeutische und petrochemische Industrie, die Teile unserer Insel vergiften. Darum wird ein Kampf geführt. Ein anderer Kampf wird dagegen geführt, daß sie jetzt versuchen, öffentlichen Besitz zu privatisieren. Deshalb kämpfen jetzt vor allem die ArbeiterInnen, die in der Telephone Company arbeiten. Zum Beispiel sind vor wenigen Monaten 100 000 ArbeiterInnen durch San Juan, Puerto Rico, marschiert, um gegen die Privatisierung der Telephone Company zu demonstrieren, die im öffentlichen Besitz ist. Sie reden jetzt auch von unseren Stränden, las playas, sie wollen unsere Strände verkaufen, die für unser Volk zu seinem Zuhause gehören. Sie wollen sie an die paar wenigen verkaufen, die das Geld und die Macht haben. Eine andere Sache passiert jetzt in Costa Isabela, an der Küste Puerto Ricos, wo sie ein großes Gebiet an ein Unternehmen verkaufen wollen, das dort Forschungen betreiben will. Kein Einwohner Puerto Ricos dürfte dann jemals wieder dorthin gehen. Sie lassen jeden Tag weniger von Puerto Rico übrig. Sie wollen Puerto Rico entvölkern. Jedes Jahr gibt es weniger EinwohnerInnen in Puerto Rico, dafür gibt es immer mehr Ausländer, besonders aus den USA, die hier im Exil leben und natürlich mit der CIA zusammenarbeiten und die Wirtschaft kontrollieren.

Es gibt weitere Kampagnen, z.B. für ein an den Bedürfnissen des Volkes orientiertes Gesundheitswesen und Kampagnen gegen die Kriminalität. Auf Puerto Rico gibt es sehr viel Kriminalität wegen der sozialpolitischen und ökonomischen Bedingungen. Es gibt viel Frustration, mehr als 60% unseres Volkes ist gezwungen, von Essenmarken zu leben, um überhaupt zu überleben. Dieses stolze Volk, mein stolzes Volk, wo ist mein Volk? Sie haben viele von uns in abhängige Parasiten verwandelt und das hat das Drogenproblem geschaffen für viele von unseren jungen Leuten unter den 3 Millionen hier und 3,5 Millionen auf der Insel. Mehr als 200 000 junge Leute sind dem Drogentod ausgesetzt.

Viele dieser Sachen haben deshalb heute mit der Unabhängigkeit zu tun, mit Selbstbestimmung, aber zur gleichen Zeit gibt es Probleme in der sozialen Struktur an der Basis.

*F: Führt die Bush-Regierung auch einen „Krieg gegen die Drogen“ auf Puerto Rico? Benutzt sie das gegen ...*

A: ... ja, gegen die Verdammten dieser Erde, gegen die aus den Mietskasernen, die armen Leute, die Opfer der Drogen sind. Sie gehen nicht dahin, wo die Reichen sind mit ihren großen Villen. Nein, sie gehen in die Mietskasernen, so wie gerade vor kurzem wieder, wo sie ein paar Typen festgenommen haben, Opfer, kleine Drogenkonsumenten und nicht die, die vom Handel leben. Die werden immer größer, weil es dasselbe System ist, das dies alles schafft, das kapitalistische System, das Kolonialsystem, das falsche Werte geschaffen hat, weil du in diesem Typ System danach bewertet wirst, wieviel du in deinem Portemonnaie hast, ob du ein großes

Auto hast, wißt ihr?! Die erzählen dir, was du wert bist, von dem was du hast und nicht, wer du bist. Die haben nicht versucht, irgendwas zu machen, eine Ausbildung oder so, und so kommen sie an die Drogen, um von diesen Maßstäben wegzukommen. Das meine ich, daß das System selber antagonistische Halungen bei den Leuten schafft. Bush selber ist ein Drogendealer, ihm müßte der Prozeß gemacht werden, er versucht alles zu verdecken, aber es würde nur ein wenig Zeit brauchen ... denkt mal an Richard Nixon. Der war auch einer, der unaufhörlich über die Kriminalität redete und genauso sein Justizminister Mitchell. Die waren die ersten, die die Gesetze verletzt haben, sie brachen sie im Krieg gegen uns. Und es ist bekannt, daß Bush, als er Chef der CIA war, dealte und er dealte mit seinem Boy Noriega. Und die kannten sich schon sehr lange. Nicht erst seit der Irangate Sache. Die haben Waffen an den Iran verkauft, um das Geld für die Contra und gegen das Volk von Nicaragua einsetzen zu können. Bush war tief in diese ganzen Sache verstrickt, Bush gehört zur Mafia, ich würde das auch in der „Washington Post“ und in der „New York Times“ sagen. George Bush ist ein Mafiosi. Und ich habe recht. Er hat mit dieser Art Handel zu tun gehabt. Aber er heuchelt. Denn wenn sie wirklich Schluß machen wollten mit den Drogen, dann würde auch Schluß sein damit. Auf Kuba gibt es kein Drogenproblem. Der größte Käufer und Verkäufer von Drogen sind die Vereinigten Staaten. Ich meine, die Leute, die diese Drogen in Lateinamerika oder wo auch immer produzieren, die gibt es nur, weil mit US-Dollars die Drogen gekauft werden, um sie dann an die eigenen jungen Leute zu verkaufen. Denn wenn die Jugendlichen erst Drogen nehmen, dann denken sie an nichts anderes mehr, sie verlieren ihr soziales Denken, sie werden zu unbewußten Lebewesen, die leicht zu kontrollieren sind. Glaubt mir, wenn die wirklich Schluß machen wollten mit den Drogen, dann müßten sie nach Miami gehen, die größten Drogendealer sind dort, sie müssen nicht nach Kolumbien gehen, Peru oder andere Länder. Wenn sie die Drogen stoppen wollten, dann müßten sie nur nach Washington gehen.

*F: Die schwarze Community hier sagt, daß der War on Drugs nur ein Vorwand ist, die Ghettos mit Sonderpolizei und Undercover Agenten zu überschwemmen und ein Netzwerk dichter Überwachung über die Communities zu legen, um zu erwartende künftige Aufstände zu verhindern.*

A: Da habt ihr vollkommen recht. Wir werfen denen vor, daß sie das auch in Puerto Rico machen, daß sie die Polizei in großer Zahl in die verschiedenen Stadtviertel der Armen schicken und ihre Hauptquartiere genau dort anlegen, um Kontrolle auszuüben. Mit den Drogen hat das nicht wirklich was zu tun. Aber sie dringen in die Häuser ein, unter dem Vorwand, es ginge um Drogendealkte. Genau das ist in Puerto Rico passiert, sie hatten Kamerteams des Fernsehens dabei und drangen mit ganzen Hundertschaften in Häuserblocks ein. Wir sagen dazu, daß sie das nicht wegen der Drogen machen, sondern um die Leute einzuschüchtern und unter Kontrolle zu bringen. Wenn also die USA in eine Krise geraten, und man muß sagen, daß sie in einer Krise sind, und wenn es dann zum Beispiel in Puerto Rico für die Armen keine Essenmarken mehr geben wird, dann wird es eine Explosion geben! Deshalb wollen sie das Volk schon vorher pazifizieren, denn bei 60%

Essenmarkenempfängern würden sie dort großen Ärger bekommen. Und das wissen sie. Deshalb benutzen sie auch z.B. das Gefängnis als Versuchslabor, um zu testen, wie viel Leute ertragen können, um das dann auf der Strafe einzusetzen. So ist das auch mit der Verhaltenskontrolle (behavior modification) — mich haben sie im Marion Knast 18 Monate diesem Programm unterworfen, wo sie auch Thoraxin und andere Drogen einsetzen. Prisoner of War Oscar Lopez-Rivera und andere sind noch heute da und diesem Programm unterworfen. Sie studieren es an den Gefangenen und setzen es dann in der Community ein. Viele Leute realisieren das nicht.

*F: Zurück zur Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen. Es heißt, daß die Gefangenen bis 1992 freigelassen werden sollen. Kannst du uns etwas darüber erzählen, warum dieses Jahr für diese Kampagne so wichtig ist? Wir haben den Eindruck, daß es zum einen um das geplante „Plebiszit“ geht, zum anderen um die geplanten Feiern der „Entdeckung“ Amerikas durch Kolumbus und die 500 Jahre Kolonialismus.*

A: Ich meine, daß das Jahr nicht so wichtig ist. Es sieht so aus, ich weiß ja, woher ihr kommt, weshalb also 1992 so eine Bedeutung hat. Von meiner Interpretation her geht es natürlich auch darum, so ein Datum zu setzen, um die Intensität darauf zu konzentrieren, hart daraufhin zu arbeiten und ein naheliegendes, erreichbares Ziel zu haben. Was die 500 Jahre betrifft, so kenne ich die Auseinandersetzungen darum, und es kann gut sein, daß sie 1992 mit diesem Theater daherkommen und eine Invasion feiern wollen.

*F: Gibt es in Puerto Rico oder der puertoricanischen Community in den USA Aufmerksamkeit für die 500-Jahrfeiern?*

A: Ja, sogar in der Regierung. Für die ist das wie Thanksgiving Day, den wir in Puerto Rico auch feiern müssen, aber von uns kam keiner mit der Mayflower und von den Pilgrims hieß keiner Perez, Martinez oder Gonzales. Aber trotzdem müssen wir an dem Tag Truthahn essen und feiern, daß das Land der Indianer erobert wurde. Die Regierung Puerto Ricos, diese sogenannte Regierung, feiert das, sie veranstalten ein Theater, machen ein dickes Ding daraus, so daß niemand mehr die Probleme sieht, die es gibt. Es wird also 1992 Programme geben, auch von anderen lateinamerikanischen Ländern, darüber daß Christopher Kolumbus den Indianern begegnet ist und die Indianer ihm. Aber wir nennen das nicht eine „Entdeckung“, sondern Eroberung. Die Spanier haben auch Puerto Rico erobert, ich rede von meinen Vorfahren, man sagt, die kamen aus Andalusien, mein Name stammt von da. Aber ich bin kein Spanier, ich bin Puertoricaner.

*F: In Westdeutschland und anderen europäischen Ländern bildet sich eine Bewegung, die sich gegen diese Feiern richten will. Für uns kommt noch dazu, daß wir 1991/92 mit der Einrichtung des EG-Binnenmarktes einen weiteren bedeutenden Schritt hin zu den Vereinigten Staaten von Europa machen werden. 1992 feiern also die europäischen Invasoren Amerikas diese Geschichte und werden gleichzeitig stark wie nie zuvor aus dieser Geschichte hervorgehen. Wir sehen die 500 Jahre Kolonialismus als das solide Fundament, auf dem die USA und die nun stärker auftretenden europäischen Staaten ihre heutige Macht aufbauen, begründet also auf den geschundenen Körpern der unterdrückten Völker und auf der Basis der geraubten Länder und Inseln. Gibt es solch ein Verständnis auch innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung?*

A: Ja, das ist ein System der Ausbeutung anderer Völker. Und wenn sie die „Entdeckung“ jetzt feiern, also das, was ein Alptraum war für die puertoricanischen Indianer ... Also, als die Spanier nach Puerto Rico kamen, vernichteten sie die einheimischen Indianer, denn die Indianer hatten herausgefunden, daß die Spanier sterblich sind. Denn vorher hatten die Spanier ihre Toten immer versteckt, um den Eindruck zu erwecken, sie seien unsterblich. Die Indios sagen also, wir können die Eindringlinge nicht bekämpfen, weil sie unsterblich sind. Zwei Indianer griffen sich aber einen Spanier, um einen Test zu machen, ob sie nun sterben oder nicht. Diese beiden Tainos nahmen also diesen spanischen Soldaten

und hielten seinen Kopf unter Wasser. Hätte er es überlebt, hätten sie ihn laufen lassen. Aber als sie ihn rauszogen, war er tot. Also wußten sie, die Spanier sterben genauso wie wir! Und dann fingen sie an den Kampf zu organisieren. Ihr mögt lachen, aber wir haben auch heute noch all diese Mythen in unseren Köpfen, die USA kontrollieren die ideologischen Mittel der Kommunikation und sie lassen uns an Phantastereien glauben! Und heute sollen wir den Völkermord an unseren Völkern feiern! Und all das, was in Puerto Rico passiert ist, ist überall in Lateinamerika passiert, in Mexiko z.B., wo die Spanier das machten, was die USA heute mit dem irakischen Volk machen wollen. Sie wollen sie verhungern lassen. Und die Spanier machten eine Blockade gegen die Indios im heutigen Mexico, versuchten sie durch Hunger in die Knie zu zwingen. Die ganze Bevölkerung starb, weil sie sich weigerten, aufzugeben. Das ist die Geschichte, und das sollen wir feiern! 500 Jahre dieser Geschichte. Seht euch an, was mit den Native Americans passiert ist, sie leben in Reservaten und waren einmal freie Völker, lebten in den Bergen — und heute in Reservaten. Das ist es, was wir feiern sollen!

*F: Um den Kreis zu schließen, meinst du auch, daß wir im Hinblick auf die Durchsetzung der Freilassung der politischen Gefangenen hingehen und George Bush in unseren Köpfen mal fünf Minuten unter Wasser halten müßten, um festzustellen, wie es um die Supermacht bestellt ist, die er repräsentiert?*

A: Ja, ja. Es muß eine Beziehung hergestellt werden, daß es nach diesen 500 Jahren der Ausbeutung politische Gefangene gibt, die gegen das Unrecht kämpfen, und daß es nichts zu feiern gibt, daß die Völker nichts zu feiern haben. Europa lebt von der Ausbeutung, hat sich satt gemacht daran, und nichts anderes ist der Inhalt der 500-Jahrfeiern. Es könnte eine internationale Kampagne werden, die sich der Freiheit der Gefangenen widmet, die Opfer sind dieser 500jährigen Geschichte. Das wäre eine gute Verbindung und eine gute Sache! Beim Kampf für die Freilassung der Gefangenen müssen wir dran denken, daß wir ein Potential für die Gefangenen sind, weil wir draußen sind. Wir denken positiv, wir haben fortschrittliche Gedanken, müssen dafür nicht unbedingt revolutionäres Denken entwickelt haben. Wir sind ein Potential, mit dem sich das eine oder andere Gefängnis öffnen läßt. Die Vereinigten Staaten gehen dauernd zur UNO und sagen, nun, wir würden Puerto Rico freigeben, aber nur 6 oder 10% der PuertoricanerInnen wollen diese Freiheit. Was diese Kolonialmacht uns also vorwirft ist, daß wir selber sein wollen, was wir sind, nämlich eine Kolonie der USA. Und die sprechen über „Demokratie“! Was ich sagen will ist: Es ist wahr, daß die meisten PuertoricanerInnen — und das ist das schlimmste Verbrechen, das sie an uns begangen haben — Angst davor haben frei zu sein. Sie haben viele PuertoricanerInnen einer Gehirnwäsche unterzogen, so daß sie heute Angst davor haben frei zu sein. Wir sind indoktriniert worden, kein Selbstvertrauen in uns selbst zu haben, Angst davor zu haben, selber Kontrolle über unser Leben auszuüben. Sie haben unter vielen, vielen tausend PuertoricanerInnen einen Geist der Abhängigkeit geschaffen, um die soziale Kontrolle über unser Land zu behalten. Wir sind eine militärische Basis der USA, mehr als 10% unseres Landes dienen als Stützpunkte der US-Armee. Sie haben alle Repressionsinstitutionen in Puerto Rico, und sie nutzen sie auch, einschließlich der 135 000 Akten, die sie angelegt haben. Sie kontrollieren unser Erziehungswesen, in dessen Schulen sie in unseren Kindern eine Mentalität erzeugen, daß alles Gute aus den USA kommt und alles Schlechte von uns selbst. Sie haben einen Selbsthaß in unsere Köpfe gepflanzt, daß es nichts Schlimmeres gibt, als puertoricanisch zu sein. Darauf haben sie uns im Laufe der Jahre konditioniert. Sie üben eine Kontrolle aus über die Psyche tausender PuertoricanerInnen. Wenn sie sagen, es sind nur 6% — und ich bin stolz darauf, zu diesen 6% zu gehören — wenn sie uns deshalb beschimpfen, dann ist das Völkermord, weil es bedeutet, daß es ihnen gelungen ist, das puertoricanische Denken zu deformieren und eine Angst davor zu erzeugen, frei zu sein. Das ist das schlimmste Verbrechen, daß man an einem Volk begehen kann!

(Übersetzung: AGIPA, Bearbeitung: gruppe 2)

## Neue Literatur und Veranstaltungen

Im Rahmen der Kampagne „500 Jahre Kolonialisierung — 500 Jahre Widerstand“ gibt das Archiv '92 eine Broschüre „Puerto Rico Libre!“ heraus.

Die Broschüre setzt sich mit dem Kolonialverhältnis zwischen der Supermacht USA und der Karibikinsel auseinander, stellt es in seiner historischen und aktuellen — d.h. ökonomischen, militärischen, politischen und sozialen — Dimension dar und berichtet über den puertoricanischen Unabhängigkeitskampf.

*Aus dem Inhalt:* Geschichte der Kolonialisierung Puerto Ricos und des anticolonialistischen Befreiungskampfes; der aktuelle Kolonialstatus; Massenbewegung und Befreiungskampf seit den sechziger Jahren; FREEDOM NOW! und die puertoricanischen politischen Gefangenen/Kriegsgefangenen; Ghetto in den USA: Widerstand und Bewußtsein; Referendum: Volksabstimmung oder Farce; Puerto Rico, eine Insel für US-Militärs?; Plan 2020; Interview mit einem Machetero; Vorschläge zur Dekolonisierung; Rassismus in der puertoricanischen Gesellschaft; Macht, Geostategie und Rassismus — der Kampf in den Neunzigern.

Die Broschüre erscheint Mitte April. Bezug: Archiv '92, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen.

Ebenfalls Mitte April erscheint in der Reihe -texte- die Nr. 6 zum Internationalen Tribunal gegen Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen/Kriegsgefangenen in den USA. Die umfangreiche Ausgabe enthält neben wichtigen Dokumenten des Tribunals (vorbereitende Papiere, Zeugenaussagen, das Urteil der Jury etc.) auch Hintergrundartikel zum schwarzen/indianischen/puertoricanischen/weißen anticolonialistischen Befreiungskampf und Widerstand in den USA, Biographien politischer Gefangener/Kriegsgefangener, eine Untersuchung über Strafmaßnahmen in Gefängnissen, einen Bericht über das Hochsicherheitsgefängnis Marion (und andere), Beiträge zur Geschichte des Widerstandes in den sechziger Jahren (und früher), einen Überblick über die Situation der US-Kolonie Puerto Rico, Redebeiträge palästinensischer Genossen zum Krieg am Golf, eine Liste der politischen Gefangenen/Kriegsgefangenen in den USA u.a.m.

Preis: DM 7,00 (plus Porto 0,80) gegen Vorkasse. (Wiederverkäufer und Buchhandlungen erhalten übliche Rabatte.)

Bestellungen: gruppe 2, Ötllmaierstraße 8, 8000 München 83 oder: GNN-Verlag.

Zum Thema Puerto Rico/Politische Gefangene/Kriegsgefangene etc. finden darüber hinaus im April und Mai in vielen Städten Veranstaltungen mit VertreterInnen der Puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung MLN/PR statt.

*Die Termine:* München, 26.4.; Stuttgart, 27.4.; Frankfurt, 28.4.; Köln, 29.4.; Nijmegen (NL), 30.4.; Amsterdam (NL), 1.5.; Bremen, 3.5.; Hannover, 4.5.; Hamburg, 5.5.; Berlin, 6.5.1991.

## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226 Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Delfen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.

Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Delfen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Köster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMA, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

## Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

891



# „Gegen den braunen Strom“

Die Ausstellung „Gegen den braunen Strom. Kölner WiderstandskämpferInnen heute in Portraits der Arbeiterfotografie“, die im Kölnischen Stadtmuseum noch bis 12. Mai zu sehen ist, wird gemeinsam getragen von Mitgliedern der Arbeiterfotografie Köln und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Im Vorwort des Ausstellungskatalogs erklären die beteiligten Arbeiterfotografen und -fotografinnen, was sie mit den Portraits von sechzehn Männern und Frauen, die in Köln und Umgebung gegen den Faschismus kämpften, erreichen wollen: „Menschen ... stellen wir in den Vordergrund der aufzuzeigenden Geschichte des Widerstands gegen die Herrschaft des Nationalsozialismus. Ihr Bildnis, umgeben von Zeit und Raum, wollen wir uns vor Augen führen, wollen sehen und möglichst erkennen, wer sie damals gewesen sind, die, die anders handelten. Aber auch heute wollen wir sie sehen, ihren Lebensweg verfolgen, möchten versuchen, ihren Gesichtern Spuren zu entnehmen.“

In der Ausstellung sind die Portraits jeweils mit mehreren Fotos präsent. Unter einer Großaufnahme des Gesichts steht ein kurzer Text. Dort kommen sie zu Wort mit Passagen aus den Interviews, die ihre Beweggründe für die Teilnahme am Widerstandskampf und ihre Konsequenzen erkennen lassen. Dazu gehören weitere Fotos, teils aus der Zeit des Widerstands, teils aus der Zeit nach 1945, die ihre fortgesetzte politische, antifaschistische und aufklärerische Tätigkeit dokumentieren. Weitere Texte informieren über den Lebensweg und den besonderen Beitrag, den sie zum Kampf gegen den deutschen Faschismus leisteten.

Die sechzehn Männer und Frauen gehörten und gehören unterschiedlichen weltanschaulichen Richtungen an. Einige waren Mitglieder der KPD oder ihrer Massenorganisationen und gehören heute der DKP an. Kurt Bachmann, Grete Humbach und ihr Sohn Heinz Humbach arbeiteten in diesem Zusammenhang. Rolf Bjerke, der mit Bachmann in Verbindung stand, unterstützte flüchtende jüdische Familien und Kriegsgefangene. Von 1945 bis 47 arbeitete er im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands und trat 1984 der SPD bei. Klaus Franken und Raimund Hieronymi arbeiteten in der katholischen Jugend auch nach deren Verbot und unterstützten den Widerstand der Jugendlichen. Hanna Gerig, früher Zentrumsmitglied, nach 1945 beteiligt an der Gründung der

CDU. 1950 Gründerin des Bundes der Verfolgten des Naziregimes, Kreis Köln, betreute 1944 Häftlinge im Messelager Deutz. Ihr Mann wurde in Buchenwald umgebracht. Ferdi Hülser unterstützte polnische Zwangsarbeiter und Deserteure und arbeitete ebenso wie Grete Humbach und deren Familie im Nationalkomitee

Freies Deutschland, war Mitbegründer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (heute Bund der Antifaschisten) und der Deutschen Friedensgesellschaft.

Zu den Mitgliedern der Edelweißpiraten gehören Jean Jülich, der 1977 in die SPD eintrat, und Fritz Theilen, der sich nach dem Krieg in der Gewerkschaftsarbeit und in der Aufklärungsarbeit für die Jugend engagierte. Theilen trat 1966 aus der SPD aus und wurde Mitglied der DKP. In der „Initiative Edelweißpiraten als Antifaschisten“ tritt er für die Anerkennung der Edelweißpiraten als Widerstandskämpfer ein. Diese Anerkennung wird ihnen bis heute vom bürgerlichen Staat verweigert und der Widerstand

weiter im Widerstand tätig. Heute ist sie Mitglied der DKP und ist in der Friedensbewegung tätig.

Alfred Müller, seit 1921 Mitglied der SPD, wurde 1933 fristlos beim Arbeitsamt entlassen und schloß sich einer Fünfergruppe an, die illegales Material verteilte. 1934 wurde er in einem Prozeß wegen Hochverrats mangels Beweisen freigesprochen. Anschließend mußte er bis 1944 in einer Rüstungsfabrik arbeiten, wo er als gelernter Werkzeugmacher die Produktion sabotierte. Nach dem Krieg baute er die Arbeiterwohlfahrt in Bayenthal/Raderberg auf und nimmt bis heute an Aktionen der Friedensbewegung teil.

Karl Neumann wurde 1924 Mitglied der KPD und knüpfte seit 1931 Kontakte zu anderen Gruppen, die sich am Widerstand gegen den Faschismus beteiligten, vor allem zum Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK). Wegen Hochverrat wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 beteiligte er sich am Aufbau der Einheitsge-



Grete Humbach (links unten in KZ-Kleidung) protestiert im Bundestag zusammen mit anderen Antifaschisten gegen die Verjährung von Naziverbrechen, Bonn, Ende der 60er Jahre. Grete Humbach: „Ich würde das gleiche immer wieder tun.“

stieren. Einige schickte sie an Bundestagsabgeordnete. Anke Fuchs erhielt ein Gedicht gegen den Paragraphen 218. 1990 schrieb Anni Schallenberg, fast achtzig Jahre alt:

**„Ein überflüssiger Krieg  
Ein Diktator hält immer  
fest an seiner Macht.  
Auch Hitler hat erst am Ende  
sich selber umgebracht.“**

Willi Schirmmacher arbeitete ab 1933 illegal für seine Partei, die SPD, nachdem er mit Auflösung der Arbeiterwohlfahrt arbeitslos geworden war. Er war sechs Jahre im Moorlager Papenburg und im Zuchthaus Dieburg inhaftiert, war nach dem Krieg Funktionär der SPD und der Arbeiterwohlfahrt.

Der Ausstellungskatalog wird ergänzt durch einen Aufsatz von

rechte und Gerechtigkeit angestrebt wurde und 3) im Rahmen der jeweils gegebenen Handlungsmöglichkeiten Anstrengungen zum Sturz des Regimes bzw. zur Vorbereitung seines Sturzes unternommen wurden.“

Diese Definition ist anfechtbar. Sie wirft sofort die Frage auf, ob nicht Menschen, die keiner Partei angehörten und unter Einsatz ihres Lebens nach ihren



Anni Schallenberg: „Es war selbstverständlich, anderen Menschen zu helfen.“



Eröffnung der Ausstellung „Gegen den braunen Strom“ mit Zeitzeugen Bild: af/mz

der damaligen Jugendlichen kriminalisiert. Daher ist es besonders wichtig, daß diese Gruppe in der Ausstellung vertreten ist. Willi Komorowski, der in einem Widerstandskreis von Eisenbahngewerkschaftern arbeitete, wurde 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und beteiligte sich am 12. April 1945 zusammen mit seinem Zellengenossen Walter Markov an der Selbstbefreiung der Gefangenen des Zuchthaus Siegburg.

Martha Mense, die 1932 in die KPD eintrat, war ab 1933 Mitglied einer Widerstandsgruppe. Sie verteilte Flugblätter und schrieb Parolen auf Straßen und Wände. Mehrfach wurde sie zu Haftstrafen verurteilt und mußte sich anschließend dreimal wöchentlich bei der Gestapo melden. Sie arbeitete dann u.a. in der SA-Küche und war bis 1945

werkschaft und wurde 1951 Mitglied der SPD. Befreundet mit Miep Gies, die Anne Frank und ihre Familie in Amsterdam versteckte, organisierte er Vorträge über diese Erfahrungen vor allem für die Gewerkschaftsjugend. Er starb im Oktober 1990.

Anni Schallenberg, seit 1948 Mitglied der SPD, versteckte während des Krieges eine Jüdin und deren Tochter in ihrem Haus, später einen französischen Kriegsgefangenen und für kurze Zeit eine Wehrmachtsgefangene und zwei Deserteure. Auch ihren Mann versteckte sie, als er zum Volkssturm einberufen wurde. Sie versorgte vorbeziehende russische Kriegsgefangene mit Lebensmitteln und ließ ihre Kinder dabei helfen. Nach dem Krieg begann sie Gedichte zu schreiben, um gegen reaktionäre politische Vorgänge zu prote-

Aus sicherem Bunker wird befohlen. Aber in den Trümmern sterben auch Frauen, Kinder, Kranke und die Alten. Im Zweiten Weltkrieg habe ich oft mit meinen Kindern im Bombenhagel, zitternd vor Angst, im Keller gesessen. Der Sieg über Hitler kostete über 50 Millionen Menschen das Leben. Ich glaubte, mit der UNO kann es so etwas nie mehr geben. Aber solange mit Waffengeschäften man soviel Geld verdienen kann, werden die Multis immer reicher, und mit dem Leben bezahlt der kleine Mann. Die Diplomatie hat mal wieder vollkommen versagt. Nach den vielen Opfern wird ja niemals gefragt.“

Guido Grünwald, „Opposition und Widerstand gegen das NS-Regime: das Beispiel Köln“. Er folgt der Einteilung des Widerstandes in vier Gruppen, die Detlev Peukert in Form einer aufsteigenden Skala abweichenden Verhaltens eingeführt hat. Demnach unterscheidet er bloße Nonkonformität (einzelne Normverletzungen, die das System nicht in Frage stellten), Verweigerung (Nichtbefolgen von behördlichen Anordnungen), Protest (öffentliche Ablehnung bestimmter Maßnahmen des Regimes) und Widerstand. „Unter Widerstand werden dabei im folgenden Verhaltensformen verstanden, in denen 1) das NS-Regime als Ganzes abgelehnt wurde, 2) über die Verteidigung der eigenen individuellen und/oder Gruppeninteressen hinaus die Verwirklichung elementarer Menschen-

Möglichkeiten, ihren Interessen und ihrem Gewissen gegen den Faschismus kämpften, aus den Reihen des Widerstandes ausgegrenzt werden. Darüber hinaus schneidet diese Vierteilung die Untersuchung der Frage ab, welche gemeinsamen Ziele diese Menschen verfolgten und in welchen Punkten sie ihre Kräfte vereinigen konnten, um die Wirksamkeit ihres Kampfes zu verstärken. Sie trägt nichts bei zur Beantwortung der Frage, wie ein Bündnis verschiedener Kräfte gegen den Faschismus möglich ist.

Die Ausstellung ist bis 12. Mai im Kölnischen Stadtmuseum zu sehen. Am 22.4. um 20 Uhr findet eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen im selben Gebäude statt. Der Katalog mit Bildern und Texten kostet 18 DM. Wir danken der Fotogruppe, die uns die Bilder für diese Zeitung zur Verfügung stellte. — (anl)



Kurt Bachmann im Gespräch mit Reinhard Opitz. Kurt Bachmann: „Die Art und Weise, wie sich Faschismus gab, zwang mich nachzulesen: woher kommt denn diese Ideologie. Ich habe versucht an die Quellen zu gehen. Und da habe ich gemerkt, daß der Faschismus und seine Methoden einen Rückfall hinter die Errungenschaften der großen französischen Revolution bedeuten. Wenn uns Rechte wie in Italien genommen werden, müssen sich dagegen nicht nur Kommunisten wehren, dagegen müssen sich alle Menschen wehren, die davon betroffen sind.“



Fritz Theilen im Gespräch mit Jugendlichen. Fritz Theilen über seine Arbeit bei den Edelweißpiraten: „Unter großen Gefahren schrieben wir antifaschistische Parolen auf Lokomotiven und Trümmerwände versorgten Kriegsgefangene, russische und polnische Zwangsarbeiter und Juden mit Lebensmitteln, versteckten sie vor dem Zugriff der Nazis und betrieben Sabotage in der Kriegsproduktion. Mit alledem wollten wir dazu beitragen, die Nazi-Herrschaft und den Krieg, der uns zu verheizen drohte, schneller zu beenden.“